

Verstehen – Mitmachen – Gestalten

Politische Bildung im AdB





Herausgeber:

Arbeitskreis deutscher Bildungsstätten e.V. (AdB)
Mühlendamm 3, 10178 Berlin

Tel.: 030 - 400 401 00

Fax: 030 - 400 401 22

E-Mail: info@adb.de

Internet: www.adb.de

Redaktion: Ina Bielenberg (AdB)

Layout: LayoutManufaktur, Berlin

Fotos: S. 15: Mehr Demokratie e.V. | S. 18: Anne Stalfort/DARE |
S. 25: Fenna Paproth | S. 28: Bundesministerium für Familie, Senioren,
Frauen und Jugend | S. 36: Europahaus Aurich | S. 41: cc Clemens-
franz/Wikipedia (Creative Commons-Lizenz 3.0 Unported)

Druck: Point of Print, Berlin

Berlin, Mai 2011

Der Arbeitskreis deutscher Bildungsstätten (AdB)
wird aus Mitteln des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen
und Jugend gefördert.



Verstehen – Mitmachen – Gestalten

Politische Bildung im AdB

Jahresbericht 2011

Inhalt

Vorwort	5
1. Menschen für die Demokratie gewinnen. Ziele und Schwerpunkte der Arbeit des AdB	7
2. Innovationen für die politische Bildung. Aktivitäten, Erfahrungen und Ergebnisse	9
Programm Politische Jugendbildung	9
Politische Bildung angefragt – Fit für die Einwanderungsgesellschaft	12
Neue Beteiligungsformen in der repräsentativen Demokratie – Jahresthema 2011	14
Grenzen überwinden – politische Bildung International	16
Bildung für Demokratie und Menschenrechte – DARE	18
Qualität sichern – Fortbildungen und Fachtagungen im AdB	20
Kommunikation und Kompetenz – Fachkommissionen im AdB	23
Gutes sichtbar machen – Öffentlichkeitsarbeit im AdB	29
Netzwerken – Kooperationen und partnerschaftliche Zusammenarbeit	32
3. Querschnittsthemen im AdB	36
Gender Mainstreaming	36
Migration und interkulturelle Öffnung	37
4. Verbandsentwicklungen	39
Vorstand – Aktivitäten und Arbeitsschwerpunkte	39
Mitgliedschaft im AdB	41
5. Politische Bildung braucht Anerkennung. Schlussfolgerungen und Perspektiven	43
Anhang	45
Positionen	46
Wachstum – Gerechtigkeit – Teilhabe. Nachhaltige Klimapolitik gestalten	46
Menschen für die Demokratie gewinnen: Erklärung des Arbeitskreises deutscher Bildungsstätten zum Rechtsextremismus	47
Politische Bildung für Mädchen und Frauen: Plädoyer für eine eigenständige Mädchen- und Frauenbildung als Bestandteil politischer Bildung	48
Stellungnahme des AdB zur Demokratieerklärung	50
Das künftige EU Programm „Education Europe“: Kommentierung des Arbeitskreises deutscher Bildungsstätten AdB zum Vorschlag der EU Kommission	51
Der AdB im Überblick	53
Veranstaltungen des AdB	53
Mitglieder des Vorstands	54
Mitglieder des Redaktionsbeirats der „Außerschulischen Bildung“	55
Mitglieder der Fachkommissionen	55
Jugendbildungsreferent/-innen und pädagogische Mitarbeiter/-innen im Programm Politische Jugendbildung im AdB im Rahmen des KJP	58
Mitgliedschaften und Gremienarbeit	59
Mitgliedseinrichtungen des Arbeitskreises deutscher Bildungsstätten e.V	60

Liebe Leserinnen und Leser,

im letzten Jahr waren wir alle über die bekannt gewordenen rechtsextremistischen Morde entsetzt und erschüttert. Entsetzt,



weil sich rechtsextremistischer Terror über Jahre ungehindert in unserer Gesellschaft ausbreiten konnte, erschüttert, weil die Mörder auf ein Netz von aktiven Unterstützern und schweigenden Duldern zurückgreifen konnten und die staatlichen Organe wie die Verfassungsschutzämter eine offenbar zweifelhafte Rolle dabei spielten. Auf Anregung des AdB-Vorstands verabschiedete die Mitgliederversammlung im Dezember 2011 eine Erklärung,

in der sie noch einmal auf den Wert politischer Bildung verweist: „Orientiert an dem, was Menschen bewegt und unter den Nägeln brennt, bieten die Angebote politischer Bildung die Möglichkeit, Wissen zu erwerben, Einstellungen zu hinterfragen und Orientierung zu gewinnen. Politische Bildung regt Menschen an und qualifiziert sie, sich aktiv und friedlich für ihre Belange einzusetzen und Politik und Gesellschaft verantwortlich mitzugestalten. Damit leistet politische Bildung einen unverzichtbaren Beitrag zur demokratischen Kultur.“

Auch wenn die politischen Bildnerinnen und Bildner selbst es manchmal schon leid sind, den gesellschaftlichen Wert ihrer Arbeit immer wieder zu verdeutlichen, kann genau dies nicht oft genug geschehen. Im September 2011 noch hatte sich der AdB zum Wahlausgang in Mecklenburg-Vorpommern geäußert. Angesichts der Tatsache, dass überhaupt nur jeder zweite Wähler bzw. jede zweite Wählerin von seinem/ihrem Wahlrecht Gebrauch machte, schockte auch die Tatsache, dass rund 40.000 Menschen ihre Stimme der NPD gaben. Der AdB warnte vor diesem Hintergrund vor einem weiteren Zurückdrängen politischer Bildung und forderte dazu auf, die Bemühungen der Träger, das Demokratieverständnis der Bürgerinnen und Bürger zu stärken, politische Strukturen und gesellschaftliche Entwicklungen verständlich zu machen, Mitwirkungsmöglichkeiten aufzuzeigen und demokratische Werte zu vermitteln, zu unterstützen und zu fördern.

Leider sprechen aktuelle Entwicklungen jedoch eine andere Sprache: Träger und Initiativen, die schon lange mit Engagement und Kompetenz mit politischer Bildungsarbeit gegen rechtes Gedan-

kengut arbeiten, werden aufgefordert, ihre Verfassungstreue zu dokumentieren. Anstatt zivilgesellschaftliche Strukturen zu stärken, übernehmen in einigen Bundesländern Verfassungsschutzmitarbeiter die politische Bildung von Schülerinnen und Schülern. Und das Bundesinnenministerium kürzt die Mittel für die Bundeszentrale für politische Bildung erneut in Millionenhöhe.

Dem Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend sei an dieser Stelle ausdrücklich gedankt, sich erfolgreich dafür eingesetzt zu haben, dass der Kinder- und Jugendplan des Bundes und damit auch die darüber geförderte politische Bildung nicht gekürzt wurden. Dieser Förderung ist es zu verdanken, dass der Arbeitskreis deutscher Bildungsstätten die im Folgenden beschriebenen Programme und Projekte, Fortbildungen und Tagungen, Kommissions- und Arbeitsgruppensitzungen, Veröffentlichungen und Vertretungsaufgaben durchführen konnte.

Wir informieren Sie in diesem Bericht über das Programm „Politische Jugendbildung im AdB“, das 2011 mit neuen Kolleg/-innen und neuen Einrichtungen erfolgreich in eine zweite, sechsjährige Arbeitsphase gestartet ist. Nachlesen können Sie darüber hinaus, dass der AdB mit seiner Arbeit Grenzen überwindet und in Zusammenarbeit mit zahlreichen Mitgliedseinrichtungen erfolgreich Austauschmaßnahmen mit Russland, China und der Mongolei durchführt. Eine hervorragende Vertretung im europäischen Kontext haben wir über DARE, unserem europäischen Netzwerk, sichergestellt, das immer wieder die Notwendigkeit von Demokratie- und Menschenrechtsbildung in die politische Debatte einspeist und mit mittlerweile 52 Mitgliedern aus 27 Ländern eine erfolgreiche NGO geworden ist.

Um die Qualifizierung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in Bildungsstätten haben wir uns mit insgesamt vier Fortbildungsveranstaltungen bemüht. Im Mittelpunkt standen dabei die Angebote für Hauswirtschaftsleitungen und Haustechniker, Fragen von Bildungsmarketing und Internet sowie unsere Jahrestagung zum Thema „Wachstum, Gerechtigkeit, Teilhabe. Nachhaltige Klimapolitik gestalten“.

Kommunikation und Kompetenz umschreibt die Arbeit der Fachkommissionen des AdB – Jugendbildung, Erwachsenenbildung, europäische und internationale Bildung, Mädchen- und Frauenbildung sowie Verwaltung und Finanzen. Mein Dank geht an alle Kolleginnen und Kollegen, die hier mitarbeiten und ihre Ideen, Anregungen und auch Fragen in die Sitzungen einbringen. Der AdB profitiert von dem Engagement der Kommissionen, jüngstes

Beispiel dafür ist die Neupositionierung der Mädchen- und Frauenbildungsarbeit im Rahmen politischer Bildung, die die Kommission erstellt und die vom Vorstand verabschiedet worden ist. Sie finden sie im Anhang dieses Berichts.

Stellvertretend für die vielen Arbeitsergebnisse der Öffentlichkeitsarbeit möchte ich an dieser Stelle insbesondere auf die Broschüre zum Thema „Neue Beteiligungsformen in der repräsentativen Demokratie. Chancen demokratischer Beteiligung nutzen“ hinweisen. Sie dokumentiert anschaulich, wie ideenreich und kreativ das gewählte Motto in den Einrichtungen des AdB umgesetzt wird – und wie viel Spaß politische Bildung macht!

Informiert werden Sie im Folgenden auch über unsere Anstrengungen, Gender Mainstreaming im AdB weiterhin zu verankern – hier gab es strukturelle Veränderungen – und über unsere Bemühungen, die interkulturelle Öffnung weiter voranzubringen. Wir müssen selbstkritisch eingestehen, bei diesem Thema hinter unsere Zielsetzung zurückgefallen zu sein, was nicht einer Prioritätenverschiebung zuzuschreiben ist, sondern den begrenzten Personalressourcen des Verbandes. Leider waren wir auch mit unserem Antrag beim Programm Xenos nicht erfolgreich, der unsere Bemühungen um interkulturelle Öffnung unterstützt hätte. „Learning Diversity – Politische Bildung und Vielfalt in der Arbeitswelt“ war das Konzept übertitelt, das wir, gemeinsam erarbeitet mit vier Mitgliedseinrichtungen, eingereicht hatten. Dass ein Projektantrag nicht von Erfolg gekrönt ist, muss man als Träger in Kauf nehmen. Nicht hinnehmbar ist jedoch das Verfahren, das den Antragstellern hier aufgenötigt wurde. Die Antragstellung war so aufwändig, so zeitintensiv und verlangte bereits in der Antragsphase so detaillierte Angaben, Berechnungen und Kooperationszusagen, dass Aufwand und Ertrag in keinem Verhältnis zueinander stehen. Für den AdB bleibt die Aufgabe, sich politisch dafür einzusetzen, dass

Antragsverfahren so gestaltet werden, dass sie den antrags(leid)geprüften Trägern das Leben nicht zusätzlich noch schwerer zu machen.

Zum Schluss möchte ich noch auf zwei Mitgliedseinrichtungen des AdB besonders eingehen. Das ABC Bildungs- und Tagungszentrum in Drochtersen-Hüll hat im Rahmen der Verleihung des „Preises Politische Bildung“ einen Sonderpreis gewonnen für das Projekt „GenderCamp 2010“, das weltweit erste BarCamp zum Thema Geschlechterverhältnisse und Netzpolitik. Die Jury würdigte damit insbesondere den Einsatz von Social Media in der politischen Bildung. Wir gratulieren und freuen uns, denn damit war erneut auch bei der zweiten Ausschreibung des Preis Politische Bildung eine AdB-Einrichtung unter den Preisträgern.

Die zweite Information betrifft die Heimvolkshochschule Alte Molkerei Frille, von der wir uns verabschieden mussten. Die Kolleginnen und Kollegen teilten mit, dass sie zum Jahresende die Arbeit in der Bildungsstätte einstellen und den Betrieb schließen müssen. Die HVHS Frille war seit 1979 im AdB und arbeitete aktiv im Programm Politische Jugendbildung mit, in mehreren Kommissionen und in der Gender-Steuerungsgruppe, hinzu kamen Teilnahmen an Fortbildungen und Projekten. Die Heimvolkshochschule Alte Molkerei Frille war bundesweit bekannt für ihre geschlechtersensible Bildungsarbeit und für ihre Vorreiterrolle bei der Verankerung von Gender Mainstreaming in der außerschulischen Bildung. Wir alle bedauern das Ausscheiden und den fachlichen Verlust außerordentlich und nehmen es als Auftrag, uns weiterhin für den Erhalt und die Förderung von politischer Bildung in Bildungsstätten einzusetzen. Persönlich wünschen wir den Kolleginnen und Kollegen alles Gute!

Peter Ogrzall
Vorsitzender

1 Menschen für die Demokratie gewinnen

Ziele und Schwerpunkte der Arbeit des AdB

„Demokratie ist keine Glücksversicherung, sondern das Ergebnis politischer Bildung und demokratischer Gesinnung!“ Dieses Zitat wird Theodor Heuss zugeschrieben, und er formulierte damit in den 50er Jahren eine bis heute wirkende Triebfeder politischer Bildung. Politische Bildung richtet sich an junge Menschen wie an Erwachsene. Sie will Wissen über gesellschaftliche und politische Zusammenhänge vermitteln, Orientierung ermöglichen, zur Mitwirkung und Mitgestaltung in der Demokratie anregen und die dazu notwendigen Kompetenzen vermitteln. Politische Bildung richtet sich an den Interessen und Bedürfnissen ihrer Teilnehmerinnen und Teilnehmer aus, verfügt über ein anregungs- und abwechslungsreiches Methoden- und Formaterepertoire, arbeitet international und interkulturell.

Der Arbeitskreis deutscher Bildungsstätten ist ein Fachverband der politischen Bildung. Als Teil der bundeszentralen Infrastruktur der außerschulischen Bildungsarbeit trägt er in besonderer Weise Verantwortung, zum einen für die fachliche Weiterentwicklung einer politischen Bildung im oben beschriebenen Sinne, zum anderen für die Unterstützung und den Erhalt der Einrichtungen und Träger, die entsprechende Angebote für Jugendliche und Erwachsene bereithalten. Er kommt dieser Verantwortung nach, indem er den Austausch der Mitgliedseinrichtungen und ihre Zusammenarbeit fördert, Fortbildungsangebote und Fachtagungen organisiert, Informations- und Öffentlichkeitsarbeit für die politische Bildung betreibt, den bundesweiten Fachdiskurs mitgestaltet, Theorie und Praxis miteinander in Verbindung bringt, Modellprojekte und internationale Maßnahmen durchführt und die gemeinsame Interessenvertretung gegenüber Politik und Öffentlichkeit wahrnimmt. Im Rahmen dieser Aufgaben hat der AdB im Berichtsjahr die folgenden Schwerpunkte umgesetzt.

■ Steuern und weiterentwickeln

Zentrales Instrument der fachlichen Steuerung und Weiterentwicklung politischer Bildung im AdB ist das Programm Politische Jugendbildung. Dank der Förderung durch das BMFSFJ ist der AdB in der Lage, im Zentralstellenverfahren in bundesweit 18 Einrichtungen anteilig die Personalkosten von Jugendbildungsreferent/-innen und in sechs Einrichtungen Maßnahmen der politischen Bildung zu fördern. Voraussetzung für die Teilnahme an diesem Programm sind die Zuordnung zu einem der vom Vorstand fest-

gelegten Themenschwerpunkte und die Vorlage eines darauf abgestimmten Konzeptes, die Modellhaftigkeit der Bildungsarbeit sowie die Sicherstellung der Gesamtfinanzierung.

Nach sechs Jahren Laufzeit endete im Dezember 2010 die erste Programmphase, 2011 startete der neue Durchlauf mit neuen bzw. aktualisierten Themenschwerpunkten. Rund ein Drittel der beteiligten Mitgliedseinrichtungen wechselte, so dass neue Einrichtungen und neue Kolleg/-innen im Programm begrüßt werden konnten.

Für den AdB bedeutete der thematische und personelle Wechsel, die bundeszentrale Steuerung neu zu justieren auf der Grundlage der bewährten und erfolgreichen Qualitätsinstrumente. Dazu zählen

- die Vorgabe von Themenschwerpunkten von herausragender jugendpolitischer Bedeutung
- die kontinuierliche Zusammenarbeit aller Jugendbildungsreferent/-innen in themenbezogenen Projektgruppen
- eine jährlich stattfindende zentrale Arbeitstagung aller am Projekt Beteiligten
- ein strukturiertes Berichtswesen
- die inhaltliche Prüfung der Veranstaltungen durch den Bundestutor
- festgelegte Verfahrensabläufe zur Programmumsetzung
- kontinuierliche Begleitung und Beratung der Jugendbildungsreferent/-innen
- Rückbindung der Arbeitsergebnisse in den Gesamtverband

Der Sicherung der fachlichen Weiterentwicklung in inhaltlicher, pädagogischer und struktureller Hinsicht sowie der Qualifizierung der Mitarbeitenden in den Einrichtungen dienen auch die Fachtagungen und Fortbildungsangebote, die der AdB organisiert und durchführt. Die Jahrestagung 2011 trug den Titel „Wachstum, Gerechtigkeit, Teilhabe. Nachhaltige Klimapolitik gestalten“ und hatte das Ziel, die aktuellen klima- und energiepolitischen Herausforderungen zu erörtern und den Beitrag der politischen Bildung zur Gestaltung einer nachhaltigen Klima- und Energiepolitik zu

diskutieren. Die Fortbildungstagung zu den Instrumenten und Möglichkeiten des web 2.0 diente explizit nicht der Klärung pädagogischer oder didaktischer Fragen zur Nutzung neuer Medien in Angeboten der politischen Bildung. Im Mittelpunkt bei „Dos and Don'ts im Online-Marketing“ standen die Nutzungsmöglichkeiten z.B. von sozialen Netzwerken für die Präsentation der Bildungsstätten sowie für die Ansprache und Gewinnung neuer Zielgruppen. Wissenswertes in Bezug auf Bau- und Sanierungstätigkeiten und Fragen von Einkaufsmanagement waren die Schwerpunktthemen der Haustechniker- bzw. der Hauswirtschaftsleitungstagungen, die beide zur Sicherung der Infrastruktur der Einrichtungen einen besonderen Stellenwert im Rahmen der AdB-Tätigkeiten einnehmen.

Anregen und ermöglichen

Politische Bildung braucht einen förderlichen Rahmen, um ihre Wirkung entfalten und positive Effekte bei den Teilnehmenden erzielen zu können. Dazu gehören selbstverständlich eine ausreichende Finanzierung, politische Akzeptanz und qualifizierte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Dazu gehören aber auch Beratung und konzeptionelle Unterstützung, Ideen und Anregungen und der „Blick über den Tellerrand“, um von anderen zu lernen und neue Kooperationspartner für neue Projekte zu gewinnen. Der AdB sieht genau dies als seine Aufgaben an: Themen, Ideen, Maßnahmen und Kooperationen anzuregen und durch gezielte Unterstützung zu ermöglichen. In der internationalen Arbeit lag daher ein Schwerpunkt auf dem Ausbau der Zentralstellenarbeit, um die internationale Jugendarbeit und den Fachkräfteaustausch im AdB zu fördern, zu stärken und zu qualifizieren. Schwerpunktländer in der internationalen Zusammenarbeit waren Russland, China und die Mongolei, inhaltlich lag der Fokus auf den Themenbereichen Menschenrechte, Armut und Reichtum, historisch-politische Bildung und Geschlechterrollen.

Eine Anregungsfunktion hat auch das Jahresthema, das der AdB-Vorstand jährlich aufgrund von Vorschlägen aus der Mitgliedschaft bestimmt. Dabei handelt es sich um politisch aktuelle Themen, die, oft kontrovers diskutiert, Eingang in die politische Bildungsarbeit finden sollen. Im Jahr 2011 stand der Kernauftrag politischer Bildung – Partizipation – im Mittelpunkt: „Neue Beteiligungsformen in der repräsentativen Demokratie – Chancen demokratischer Beteiligung nutzen“ lautete der Titel des Jahresthemas. Ziel war es zum einen, entsprechende Veranstaltungen in den Mitgliedseinrichtungen anzuregen, zum anderen aber auch, nach außen hin sichtbar zu machen, was politische Bildung leistet, um über die Möglichkeiten politischer Partizipation zu informieren, Menschen zur Übernahme von Verantwortung in der Gesellschaft zu motivieren und Kompetenzen zum Mitbestimmen und Mitentscheiden zu vermitteln. Um diesem zweiten Aspekt mehr Gewicht zu verleihen, wurde eine Broschüre in die Planung aufgenommen, die auf informative und interessante Weise über die Arbeit der AdB-Mitgliedseinrichtungen zum Jahresthema informiert.

Vernetzen und austauschen

In der Mitgliederversammlung 2011 konnten gleich vier Bildungseinrichtungen als ordentliche Mitglieder neu in den AdB aufgenommen werden. Im Aufnahmeantrag, in dem alle interessierten Einrichtungen Auskunft über ihre Arbeit und auch Auskunft über ihre Erwartungen in Bezug auf die Mitgliedschaft im AdB geben, haben alle Antragssteller übereinstimmend erläutert, dass sie insbesondere an der Vernetzung und dem Austausch mit den anderen AdB-Einrichtungen interessiert sind. Sie erwarten davon einen direkten fachlichen Mehrwert für ihre eigene Bildungsarbeit, Unterstützung und Hilfestellung bei allen Anliegen einer Bildungsstätte sowie neue Kooperationen und die Umsetzung neuer, gemeinsamer Vorhaben.

Die Förderung der Vernetzung und des Austauschs gehört zu den Schwerpunktaufgaben des AdB. Zentrales Medium dafür sind die Kommissionen, die sich an den fachlichen Belangen von Jugendbildung, Erwachsenenbildung, internationaler Bildung, Mädchen- und Frauenbildung sowie den Aufgaben der Verwaltung orientieren. Darüber hinaus tragen auch die Homepage, der Newsletter adb-intern, Mitgliederversammlungen und Fachtagungen zum Informationstransfer bei.

Der Schwerpunkt „vernetzen und austauschen“ ist darüber hinaus nicht nur eine innerverbandliche Aufgabe, sondern beinhaltet auch den Kontakt und die Zusammenarbeit mit anderen Fachverbänden der politischen Bildung, mit Organisationen aus angrenzenden Arbeitsbereichen, mit Politik und Verwaltung und schließlich auch mit Wissenschaft. Insbesondere der Austausch zwischen Forschung und Theoriebildung auf der einen und politischer Bildungspraxis auf der anderen Seite ist für die fachliche Weiterentwicklung von entscheidender Bedeutung. Die wechselseitige Kenntnisnahme von Wissenschaft und Praxis hat sich insbesondere die Zeitschrift „Außerschulische Bildung“ des AdB zum Ziel gesetzt.

In den folgenden Kapiteln sind alle Aktivitäten des Arbeitskreises deutscher Bildungsstätten ausführlich dokumentiert. Zusätzlich zu den Projekten, Programmen, Verbandsorganen, Fortbildungen, Fachtagungen, zur Öffentlichkeitsarbeit und zu den Kooperationen sind die Querschnittsthemen „Gender Mainstreaming“ und „Migration und interkulturelle Öffnung“ in Kapitel drei dokumentiert. Auskunft über die Arbeit des Vorstands und über die Mitgliederentwicklung gibt das vierte Kapitel. In Kapitel fünf werden dann im Hinblick auf die Arbeit des Gesamtverbandes die Schlussfolgerungen gezogen und Perspektiven für zukünftige Entwicklungen vorgestellt. Der Anhang enthält die zentralen Positionen des Verbandes und liefert noch einmal auf einen Blick alle Veranstaltungen, Gremien, Personen und Mitglieder des AdB. |

2 Innovationen für die politische Bildung

Aktivitäten, Erfahrungen und Ergebnisse



Programm Politische Jugendbildung

Die politische Jugendbildung im AdB stellt ein zentrales Handlungsfeld des Verbandes dar, um im Sinne des Kinder- und Jugendplans, aus dem die Förderung erfolgt, bundesweit gemeinsam mit ausgewählten Einrichtungen innovative und teilnehmerorientierte Konzepte und Angebote zu entwickeln und zu realisieren.

Die neue Programmphase startete zu Beginn des Jahres mit vier neuen Themenschwerpunkten und entsprechenden Projektgruppen. Dem voraus ging ein längeres Verfahren zur Auswahl von Mitgliedseinrichtungen, die sich mit einem Konzept um die Mitarbeit bewerben konnten. Insgesamt 24 Einrichtungen wurden ausgewählt, die mit ihren Jugendbildungsreferent/-innen und weiteren pädagogischen Mitarbeiter/-innen nun an der Umsetzung der Programmziele mitwirken.

■ Programmschwerpunkte

Die neuen Programmschwerpunkte greifen aktuelle gesellschaftspolitische Fragestellungen auf, die in den Bildungseinrichtungen auf der Grundlage der eingereichten Konzepte didaktisch aufbereitet und in Seminare, Kurse und Projekte umgesetzt werden.

Themenschwerpunkt 1 „Globalisierung und Medienkommunikation“: Die Bildungsangebote sollen Wissen über die Auswirkungen und Wechselwirkungen globaler Medienkommunikation vermitteln und Jugendliche an der globalen Medienkommunikation partizipieren lassen und ihnen Handlungsmöglichkeiten für eine zielgerichtete und verantwortungsvolle Mediennutzung aufzeigen.

Themenschwerpunkt 2 „Partizipation und Demokratie in und mit der Schule“: Schülerinnen und Schüler sollen durch geeignete Seminare und Projekte die notwendige methodische Handlungskompetenz gewinnen, um Beteiligungsprozesse zu planen und zu gestalten. Sie sollen aber auch ihre Rolle zwischen Lehrkräften, Eltern und Schulverwaltung gestalten lernen.

Themenschwerpunkt 3 „Aufwachsen in der Einwanderungsgesellschaft“: Die Jugendbildungsreferent/-innen sind gefordert, Konzepte und Angebote zu entwickeln, die Fragen des interkulturellen Zusammenlebens thematisieren. Jugendliche mit und ohne Migrationshintergrund sollen gemeinsam in Seminaren Modelle des gegenseitigen Respekts, der Solidarität und Konfliktlösung bearbeiten und trainieren.

Themenschwerpunkt 4 „Arbeitsweltbezogene politische Bildung“: Die Auseinandersetzung mit den Voraussetzungen, Konsequenzen und globalen Zusammenhängen von Erwerbsarbeit steht im Mittelpunkt der Bildungsarbeit mit Jugendlichen im Übergang von Schule zu Beruf. Die Teilnehmenden sollen die Zusammenhänge ihrer (zukünftigen) Rolle als Arbeitnehmer/-innen oder gar als Arbeitgeber/-innen als gesellschaftliche Teilhabe und Verantwortung begreifen.

Zentrale Arbeitstagung

Die Struktur des Programmes sieht in jedem Jahr eine Zentrale Arbeitstagung und für jede Projektgruppe jeweils zwei weitere Tagungen vor. Die Zentrale Arbeitstagung vom 21. bis 25. März 2011 in der Jugendbildungsstätte Kurt Löwenstein in Werftpfuhl bildete den offiziellen Start des neuen Programms. Peter Ogrzall begrüßte in seiner Funktion als Vorsitzender des AdB die Jugendbildungsreferent/-innen, die zu einem Drittel neu im Programm sind, und wünschte ihnen für ihre Arbeit in der politischen Bildung viel Erfolg.

Den Schwerpunkt des Programms bildeten das gegenseitige Kennenlernen und die Konstituierung der vier neuen Projektgruppen, die zukünftig den fachlichen Rahmen für die pädagogisch-konzeptionelle Arbeit der Jugendbildungsreferent/-innen bilden.

Thematisch startete die Tagung mit „Textinspirationen“: Alle Teilnehmenden stellten in zwanzigminütigen Blöcken jeweils einen Text vor, der für ihre Bildungsarbeit zum entsprechenden Schwerpunkt inspirierend war. Jeder wurde damit zum Akteur und zum Zuhörer bzw. zur Akteurin und zur Zuhörerin. Es liefen jeweils drei Präsentationen parallel, so dass die Teilnehmenden auswählen konnten, an welcher der 20 Textpräsentationen sie teilnehmen wollten. Alle Texte wurden in einem Reader gesammelt und stehen während der gesamten Programmlaufzeit für alle Mitwirkenden zur Verfügung.

Die vier Projektgruppen nutzten während ihres ersten Zusammentreffens die Möglichkeit, ihre konzeptionellen Schwerpunkte vorzustellen und thematische Schnittmengen für die Arbeit in den

kontinuierlich arbeitenden Projektgruppen auszuloten. Sie nahmen eine Themenauswahl vor, die während der nächsten Monate bearbeitet werden wird.

Eine für die politische Jugendbildung bedeutsame Herausforderung stellt die Kooperation mit Ganztagschulen dar. Es liegen etliche unterschiedliche Erfahrungen dazu vor, die vor dem Hintergrund der aktuellen StEG-Studie (Studie zur Entwicklung von Ganztagschulen) in Fachkreisen diskutiert werden. Die Ergebnisse der Studie stellte Dr. Ivo Züchner vom Deutschen Institut für Internationale Pädagogische Forschung (DIPF) im Verlauf der Tagung vor. Er konstatierte, dass sich die Schulen während des fünfjährigen Beobachtungszeitraums durch die Kooperation mit außerschulischen Trägern verändert haben. Schülerinnen und Schüler haben, so ein Ergebnis, bessere Noten in Kernfächern. Zudem ist ein positiveres Sozialverhalten als in Halbtagsschulen festgestellt worden. Inzwischen sind 46 Prozent aller Schulen Ganztagschulen, jedoch nur 26 Prozent aller Schüler/-innen besuchen eine Ganztagschule.

Die aus Sicht der politischen Jugendbildung interessante Frage der Partizipationschancen von Schülerinnen und Schülern in Ganztagschulen waren ebenfalls Gegenstand der Untersuchung. Je höher der Grad der Beteiligung, desto besser gefielen den Kindern und Jugendlichen die Schule und das Angebot. Auch die Kooperationsbeziehungen zwischen Ganztagschulen und freien Trägern, wie beispielsweise Bildungsstätten, wirkten sich positiv aus, da sich die Schule mehr ihrem sozialen Umfeld öffnet und stärker im Stadtteil bzw. der Gemeinde vernetzt ist. Als wichtigen Hinweis gab Ivo Züchner den Jugendbildungsreferent/-innen mit auf den Weg, möglichst kontinuierliche Kooperationsbeziehungen aufzubauen, da diese am tragfähigsten sind.

Zu einer abendlichen Gesprächsrunde stand Julia Hiller, Referentin aus dem BMFSFJ, zur Verfügung. Auch sie betonte die zentrale Rolle der Kooperation außerschulischer Träger mit Ganztagschulen und verwies auf die Herausforderungen, die bereits im 12. Kinder- und Jugendbericht der Bundesregierung benannt wurden und eine zentrale Bedeutung im Rahmen der „Kommunalen Bildungslandschaften“ einnehmen. Julia Hiller skizzierte darüber hinaus die Überlegungen des BMFSFJ für eine „eigenständige Jugendpolitik“, die sich an den Entwicklungsphasen junger Menschen orientieren und Hilfestellung geben soll.

Die Präsentation eigener Projekte und Seminare aus den Bildungsstätten rundete die fünftägige Arbeitstagung ab und spiegelte das breite Spektrum unterschiedlicher konzeptioneller Ansätze und Ausrichtungen der am Programm beteiligten Einrichtungen wider.

Projektgruppen

Die Gemeinsame Projektgruppensitzung fand am 14. bis 16. November im Gustav-Stresemann-Institut in Bad Bevensen statt und ermöglichte neben den parallel tagenden Gruppen die gemeinsame Beratung übergreifender Themen. Der Austausch über das Konzept einer eigenständigen Jugendpolitik konnte dort

wieder aufgegriffen werden. Einige Aspekte zur Anerkennung non-formalen Lernens wurden diskutiert.

Die jeweiligen Einzeltagungen der Projektgruppen fanden zwischen den beiden großen Tagungen statt:

- Globalisierung und Medienkommunikation:
27.09.–29.09.2011 Jugendbildungsstätte Hütten
- Partizipation und Demokratie in und mit der Schule:
19.09.–21.09.2011 JugendAkademie, Bad Segeberg
- Aufwachsen in der Einwanderungsgesellschaft:
30.05.–01.06.2011 EJBW, Weimar
- Arbeitsweltbezogene politische Bildung:
11.07.–13.07.2011 Europahaus Aurich

Schwerpunktsetzungen

Nachdem sich die Projektgruppen konstituiert hatten, nahmen sie ihre Arbeit auf und definierten die inhaltliche Schnittmenge und die Reihenfolge der zu bearbeitenden Themen zu den jeweiligen Themenschwerpunkten. Alle Projektgruppen wählten aus ihren Reihen eine Koordinatorin bzw. einen Koordinator, die bzw. der die Funktion der Ansprechpartnerin/des Ansprechpartners für den Bundestutor einnimmt und verantwortlich ist für die Vorbereitung und Koordinierung der Sitzungen und deren Ergebnissicherung.

Die Projektgruppe **Globalisierung und Medienkommunikation** benannte übereinstimmend die Schwierigkeit, dass der Fokus der Teilnehmenden und Kooperationspartner allzu oft allein auf die Medienarbeit und -gestaltung gerichtet ist und der eigentliche politische Bildungsprozess aus dem Blick verloren wird. Deutlich wird dies bei verabredeten Kooperationen, bei denen oft nur die Erstellung eines Produkts, z.B. ein Film, im Vordergrund stehen soll. Zudem nimmt der Einsatz von Medientechnik viel Zeit für die Einweisung in die Bedienung und gestalterisch-ästhetische Aspekte der Nutzung in Anspruch.

Die Herausforderung besteht darin, über die kreativ-methodischen Ansätze einen sinnvollen Alltagsbezug herzustellen. Der abstrakte Begriff „Globalisierung“ muss auf die Fragen der Jugendlichen bezogen werden. Nicht immer muss dabei Globalisierung explizit als Thema benannt werden. Globalisierte Identitäten, Lebensläufe, Gesellschaftskonflikte oder Wirtschaftsbeziehungen sind implizit mit den Alltagserfahrungen Jugendlicher verbunden und werden für sie in ihrer eigenen Lebenswelt nachvollziehbar.

Die Projektgruppe **Partizipation und Demokratie in und mit der Schule** befasste sich mit der Umsetzung in den Einrichtungen und beschäftigte sich mit möglichen Themen, Inhalten, Methoden und besonderen Zielgruppen. Die Heterogenität der beteiligten Einrichtungen und die unterschiedlichen Ausgangslagen stellte die Projektgruppe vor große Herausforderungen hinsichtlich der Entwicklung gemeinsamer Ziele und Arbeitsschwerpunkte. Gleich-

zeitig förderten die unterschiedlichen Voraussetzungen aber auch den kreativen Gedanken- und Ideenaustausch und schafften Synergien für die eigene und gemeinsame Bildungsarbeit.

In der Diskussion über das Partizipationsverständnis waren sich alle einig, dass Partizipation in der Schule möglich und institutionalisierbar ist. Voraussetzung ist allerdings, dass alle Beteiligten sich auf den Prozess einlassen: vom Schulträger/Schulamt über die Schulleitung, die Lehrkräfte, die Eltern, die Schulsozialarbeiter/-innen bis hin zu den Schüler/-innen.

Die **Projektgruppe Aufwachsen in der Einwanderungsgesellschaft** stellte das Thema Antiziganismus in den Mittelpunkt. Dabei fokussierte sie verschiedene Adressaten: mit Seminaren und Workshops zum „Empowerment“ sollen jugendliche Roma erreicht und zur Partizipation an der Einwanderungsgesellschaft ermuntert werden. Angebote unter dem Motto „Antiziganismus als spezielle Form des strukturellen gesellschaftlichen Rassismus“ sollen Bilder und Vorurteile ausräumen helfen und in die Mehrheitsgesellschaft wirken.

Inspiziert von den vielen neuen Impulsen entspann sich in der Projektgruppe eine Kontroverse zur Frage der „authentischen“ Vermittlungsarbeit: Ist die Anwesenheit eines oder einer Rom/ni als Zeitzeuge, Interviewpartner oder kooperierender Teamer in einer



Veranstaltung der politischen Bildung zum Thema Antiziganismus unabdingbar? Aus Sicht der Projektgruppe können Veranstaltungen auch ohne direkte Teilnahme eines bzw. einer Rom/ni gelingen, wenn eigene Bilder und Vorurteile der Jugendlichen thematisiert werden oder wenn z.B. lokalhistorische Erkundungen und Spurensuche auf der Agenda stehen. Zu diesem Zweck verfü-

gen die Jugendbildungsreferent/-innen über eine breitgefächerte Palette an erprobten Methoden und Materialien. Der oder die Rom/ni kann in diesem Kontext eine Bereicherung sein, er oder sie steht als Zeitzeug/-in für die eigene Biografie und die individuelle Sichtweise einer historischen oder sozialen Erfahrung.

Die **Projektgruppe Arbeitsweltbezogene politische Bildung** wertete die vom 12. bis 14. August 2011 durchgeführte Fortbildung für Multiplikator/-innen zu Methoden der arbeitsweltbezogenen politischen Bildung im Internationalen Haus Sonnenberg aus, die von drei Jugendbildungsreferenten der Projektgruppe angeboten worden war. Insbesondere Aspekte der politischen Jugendbildung in Abgrenzung zu reinen berufsvorbereitenden Seminaren und zur einseitigen Vorbereitung der Jugendlichen für den Arbeitsmarkt wurden dort erarbeitet. Die Qualifizierung von Trainer/-innen, die in weiteren Seminaren eingesetzt werden können, stellte für die Projektgruppe eine wesentliche Voraussetzung für die Qualität der geplanten Bildungsveranstaltungen dar.

Darüber hinaus konnte eine umfangreiche Methodensammlung zusammengestellt und über die Internetplattform „mixxt“ auch den anderen Projektgruppen im AdB zur Verfügung gestellt wer-

den. Die Teamarbeit bei der Kooperationsveranstaltung gestaltete sich sehr konstruktiv und bildete eine gute Grundlage für die weitere Zusammenarbeit.

In ihrer ersten Sitzung erstellte die Projektgruppe einen Arbeitsplan, in dem es vor allem um einen ersten Erfahrungs-, Material- und Methodenaustausch sowie die Erarbeitung der Zielsetzungen der jeweiligen Bildungsmaßnahmen ging. Dieser Fachaustausch war sehr hilfreich – für den Beginn des neuen Schwerpunkts und auch für die Jugendbildungsreferent/-innen, die neu in das Programm gekommen sind. Die fachliche Vernetzung brachte die Bearbeitung des Themenschwerpunkts inhaltlich wie methodisch für alle Projektgruppenmitglieder entscheidend voran.

Außerdem wurde deutlich, dass das inhaltliche Interesse am Thema Arbeitswelt häufig auf Aspekte der Berufsorientierung, Lebenswegplanung und Verbesserung der Ausbildungsfähigkeit beschränkt war und die Beschäftigung mit der gesellschaftspolitischen Dimension von Arbeit weniger Anklang fand. In der Diskussion wurden erste Überlegungen entwickelt, diese sich ergänzenden Schwerpunkte konzeptionell zu verbinden.

Politische Bildung angefragt – Fit für die Einwanderungsgesellschaft

Die in der Gemeinsamen Initiative der Träger politischer Bildung GEMINI zusammengeschlossenen Träger der politischen Jugendbildung – darunter auch der AdB – zeigten in Stuttgart erfolgreich ihre Präsenz beim 14. Deutschen Kinder- und Jugendhilfetag. Nicht nur die dreitägige Fachmesse bot den ausstellenden Trägern Raum zur Präsentation, sondern auch der angegliederte Fachkongress mit rund 250 Veranstaltungen.

Als Schwerpunkt der Präsentation und des Programms am Stand stellte GEMINI die interkulturelle Öffnung ihres Arbeitsfeldes und ihrer Organisationen in den Mittelpunkt und präsentierte die politische Jugendbildung als Leistung der Kinder- und Jugendhilfe zusammen mit weiteren Einrichtungen, (IJGD, LidiceHaus, Anne-Frank-Zentrum) sowie dem Wochenschau-Verlag mit einem gemeinsamen Stand, der von den Messebesuchern gut identifiziert werden konnte.



Dr. Kenan Kolat: „Wir sollten von Teilhabe sprechen und nicht von Integration.“

Insgesamt besuchten nach Veranstalterangaben über 35.000 Menschen den Kinder- und Jugendhilfetag. Am GEMINI-Stand konnten zahlreiche Informationsgespräche mit interessierten Fachkräften der Kinder- und Jugendhilfe geführt werden, aber auch mögliche Kooperationsprojekte mit anderen Trägern besprochen werden.

Vielfältiges Fachprogramm

Wie können Bildungsangebote der politischen Jugendbildung für junge Migranten attraktiver gestaltet werden? Wie kann deren Partizipation an der Themenfindung und Seminarentwicklung verbessert werden? Und was müssen die Organisationen an ihren Strukturen ändern, um den Prozess der interkulturellen Öffnung

stärker als bisher zu befördern? Diese und weitere Fragen diskutierten am Messestand u.a. Kenan Kolat, Bundesvorsitzender der Türkischen Gemeinde in Deutschland, Hans-Peter Bergner, Referatsleiter im BMFSFJ und Klaus Waldmann von der GEMINI.

Ergebnisse aus Projekten zu diesem Themenfeld wurden in Form von Musikbeiträgen, Filmvorführungen und Interviews vorgestellt und unterstrichen die Relevanz der politischen Bildung bei der Bearbeitung dieser gesellschaftlichen Aufgabe.

Die GEMINI beteiligte sich mit einem zweistündigen Fachforum zum Thema „Politische Bildung: Fit für die Einwanderungsgesellschaft?“ am Fachkongress des Kinder- und Jugendhilfetages. Ausgewiesene Expertinnen und Experten auf dem Podium und rund 50 Teilnehmende diskutierten, moderiert von Ina Bielenberg, die Herausforderungen für die politische Bildung.

Kenan Kolat stellte zu Beginn dar, welche Begrifflichkeit für ihn die gesellschaftliche Perspektive der Einwanderungsgesellschaft am besten deutlich macht: „Wir sollten von Teilhabe sprechen und nicht von Integration.“ Für ihn gebe es keine homogene Gesellschaft in Deutschland, sondern eine heterogene, in der verschiedene Kulturen in einem demokratischen Miteinander leben wollen. Mit Blick auf die Türkische Gemeinde in Deutschland könne er sich die Gründung eines eigenen Bildungswerkes von Migrant/-innen mit einem Angebot für alle Mitbürgerinnen und Mitbürger vorstellen.

Gari Pavkovic, Integrationsbeauftragter der Stadt Stuttgart, spitzte die Forderungen von Kenan Kolat zu, indem er für alle Mitbürgerinnen und Mitbürger gleiche Zugangschancen für alle kommunalen und staatlichen Dienstleistungen forderte. Gleichbehandlung per Deklaration führe aus seiner Sicht zu Diskriminierung, da sich die Akteure so von vornherein nicht mit den unterschiedlichen Zugangsvoraussetzungen zum gesellschaftlichen Leben, ihren Institutionen und der Bildung, auseinandersetzen. Daher sei es nicht überraschend, dass der Satz „Herkunft entscheidet maßgeblich über das Gelingen von Bildung“ immer noch seine Gültigkeit habe. Dabei sei weniger der kulturelle Hintergrund maßgeblich, sondern vielmehr das soziale Milieu.

Prof. Dr. Rudolf Leiprecht von der Uni Oldenburg begrüßte das Credo zur interkulturellen Öffnung als gegenwärtigem gesellschaftlichen Mainstream, betonte aber zugleich, dass sie zwar ein Instrument zur Organisationsentwicklung sein könne, aber den problematischen Begriff der Interkultur nicht auflöse. Der Begriff suggeriere zwei sich gegenüberstehende Kulturen, die homogen seien. Solch eine Auffassung blende die eigene Kultur gerne aus und mache der anderen allgemeingültige Zuschreibungen.

Einblicke in die 15-jährige internationale und interkulturelle Bildungsarbeit gab die Leiterin der Volkshochschule Stuttgart, Dagmar Mikasch-Köthner. Ein neuer konzeptioneller Ansatz der VHS bestehe darin, die interkulturellen Potenziale der eigenen Mitarbeitenden einzubeziehen, da diese oftmals selbst eine eigene Migrationsgeschichte und damit auch Zugang zum eigenen kulturellen Umfeld hätten.

Primäre Aufgabe der politischen Bildung ist für Klaus Waldmann, Koordinator der GEMINI, die Befähigung zur Teilhabe an der Demokratie. Eine demokratische Gesellschaftsform dürfe keine



Expertinnen und Experten auf dem Podium des Fachforums

Unterscheidung nach kultureller bzw. ethnischer Herkunft vornehmen, sondern müsse alle Menschen einschließen. „Demokratische Rechte stehen jedem zur Verfügung“. Zur Unterstützung dieses Anspruches sei die politische Bildung konzeptionell und bildungspraktisch gut aufgestellt.

■ Aufgaben für die politische Bildung

Einig war sich das Podium bezüglich der notwendigen Einbeziehung der Zielgruppe der bildungsbenachteiligten Jugendlichen in die politische Bildungsarbeit. Politische Bildung müsse dazu neue und innovative Wege gehen und künftig deutlicher eine Anwaltsfunktion für diejenigen wahrnehmen, die durch strukturelle und kulturelle Mechanismen oder rechtliche Regelungen in ihrer Teilhabe eingeschränkt sind. Gute didaktische Ansätze und Angebote gebe es bereits. Diese Angebote zu aktuellen gesellschaftlichen Fragen müssten jedoch noch stärker an die Interessen und Bedürfnisse der Zielgruppe angepasst werden.

Nach Ansicht aller Podiumsteilnehmenden braucht die politische Bildungsarbeit verlässliche Förderstrukturen. Eine Projektförderung über einen Zeitraum von zwei bis drei Jahren erzeuge nur kurzfristige Effekte und nehme die Teilnehmerinnen und Teilnehmer sowie ihre Anliegen nicht ernst. Nachhaltigkeit im Hinblick auf die Einbeziehung der Zielgruppen und letztendlich einer interkulturellen Öffnung sei damit nicht zu erreichen.

Neue Beteiligungsformen in der repräsentativen Demokratie – Jahresthema 2011

Der Arbeitskreis deutscher Bildungsstätten wählte sein neues Jahresthema „Neue Beteiligungsformen in der repräsentativen Demokratie – Chancen demokratischer Beteiligung nutzen“, um die Aufgaben der politischen Bildung bei der Qualifizierung für neue demokratische Beteiligungsformen zu verdeutlichen und das Interesse an mehr Mitwirkung an den öffentlichen Angelegenheiten zu fördern.

Anlass zur Wahl dieses Themas gaben zwei gleichzeitige aber ungleiche Entwicklungen: Während sich einerseits zahlreiche Menschen für neue, oft auch online-gestützte Formen der Beteiligung mobilisieren lassen oder sich in Initiativen für oder gegen politische Entwicklungen engagieren, lässt sich andererseits eine Entfremdung von Bürgern und Bürgerinnen und „etablierter“ Politik beobachten, die u. a. in dem dramatischen Rückgang der Wahlbeteiligung und dem Rückzug aus den Parteien und anderen gesellschaftlichen Großorganisationen zum Ausdruck kommt.

■ Aktivitäten im AdB

Der AdB sah es als Aufgabe der politischen Bildung an, den gesellschaftlichen Prozess hin zu mehr Beteiligung zu unterstützen. Politische Bildung soll über die Möglichkeiten politischer Partizipation informieren, Menschen zur Übernahme von Verantwortung in der Gesellschaft motivieren sowie Kompetenzen zum Mitbestimmen und Mitentscheiden vermitteln.

Zahlreiche Mitgliedseinrichtungen im AdB griffen dann auch in eigenen Kursen und Seminaren das Jahresthema auf und machten die Möglichkeiten demokratischer Beteiligung und die damit einhergehenden Chancen für die Demokratie zum Thema. Die Datenbank auf der Homepage des AdB wies zahlreiche interessante Beispiele auf:

- **Ich habe Recht(e)!**

Das Projekt richtete sich an Mädchen und Jungen im Alter von 6 bis 10 Jahren, die spielerisch die Kinderrechte kennenlernen und Möglichkeiten erkunden wollten, sich für ihre Rechte stark zu machen. Die Rechte sind in der UN-Kinderrechtskonvention festgeschrieben und gelten auf der ganzen Welt für alle Kinder und Jugendlichen, egal, ob Junge oder Mädchen, arm oder reich und unabhängig von Hautfarbe und Sprache. JugendAkademie Segeberg, Bad Segeberg

- **Staat, Bürgergesellschaft und Soziale Demokratie**

Nach wie vor ist die „Bürgergesellschaft“ als Begriff umstritten: Viele fürchten, dass „Bürgergesellschaft“ nur als Deckmantel für den Abbau (sozial-)staatlicher Leistungen dient. Andere

wiederum betrachten sie als eine notwendige Ergänzung für eine demokratische und aktive Gesellschaft. In diesem Seminar wurden die Voraussetzungen, aber auch Grenzen für eine solidarische Bürgergesellschaft erarbeitet. Die Grenzlinien und das notwendige Zusammenwirken von Staat und Bürgergesellschaft wurden anhand von Beispielen diskutiert. Kurt-Schumacher-Akademie, Bad Münstereifel

- **Web 2.0 vor Ort**

Die neue Generation von interaktiven Internetanwendungen, kurz „Web 2.0“ genannt, erfreut sich besonders unter politisch aktiven Menschen, Vereinen, Initiativen und Parteien großer Beliebtheit. Das Seminar befähigte jugendliche und erwachsene Bürgerinnen und Bürger, sich in diesen neuen Netzwerken zu bewegen und sie zu nutzen, um selbst politisch aktiv zu werden. Dazu wurde in Vorträgen und praktischen Übungen Basiswissen vermittelt und Vor- und Nachteile des Web 2.0 erörtert. Herbert-Wehner-Bildungswerk e.V., Dresden

- **Partizipationsverfahren - Mit interaktiven Methoden zu mehr Beteiligung**

Der Veränderungsdruck in vielen Teilen unserer Gesellschaft ist groß. Es wurden Modelle und Verfahren gesucht, mit denen Bürger und Bürgerinnen politische und gesellschaftliche Prozesse mitgestalten und an Veränderungsprozessen beteiligt werden können. Eine Chance bietet der Einsatz von Partizipationsverfahren, die motivieren und zu Beteiligung und Übernahme von Verantwortung anregen. Sie ermöglichen einen Dialog, durch den auch die Sichtweisen von anderen kennengelernt werden können, um gemeinsam den Anforderungen der Zeit begegnen und die Zukunft gestalten zu können. Friedrich-Ebert-Stiftung

- **Medien ohne Grenzen – Blogs und Podcasts als partizipatives Kommunikations- und Integrationstool für jugendliche Flüchtlinge**

Stärker noch als in anderen Vereinen, Gruppen und Verbänden ist die Arbeit in Migrantenselbstorganisationen einer großen Fluktuation ausgesetzt, kontinuierliche Arbeit und politische Bildungsarbeit fassen hier kaum Fuß. Dieses Seminar unterstützte junge Flüchtlinge in Deutschland darin, sich aktiv mit der Rolle der Medien in der Demokratie auseinanderzusetzen. Junge Erwachsene wurden in die Lage versetzt, eigene „Bilder“ und Narrationen zu ihrer Situation zu entwickeln und so einen gesellschaftlich wichtigen Beitrag gegen einseitige Berichterstattung und vorherrschende Blickwinkel zu leisten. ABC Bildungs- und Tagungszentrum e.V., Drochtersen-Hüll



Zahlreiche weitere Beispiele auf der Homepage des AdB zeigten, wie Mitgliedseinrichtungen das Thema der neuen Beteiligungsformen aufgriffen. Sie initiierten und begleiteten Foren, die Politik und Bürger/-innen zusammenbrachten, qualifizierten Jugendliche für die öffentliche Artikulation politischer Anliegen, stießen die Auseinandersetzung mit Partizipationsmöglichkeiten in der Gesellschaft und die Entwicklung von Vorstellungen zur Gestaltung der eigenen Zukunft an. Zudem ging es um die kritische Annäherung an Ziele und Wirkungen sozialer Bewegungen in Geschichte und Gegenwart und um gesellschaftliche Utopien über das Medium Spielfilm.

Der AdB unterstützte seine Mitgliedseinrichtungen mit hilfreichen Links und Literaturtipps. In jeder Ausgabe der Zeitschrift „Außerschulische Bildung“ wurden verschiedene Methoden politischer Bildungsarbeit zur Nachahmung vorgestellt.

Pünktlich zur Mitgliederversammlung lag auch die neue Broschüre zum Jahresthema vor, die in neuem, ansprechendem Gewand, die Umsetzung des Jahresthemas dokumentiert. Die Auswahl der präsentierten Angebote zeigt die Spannweite von Möglichkeiten, die sich bei der Umsetzung des AdB-Jahresthemas boten und belegt öffentlichkeitswirksam, dass es in der Praxis außerschulischer politischer Bildung neben den „klassischen“ Veranstaltungsformen eine Vielzahl innovativer Ansätze gibt.

■ Erfahrungen

Die Beschäftigung mit dem Thema „Neue Beteiligungsformen in der repräsentativen Demokratie – Chancen demokratischer Beteiligung nutzen“ hat deutlich gemacht, dass Bürgerinnen und Bür-

ger mitbestimmen und mitentscheiden wollen, vor allem dann, wenn ihre direkten Interessen betroffen sind. Begünstigt durch die Möglichkeiten des Internets haben sich neue Formen der Beteiligung entwickelt, mit deren Hilfe versucht wird, politische Anliegen zu vertreten und durchzusetzen. Dazu gehören z. B. die offenen Diskussionsforen für politische und gesellschaftliche Debatten in den sozialen Netzwerken des Internets, themenorientierte Online-Kampagnen, Online-Protestaktionen, online-gestützte Planungsverfahren.

Der hier zum Ausdruck gebrachte Wille zur Mitgestaltung und zum Engagement ist positiv für die Demokratie, die vom Engagement und der Mitwirkung der Bürgerinnen und Bürger lebt. Die Möglichkeiten der direkten demokratischen Beteiligung fördern die Einbeziehung der Menschen über die Wahlen hinaus an Gestaltungsaufgaben der Gesellschaft, insbesondere dann, wenn es ihr Lebensumfeld betrifft. Auch denjenigen, die hier leben, aber nicht wahlberechtigt sind, eröffnen sich durch die neuen Beteiligungsformen Chancen auf Mitwirkung und Übernahme von Verantwortung. Auf diese Weise wirken die neuen Beteiligungsförderung auch integrationsfördernd.

Den Trägern der politischen Bildung kommt vor dem Hintergrund dieser Entwicklung eine besondere Rolle zu. Sie sind gefordert, die verschiedenen Beteiligungsformen wie Wahlen, Parteien, Bürgerinitiativen, soziale Bewegungen, internet-basierte Foren aufzugreifen, in ihren Angeboten zum Thema zu machen und für ihre Nutzung zu qualifizieren und zu motivieren. Dass die Mitgliedseinrichtungen im AdB dies erfolgreich umsetzten, kann in der Broschüre zum Thema auf interessante und informative Weise nachgelesen werden.

Grenzen überwinden – politische Bildung International

Internationale Arbeit im AdB ist vielfältig: Sie beinhaltet die internationalen Aktivitäten der Geschäftsstelle, die internationale Arbeit der Mitglieder und die gemeinsamen Aktivitäten von Mitgliedern und Geschäftsstelle, vornehmlich in der Kommission für europäische und internationale Bildungsarbeit.

Internationale Bildungsarbeit im AdB umfasst thematische Fachkräfteprogramme zur Qualifizierung von Multiplikator/-innen, Maßnahmen, die den Dialog über demokratische Strukturen der Jugend- und Erwachsenenbildung anstoßen, Beratungsangebote für Mitglieder zu konzeptionellen Fragen und Förderfragen internationaler und europäischer Bildungsarbeit sowie ganz zentral die politische Vertretungsarbeit auf nationaler und internationaler Ebene. Im Mittelpunkt steht das Anliegen, jungen und erwachsenen Menschen die Begegnung und den Austausch mit Menschen anderer Länder zu ermöglichen und gemeinsam zu Themen wie Menschenrechte, Werte, Teilhabe, Diversität, Solidarität und Demokratie zu arbeiten. Die Möglichkeiten, Lernerfahrungen in internationalen Kontexten zu machen, müssen immer wieder neu geschaffen und gedacht werden, keine Maßnahme gleicht einer anderen. Zudem spielen politische Entwicklungen auf der internationalen Ebene immer wieder direkt in das „Tagesgeschäft“ hinein.

Internationale Zentralstellenarbeit

2011 baute der AdB seine Aktivitäten als Zentralstelle für den internationalen Jugendaustausch weiter aus. Die Geschäftsstelle hat Kooperationsprojekte der Mitglieder mit Tschechien, der Russischen Föderation, China und der Mongolei beraten, begleitet und zum Teil mit durchgeführt. Dabei ging es dem AdB nicht um ein rein quantitatives Wachstum an Begegnungen, sondern um die fachliche Weiterentwicklung der internationalen politischen Bildungsarbeit. Die geförderten Projekte wurden durch die Geschäftsstelle intensiv begleitet, eine Diskussion und Auswertung der Maßnahmen erfolgten in der Kommission für europäische und internationale Bildungsarbeit

Hauptanliegen der Zentralstellenarbeit war es, internationale politische Bildungsarbeit im Verband zu ermöglichen, besser zu vernetzen und fachlich zu unterstützen, dies auch, um sie insgesamt sichtbarer zu machen und die Kompetenz der Bildungsstätten als Orte für internationale Begegnungen auszubauen. Auf diese Weise wurde die Erfahrung internationaler Jugendarbeit stärker in die Verbandsarbeit einbezogen und auf die nationale Ebene rückgespiegelt.

Thematisch beschäftigten sich die über die Zentralstellenarbeit geförderten Maßnahmen mit Menschenrechten, Gewalterfahrungen, Jugendmedienarbeit, Geschlechterrollen, Teilhabe und

dem Wertedialog. Aufgrund der Fördersituation waren einige der geförderten Projekte zweijährig angelegt und fanden ihren Abschluss erst im Jahr 2012. Innerhalb eines Jahres erreichte der AdB ein Antragsvolumen von über 115.000 Euro. Davon wurden knapp 70 % bewilligt und 50 % gefördert.

Beratung, Austausch und Vernetzung

Neben den Maßnahmen, Projekten und Tagungen, die der AdB für seine und mit seinen Mitgliedern organisiert, gehörten zum Bereich der internationalen Arbeit auch die Beratung der Mitgliedseinrichtungen sowie von Politik, der Austausch und die Zusammenarbeit mit anderen Akteuren und die Vernetzung in europäischen und internationalen Kontexten.

Die Jugendwerke und Koordinierungsstellen, IJAB – Fachstelle für internationale Jugendarbeit, der Forscher-Praktiker-Dialog und die Nationale Agentur Jugend für Europa waren nur einige Partner, mit denen der AdB zusammenarbeitete und in deren Gremien er mitwirkte, um die Interessen politischer Bildung zu vertreten.

Bereits im Juli 2011 reagierte der AdB mit einer Stellungnahme auf die Pläne der EU-Kommission für eine neue Generation von Bildungsprogrammen unter dem damaligen Titel „Education Europe“ (später „Erasmus for All“) und wies frühzeitig auf die Problematik eines nicht eigenständigen, sondern integrierten EU-Bildungsprogramms aus jugendpolitischer Sicht hin.

Am Qualifizierungsprojekt des Forscher-Praktiker-Dialogs „Fit in deutscher Zeitgeschichte“ beteiligten sich 2011 mehrere Einrichtungen des AdB. Im Verbund mit den anderen Mitgliedern der Projektleitungsgruppe wurden 2011 vier Förderanträge gestellt, die leider alle negativ beschieden wurden. Das stellte dieses wichtige Projekt vor schwierige Herausforderungen. Dennoch konnte aus Mitteln von Transfer e.V. eine erste Synopse des Projekts gedruckt werden, für 2012 ist ein Pilotseminar geplant.

Auf Einladung der Stiftung Deutsch-Russischer Jugendaustausch DRJA leiteten Annegret Wulff (Mitost e.V.) und Georg Pirker anlässlich der Konferenz zum 10-jährigen Bestehen der Stiftung einen Workshop zum Thema historisch-politische Bildungsarbeit und Jugendpartizipation, an dem sich Vertreter/-innen der EVZ, der Stiftung Memorial und zahlreiche Fachkräfte aus der Jugendarbeit und Gedenkstättenpädagogik beteiligten.

Die Zusammenarbeit mit der Stiftung DRJA erwies sich als sehr fruchtbar und gut. Nichtsdestotrotz hatten die Mitgliedseinrichtungen des AdB bei ihren deutsch-russischen Projekten nach wie vor unter großen politischen Unwägbarkeiten zu leiden, die

die Projektdurchführungen für beide Seiten zum Teil erheblich verkomplizierten.

Mit ConAct, dem Koordinierungszentrum Deutsch-Israelischer Jugendaustausch, wurde ein gemeinsames Match-Making-Seminar zum Themenfeld politische Jugendbildung ausgeschrieben, das 2012 stattfinden wird. Ziel ist es, neue Partnerschaften und Projekte für die deutsch-israelische Zusammenarbeit im Bereich der demokratischen Jugendbildung anzubahnen.

Internationale Arbeit ist tagesaktuell: Bereits im Frühjahr 2011 beschäftigte sich die internationale Kommission des AdB mit dem demokratischen Aufbruch in Nordafrika und erarbeitete für den Vorstand ein Projektkonzept zur Etablierung neuer Partnerschaften mit Nordafrika/Maghreb. Gertrud Gandenberger, Studienleiterin des Internationalen Forums Burg Liebenzell, nahm noch im Dezember 2011 für den AdB an einer von IJAB organisierten Study Visit nach Tunesien für Fachkräfte aus dem Bereich der außerschulischen Jugendbildung teil und gewann erste Einblicke in die vom Umbruch geprägte Jugendbildungsszene Tunesiens. 2012 soll – mit Mitteln des Auswärtigen Amtes finanziert – eine Gruppe von Fachkräften aus dem AdB nach Tunesien reisen, um mit tunesischen Partnern die Grundlage für konkrete Kooperationen zu legen.

Der AdB und seine Mitglieds-einrichtungen haben über die langjährigen Kooperationen mit der Mongolei und Russland ein großes Know-how in der partnerschaftlichen Zusammenarbeit mit Transformationsländern erworben. Dieses gilt es nun auf die Zusammenarbeit mit anderen Regionen und Ländern zu übertragen und zu vertiefen.

Russland – China – Mongolei

Es ist ein erfreuliches Ergebnis, dass die Übernahme von Zentralstellenaufgaben durch den AdB in eine verstärkte inhaltliche Zusammenarbeit von Geschäftsstelle und Bildungsstätten mündet. Die enge Kooperation bedeutet einen Gewinn an Fachkompetenz für alle Beteiligten. Sie ist aber auch als ein wichtiger Baustein für die Qualitätssicherung internationaler politischer Bildungsarbeit zu werten.

Für den deutsch-russischen Jugendaustausch waren für 2011 acht Projekte in Höhe von 54.000 Euro beantragt. Aufgrund zahlreicher Veränderungen auf Seiten der deutschen wie auch auf Seiten der russischen Partner konnten jedoch nur vier Projekte in Höhe von

11.117 Euro durchgeführt werden. Diese hohe Ausfallquote ist auf die massiven Schwierigkeiten aller an den Projekten beteiligten Partnerorganisationen zurückzuführen, eine verbindliche Struktur für den deutsch-russischen Austausch zu etablieren. Das vom AdB und der Europäischen Jugendbildungs- und Jugendbegegnungsstätte Weimar geplante Fachkräfteseminar „Go East!“ musste aufgrund des Wegfalls der deutschen Ko-Finanzierung auf 2012 verschoben werden.

Der deutsch-chinesische Austausch im AdB etablierte sich gut. Es gab 2011 eine deutlich größere Nachfrage, die aufgrund der begrenzten Fördermittel leider nicht in vollem Umfang befriedigt werden konnte. Über das Ausweichen auf europäische Fördermittel und ein Strecken der Gegenbegegnungen auf 2012 konnten jedoch fast alle Maßnahmen innerhalb der bestehenden Partnerschaften durchgeführt werden. Als großes Plus erwiesen sich einmal mehr die große Erfahrung und gute Vernetzung von Bernd Neufurth von der Akademie Biggesees, der Kontakte außerhalb der chinesischen Parteihierarchien ermöglichte. Erfrischende Einblicke



Konzentrierte Zusammenarbeit von deutschen und mongolische Kolleginnen während eines Workshops in der Mongolei.

in eines der Projekte gewährt die Webseite <http://www.chinese-german-youthexchange.eu/>. Positiv wirkte sich auch aus, dass die Zusammenarbeit der am Austausch beteiligten AdB-Mitglieder mit der Auslandsgesellschaft NRW über verbandsinterne kurze Wege geleistet werden konnte, was zu einer erheblichen Planungssicherheit führte. Hierfür ist Heinz Kordy von der Auslandsgesellschaft NRW in Dortmund zu danken.

Im deutsch-mongolischen Austausch konnten 2011 vier Maßnahmen gefördert werden. Die Bildungsstätten standen vor der Herausforderung, neue, eigene deutsch-mongolische Fachkräftebegegnungen zu konzipieren und durchzuführen, die nicht mehr zentral über den AdB als Verband gemanagt wurden. Die Erfahrungen, die die teilnehmenden Jugendsozialarbeiter/-innen aus

Berlin und Schleswig-Holstein aus den deutsch-mongolischen Begegnungen zum Thema Schulmediation mitnahmen, waren sehr positiv. Trotzdem muss angemerkt werden, dass die beteiligten Einrichtungen bei den deutsch-mongolischen Begegnungen vor einen finanziellen Kraftakt gestellt wurden. Auch zeigte sich, dass der Entschluss des BMFSFJ, die bisher von bilateralen Fach-

ausschüssen begleiteten Sonderprogramme in internationale Globalförderung zu überführen, mangelhaft mit den ausländischen Partnern abgesprochen wurde. Dies zeigten sich von den neuen Entwicklungen überrascht. Für die beteiligten Träger bedeutete dies den Verlust des inhaltlichen Rahmens für die Zusammenarbeit, der in vielfältige organisatorische Schwierigkeiten mündete.

Bildung für Demokratie und Menschenrechte – DARE



Mitglieder des DARE-Netzwerkes auf der Vollversammlung 2011

Die politischen Entwicklungen auf europäischer Ebene und ihre Auswirkungen auf die europäischen Rahmenbedingungen für politische Bildung waren im Berichtsjahr turbulent und teilweise – nicht nur für Außenstehende – irritierend.

■ Aktuelle politische Entwicklungen

Für Aufregung und viel Widerspruch sorgte der Entwurf der Europäischen Kommission für ein integriertes Bildungsprogramm „Erasmus for all“. Auf der administrativen Ebene ging dies einher mit einem Zuständigkeitswechsel für das Thema „Bürgerschaft“ sowie der Schaffung und Abschaffung der Politikabteilung „Equality“ als zentralem Bezugspunkt für politische Bildung innerhalb der Generaldirektion Bildung und Kultur binnen eines Jahres. Gleichzeitig erfuhren Anliegen der politischen Bildung im Bereich der Generaldirektion „Justiz“ eine spürbare Aufwertung: Antisemitismus, Rassismus, Xenophobie, Antiziganismus, Homophobie und jedwede Diskriminierung sowie das Thema „europäische Bürgerschaft“ bekamen zunehmend Bedeutung im Hinblick auf die Umsetzung der EU-Grundrechtecharta.

Mit der Verabschiedung der UN-Deklaration zu Menschenrechtsbildung und -training wurde im Dezember 2011 ein neuer Baustein an internationalen Vereinbarungen hinzugefügt. Die Staaten werden darin aufgefordert, sich verstärkt für Menschenrechtsbildung einzusetzen. Zudem entwickelte die OSCE Leitlinien für Curricula zur Menschenrechtsbildung, und der Europarat verabschiedete eine Strategie zur Umsetzung der Kinderrechte für die Jahre 2012-2015; in beiden Dokumenten ist Demokratiebildung eine tragende Säule.

Vor diesem Hintergrund übernahm der AdB zum 01.01.2011

für zwei Jahre die Geschäftsführung des DARE-Netzwerkes. Dies geschah, um den Übergang von einem projektgeförderten Netzwerk hin zu einer eigenständigen NGO institutionell abzusichern und so die Position, die sich das DARE-Netzwerk innerhalb der letzten Jahre erarbeitet hat, zu festigen. Neben der organisatorischen Verwaltung des Netzwerkes bedeutete dies die erneute Übernahme zahlreicher Außenvertretungen für DARE und die Beteiligung an internationalen Kooperationen.

■ Europäische Lobby für politische Bildung

Auf der EU-Konferenz „It is always a good time to learn“ (Final conference on implementing the Action Plan on Adult Learning), die vom 07.-09.03.2011 in Budapest stattfand, war DARE eingeladen, eine Position zu Demokratiebildung in der Erwachsenenbildung einzubringen. Der Vertreter von DARE, Georg Pirker, betonte die Wichtigkeit des bestehenden Grundtvig-Programms für zivilgesellschaftliche Bildungsarbeit in der EU. Die Verdienste des Grundtvig-Programms um die europäische Zusammenführung und Formulierung von Anliegen politischer Bildung sind nicht hoch genug

einzuschätzen. Dies gilt insbesondere vor dem Hintergrund, dass die EU-Programme für viele Länder überhaupt erst den Anstoß gegeben haben, zivilgesellschaftlich getragene Erwachsenenbildung auf die Agenda zu setzen.

In Kooperation mit der Bundeszentrale für politische Bildung, dem polnischen Center for Citizenship Education, dem österreichischen Bundesministerium für Unterricht, Kunst und Kultur und ProDemos aus den Niederlanden wirkte das DARE-Netzwerk an der Organisation und Durchführung der NECE-Konferenz „Closing the Empowerment Gap through Citizenship Education“ (Warschau, 17.-19.11.2011) mit. Acht Workshops und vier Panels sowie zahlreiche Plenumsvorträge – u.a. von Benjamin Barber – boten reichlich Raum, um Anliegen der Demokratiebildung mit zahlreichen Vertreter/-innen aus Politik und Nichtregierungsorganisationen zu diskutieren. Die Zugänge für „bildungsferne Zielgruppen“ und die Frage entsprechender Formate standen im Mittelpunkt der Diskussionen.

Das DARE-Netzwerk selbst veranstaltete im Rahmen der Konferenz zwei Paneldiskussionen. Mitglieder von DARE gaben zahlreiche Inputs in Workshops oder moderierten diese.

Die von Györgyi Tóth und Georg Pirker moderierten Panels waren mit Vertreter/-innen des Europarats, des Office for Democratic Institutions and Human Rights ODIHR und der EU-Kommission besetzt. Die Themen „Advocacy strategies – Empowering Education for Democratic Citizenship and Human Rights Education by cooperating with European intergovernmental organizations“ und „From Lifelong Learning to Education for Europe – Citizenship Education and Human Rights Education as an issue in the new multi-annual financial Framework of the European Union“ markierten den Kern der aktuellen europäischen Rahmensetzung für die Arbeit politischer Bildung und konnten auf der Konferenz erstmals mit zahlreichen Repräsentanten von Nichtregierungsorganisationen diskutiert werden.

Auf der Kinderrechtsstrategiekonferenz des Europarats „Building a child friendly Europe: turning a vision into reality (Conference on the Council of Europe Strategy for the Rights of the Child 2012-2015), die vom 20. bis 21. November 2011 in Monaco stattfand, war DARE angefragt, die Sicht europäischer Demokratie- und Menschenrechtsbildung auf die neue Kinderrechtsstrategie darzulegen.

Im Workshop: „Empowering children through formal and non-formal learning: Democratic Citizenship and Human Rights Education“ verwies Georg Pirker auf die eminent wichtige Rolle non-formaler Jugendbildung.

DARE arbeitete 2011 beim Europarat bei der „International Contact Group“, der jährlichen Zusammenkunft aller intergovern-

mental Organisationen, der „Advisory Group on Human Rights Education for Young People“, die die Arbeit der europäischen Jugendzentren in Straßburg und Budapest unterstützt, und bei der Vorbereitungsgruppe zur Evaluationskonferenz der Umsetzung der Europaratscharta zur Demokratie- und Menschenrechtsbildung mit. Dadurch ist eine überaus positive und vertrauensvolle Zusammenarbeit mit diesem von der politischen Bildung in Deutschland bisweilen unterschätzten Gremium entstanden.

■ Sichtbar bleiben

Auch nach Auslaufen der Netzwerk-Förderung über die EU konnte das DARE-Netzwerk im Verbund aller beteiligten Mitglieder zahlreiche Aktivitäten durchführen und Vertretungsaufgaben wahrnehmen. Gerade vor dem Hintergrund der Entwicklung der neuen Programmgeneration leistete DARE einen wichtigen Beitrag, um das Thema Demokratie- und Menschenrechtsbildung immer wieder in die politische Debatte einzuspeisen. Die öffentliche und politische Präsenz ist unbedingt notwendig, um den Anliegen politischer Bildung immer wieder Gehör zu verschaffen.

Die zentralen Informationsmedien e-DARE und der DARE blog stellen – trotz knapper Ressourcen – ein stets aktualisiertes, umfassendes und kostenfreies Informationsangebot für den Bereich Demokratie- und Menschenrechtsbildung in Europa dar, das gut angenommen und gerne genutzt wird.

Wie in den Vorjahren haben auch 2011 wieder EDC/HRE Action Days stattgefunden, bei denen zahlreiche Organisationen ihre Aktivitäten im Internet präsentierten.

Die Mitgliederzahl blieb mit 52 Mitgliedern stabil, wenn auch sich die Auswirkungen der Finanzkrise in einigen Ländern bemerkbar machten, da NGO-Kapazitäten merklich eingeschränkt wurden.

■ Neuer Vorstand

Das DARE-Netzwerk hat auf seiner Vollversammlung 2011 einen neuen Vorstand gewählt: Neuer und alter Vorsitzender ist Frank Elbers (Human Rights Education Associates HREA), Vizevorsitzende ist Tanveer Parnez, Schatzmeisterin ist Elena A. Begant (Slovenian Center for Citizenship Education). Weitere Mitglieder sind Gabriella Patriziano (Volontario Interazionale per lo Sviluppo) und Lora Lalova (Partners Bulgaria Foundation). Die Geschäftsführung liegt bei Georg Pirker (AdB).

Eine wichtige Weichenstellung für die Zukunft haben die Mitglieder des DARE-Netzwerks mit der Verabschiedung einer finanziellen Nachhaltigkeitsstrategie für das Netzwerk vorgenommen, die nunmehr nach einem Solidaritätsprinzip flexibel gestaffelte Mitgliedsbeiträge vorsieht.

Qualität sichern – Fortbildungen und Fachtagungen im AdB

Um ein gutes Bildungsangebot zu planen und durchzuführen, muss die Qualität der Arbeit in Bildungsstätten und Bildungswerken in den unterschiedlichen Bereichen der Einrichtung gesichert werden. Im Fokus steht dabei der pädagogische Bereich, der eine hohe fachliche Kompetenz der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter erfordert. Die politischen Bildnerinnen und Bildner müssen sich immer wieder neu Themen erschließen, müssen neue Methoden entwickeln und zielgruppenadäquate Formate erproben. Aber auch die Hauswirtschaft ist in Bezug auf Unterbringung und Verpflegung gefordert, die Haustechniker im Hinblick auf Raum- und Medienangebot, und die Verwaltung verantwortet den reibungslosen Ablauf und die Kommunikation nach Außen. Es ist ein zentrales Interesse des Arbeitskreises deutscher Bildungsstätten, die Qualität in all diesen Arbeitsbereichen weiterzuentwickeln, um den Lernort Bildungsstätte inhaltlich und strukturell zu fördern und zu unterstützen. Aus diesem Grund bietet der AdB für alle Berufsgruppen in den Einrichtungen Fortbildungen und Qualifizierungsmöglichkeiten an.

Jahrestagung zur nachhaltigen Klimapolitik

Unter dem Titel „Wachstum – Gerechtigkeit – Teilhabe. Nachhaltige Klimapolitik gestalten“ hat der AdB auf seiner Jahrestagung vom 6. bis 7. Dezember 2011 in Haus Neuland, Bielefeld, die aktuellen Klima- und energiepolitischen Herausforderungen erörtert und sich mit dem Beitrag der politischen Bildung zur Gestaltung einer nachhaltigen Klima- und Energiepolitik befasst. Dr. Stefan



Dr. Stefan Thomas vom Wuppertal Institut referierte über die Ziele der nationalen Energiepolitik und ihre Realisierungsmöglichkeiten.

Thomas vom Wuppertal Institut referierte über die Ziele der nationalen Energiepolitik und ihre Realisierungsmöglichkeiten angesichts globaler Voraussetzungen und von Entwicklungen in Wirtschaft und industrieller Produktion. Prof. Dr. Roland Roth von der Hochschule Magdeburg-Stendal würdigte das Widerspruchspotential von Bürgerprotesten und -initiativen gegen die Zumutungen der Politik und skizzierte Bedingungen für die Beteiligung an Planungsprozessen.

Auf einer Podiumsdiskussion unter Beteiligung der beiden Referenten sowie Rasmus Grobe von der Bewegungsakademie Verden und Stephan Liening vom Bundesministerium für Bildung und Forschung standen verschiedene Beteiligungsformen und damit verbundene Einflussmöglichkeiten im Mittelpunkt.

In den sich anschließenden Workshops ging es um klimapolitische Herausforderungen und darauf bezogene Aktivitäten, um das Prinzip Nachhaltigkeit und seine Bedeutung für die politische Bildung und um Energieeffizienz und die Reduzierung des Energieverbrauchs am Beispiel der Historisch-Ökologischen Bildungsstätte Papenburg.

Für die politische Bildung zum Thema Klimawandel stellte der Workshop zu den klimapolitischen Herausforderungen fest, dass dieses Problem im Alltag nicht wahrgenommen wird, weil man von den Schäden bislang noch nicht betroffen ist. Deshalb und weil der Eindruck besteht, dass der eigene Beitrag zur Verhinderung dieses Wandels marginal sei, entsteht Fatalismus. In der Vermittlung von Inhalten in der politischen Bildung setzt man u. a. auf Satellitenbilder im Vergleich (zum Beispiel beim Thema Überschwemmungen), auf Kurzfilme, Schulprojekte (zur Erörterung persönlicher und gesellschaftlicher Zukunftsentwürfe) und Studienseminare

Der Workshop zum Prinzip der Nachhaltigkeit stellte fest, dass sowohl die Schlüsselthemen der Bildung für nachhaltige Entwicklung (BNE) als auch die von ihr erarbeiteten Gestaltungskompetenzen Anknüpfungspunkte zum Feld der politischen Bildung bieten. Zum Teil haben die Themen der BNE bereits Eingang in die Angebote von Trägern politischer Bildung gefunden. Es sei wichtig, konkrete Einstiege und Anlässe zu finden (so bietet sich beispielsweise der Strukturwandel in der Region als Aufhänger an), die Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen für BNE zu qualifizieren, mit Akteur/-inn/-en von BNE zu kooperieren und BNE auch als Querschnittsaufgabe in der eigenen Arbeit zu verankern. Die Teilnehmer/-innen des Workshops waren sich darin einig, dass Bildungsstätten über zahlreiche Ressourcen und Methoden verfügen, die auch für BNE zum Einsatz kommen könnten. Allerdings sei dabei auch wichtig, die Nachhaltigkeit in den Häusern in allen Bereichen glaubwürdig und wahrnehmbar für die Teilnehmer und Teilnehmerinnen zu organisieren.

Wie eine Reduzierung des Energieverbrauchs in Bildungsstätten erreicht werden kann, erläuterte Dr. Thomas Sübeck von der Historisch-Ökologischen Bildungsstätte Papenburg im dritten Workshop zur Rolle der Bildungsstätten als Energieproduzenten. Er empfahl, das Ziel der Energieeffizienz im Leitbild festzuschreiben und mit Bildungsangeboten in Verbindung zu bringen. Grundlage aller Bemühungen um eigene nachhaltige Energieerzeugung solle ein fundiertes Energie-Gutachten sein, von dem aus eine ganzheitliche Umsetzung erfolgen könne.

Technisch ausgereifte Lösungen seien in der Praxis möglichen Innovationen vorzuziehen, zumal hier auch der Weg das Ziel sei: Energieeffizienz müsse als kontinuierlicher Prozess begriffen werden. Der Workshop empfahl, bei Investitionen zur Effizienzsteigerung des Energieverbrauchs einer Einrichtung gutachterliche Beratung in Anspruch zu nehmen, Rücklagen für notwendige Instandsetzungen zu bilden und die eigenen Anstrengungen um nachhaltige Energieversorgung mit Bildungsangeboten zu verknüpfen.

Rund 50 Vertreterinnen und Vertreter von Mitgliedseinrichtungen nahmen an der Tagung teil, um sich für die eigenen Bildungspraxis anregen zu lassen. „Wachstum - Gerechtigkeit – Teilhabe. Nachhaltige Klimapolitik gestalten“ war nicht nur das Thema, unter dem diese Jahrestagung stand, sondern ist auch das Jahresthema 2012 des AdB.

■ Dos and Don'ts im Online-Marketing

Was ist eigentlich Online-Marketing? Was muss man wissen und wie funktioniert es? Um diese und ähnliche Fragen zu klären, organisierte die Kommission Verwaltung und Finanzen im Rahmen ihrer Frühjahrssitzung am 10. März 2011 eine Fachtagung. Etwa 25 Teilnehmende aus verschiedenen Bildungseinrichtungen waren der Einladung in die Europäische Jugendbildungs- und Jugendbegegnungsstätte nach Weimar gefolgt. Bereits im Vorfeld wurde die Veranstaltung durch einen Blog im Internet unter www.adb-blog.de begleitet.

Peter Kuhn, Fachmann für Marketing von Bildungseinrichtungen und Geschäftsführer von Bildungsbetrieb.de und „The Blue 1 GmbH“, führte in die Nutzung von Web 2.0 und Social Media für das Online-Marketing ein. Auf Wunsch vieler Teilnehmer/-innen widmete er in seinem Vortrag dem sozialen Netzwerk Facebook große Aufmerksamkeit, machte aber zugleich deutlich, dass das Web 2.0 nicht nur aus Facebook besteht. Blogs, Twitter, Youtube, Flickr und andere Dienste sind, so der Referent, ebenfalls von Bedeutung, gerade auch für das Online-Marketing. Aber Facebook spielt, trotz vieler anderer Möglichkeiten der Vernetzung und des Austausch, die zentrale Rolle im Web 2.0. So hat Facebook die größten Zuwachsraten und zieht durch seine Omnipräsenz zunehmend Nutzer von anderen Web 2.0 Angeboten ab.

Auch wenn viele Teilnehmerinnen und Teilnehmern Vorbehalte gegen die Nutzung des Web 2.0 äußerten, wurde im Verlauf der Fortbildung deutlich, dass Bildungseinrichtungen nicht um die Nutzung herumkommen. Peter Kuhn zeigte an Beispielen, dass Bildungseinrichtungen, die nicht selbst aktive Nutzer sozialer Online-Dienste sind, doch dort vertreten sind, da z.B. Teilnehmer/-innen von Seminaren Kommentare, Empfehlungen, Erfahrungsberichte oder Filme ins Netz gestellt hatten. Hierauf sollten die Einrichtungen reagieren können. Dazu ist, so der Referent, eine aktive Beobachtung des Social Web wichtig.

Im zweiten Teil der Fortbildung ging es um die Frage, welche Voraussetzungen in Bildungseinrichtungen geschaffen werden müssen, um Web 2.0 für das Marketing erfolgreich anwenden zu können. Mit der Bereitstellung der Technik ist dabei erst der Anfang gemacht, Personalkapazitäten müssen bereitgestellt werden, Einrichtungsleitung sowie Mitarbeitende brauchen entsprechende Schulungen.

In der Diskussion zu den praktischen Umsetzungsmöglichkeiten wurde deutlich, dass es kaum endgültige Empfehlungen zum Umgang und zur Nutzung von Web 2.0 für das Online-Marketing von Bildungseinrichtungen gibt und wohl auch nicht geben kann. Zu neu und zu dynamisch ist das Web 2.0 noch. Für diejenigen Einrichtungen und Mitarbeitenden, die sich dieser Herausforderung des Internets stellen, bedeutet das aber auch die Chance, Pionierarbeit leisten zu können und neue Nutzungsmöglichkeiten zu entwickeln.

■ Fachtagung für Hauswirtschaftsleitungen

Das Einkaufsmanagement von Lebensmitteln, Verbrauchsmaterialien und Reinigungsgeräten stand im Mittelpunkt der diesjährigen Fachtagung des AdB für Hauswirtschaftsleitungen vom 01. bis 04.03.2011 in der Wirtschafts- und Sozialakademie der Arbeitnehmerkammer Bremen in Bad Zwischenahn.



Gute Stimmung auf der Fachtagung für Hauswirtschaftsleitungen

Das komplexe Themenfeld des Beschaffungswesens von der Bedarfsermittlung über die Auswahl geeigneter Produkte und deren Lieferanten bis hin zu Fragen des damit zusammenhängenden Qualitätsmanagements diskutierten die Teilnehmenden mit den eingeladenen Fachleuten.

Das von den Kirchen entwickelte Projekt „Zukunft einkaufen“ stellte Thomas Kamp-Deister von der Land-Heimvolkshochschule Freckenhorst vor. Eine Vielzahl von konfessionellen Bildungseinrichtungen, Gemeinden und Verbänden organisiert inzwischen ihren Einkauf in Übereinstimmung mit den hier formulierten Projektzielen. Diese beinhalten eine nachhaltige Ausrichtung der Beschaffung an ökologischen und sozialen bzw. fairen Standards. Gleichzeitig sollen mit dem Projekt Impulse für den privaten Konsum gesetzt sowie das Beschaffungsmanagement in kirchlichen Einrichtungen verbessert werden.

In einem weiteren Schritt befassten sich die Teilnehmenden mit der Bedarfsermittlung und Auswahl geeigneter Reinigungsmaterialien und -geräte. Dazu referierten Sabine Mück und Alfred Radtke von HyCo Mück Hygiene Consult aus Cuxhaven. Sie stellten ein integriertes System des Beschaffungsmanagements in diesem Bereich vor und vermittelten Auswahlkriterien für geeignete Reinigungsprodukte. Dazu gehörten z.B. das EU-Umweltzeichen, Reinigungsmittel als Konzentrat oder Lösungsmittelfreie Produkte. Als hilfreich für die Produktauswahl erweist sich auch, so lernten die Teilnehmenden, eine eingehende Kostenanalyse, um z.B. im Bereich der Reinigung mit einem vertretbaren ökonomischen und personellen Aufwand und geringstmöglicher Umweltbelastung zu arbeiten. Das wiederum setzt die Erhebung entsprechender Daten voraus, um diese zweckentsprechend zu analysieren. In Arbeitsgruppen erstellten die Teilnehmenden Musterberechnungen.

Zur Bewertung geeigneter Lieferanten für die ausgewählten Produkte entwickelten die Teilnehmenden Kriterien, die auch geeignet waren, um in entsprechende Qualitätsmanagementsysteme übernommen zu werden. Insbesondere ISO 9001-2008 sieht eine zu dokumentierende Lieferantenbewertung vor. Kriterien sind z.B. Erfüllung von HACCP-Anforderungen, Preis-Leistungsverhältnis, Liefertreue und soziale Verantwortung.

Die Ziele des seit drei Jahren gültigen Verbrauchereinformtionsgesetzes des Bundes und die bisher gemachten Erfahrungen waren Gegenstand eines Vortrages von Franz-Christian Falck vom Niedersächsischen Landesamt für Verbraucherschutz und Lebensmittelsicherheit. In der Praxis zeigt sich das Gesetz aus der Sicht des Referenten bisher als nicht wirklich hilfreich, da es sich als bürokratisch schwerfällig erweist und sich die Beteiligung Dritter (z.B. Erzeuger und Hersteller) als langwierig herausgestellt hat. Insbesondere Verbände, Medien und Privatpersonen nutzen bislang die Möglichkeit der Informationsbeschaffung im Rahmen des Gesetzes.

Die Bildungsstätte in Bad Zwischenahn bot optimale Möglichkeiten für eine gelungene Fachtagung, die die Teilnehmenden nach eigenen Aussagen nachhaltig motivierte und zur besseren Vernetzung der Fachkräfte beitrug.

Fachtagung für Haustechniker

Die Fachtagung für Haustechniker aus Bildungsstätten im AdB stand ganz im Zeichen von Bau- und Sanierungsaktivitäten in den Häusern. Rund 15 Fachkräfte tauschten vom 13. bis 16.09.2011 ihre Erfahrungen zu diesen Themenfeldern aus. Selbst der Tagungsort, das Haus auf der Alb in Bad Urach, war Gegenstand der Betrachtung. Dieses Haus – Bildungsstätte der Landeszentrale für politische Bildung in Baden Württemberg – profitierte wie viele andere Einrichtungen von den Mitteln des Konjunkturpaketes II der Bundesregierung, die für energetische Baumaßnahmen eingesetzt werden mussten.

Bereichert wurden die Erfahrungen der Haustechniker durch die Informationen und das Expertenwissen des Architekten, der maßgeblich die Sanierung des Hauses auf der Alb umsetzte. Hier waren Vorgaben des Denkmalschutzes einzuhalten, die dafür Sorge trugen, den Charakter des im Bauhausstil errichteten Gebäudes beizubehalten. Entscheidend für die erfolgreiche Umsetzung der Baumaßnahmen sind für ihn die kontinuierliche Information und Kommunikation mit allen Beteiligten – insbesondere mit den Haustechnikern als ständige Ansprechpartner im Haus – gewesen. Daneben verwies er auf einen gründlichen Planungsprozess und gute Koordinierung als weitere wichtige Erfolgsfaktoren bei seinen bisherigen Bauprojekten, von denen er weitere in einem Vortrag vorstellte und wichtige Hinweise zur Altbausanierung gab.



Die Haustechniker bei der Besichtigung der Bürgerwindkraftanlage Westerheim

Die Teilnehmer bilanzierten ihre bisherigen Erfahrungen bei vergleichbaren Sanierungs- und Neubauvorhaben ähnlich. Ein wesentlicher Faktor stellte für sie die rechtzeitige Einbeziehung in die Planungs- und Realisierungsprozesse dar, um ihr vorhandenes Erfahrungswissen mit einbringen zu können.

Die Energieproduktion war ein weiteres Schwerpunktthema der Veranstaltung. Einbezogen wurden die aktuelle gesellschaftliche Energiedebatte und die Tatsache, dass etliche Bildungsstätten bereits selbst Energieproduzenten geworden sind. Die Tagungsteilnehmer besichtigten in diesem Zusammenhang das nahe gelegene Pumpspeicherkraftwerk Glems, dessen Technologie als Speicher für regenerative Energien eine neue Bedeutung bekommen hat. Ursprünglich war das Kraftwerk lediglich zur Abdeckung von Strom-Verbrauchsspitzen während des Tages gebaut worden. Die Exkursion führte die Haustechniker auch zu einem Windpark und einem 5,4 ha großen Solarpark, die beide von Bürgerinnen und Bürgern betrieben werden, die sich zu diesem Zweck zu einem Verein zusammengeschlossen und jeweils separate Betriebsgesellschaften gegründet haben.

Während der anschließenden Auswertung der Exkursion diskutierten die Teilnehmer intensiv die Frage, welche gesellschaftliche Relevanz solche Bürgergesellschaften besitzen, da sie nur Mitstreiter in ihren Reihen haben, die bereit sind, einen hohen Mindestbeitrag zu investieren, und dafür jedes Jahr eine ordentliche Rendite erhalten.

Ein letztes Thema, den Wegfall des Zivildienstes und die Kompensation durch andere Beschäftigungsverhältnisse, diskutierten die Haustechniker aus dem Blickwinkel ihrer jeweiligen Einrichtung. Die Umfrage ergab ein nicht ausgeglichenes Verhältnis und weitere Aufgaben für die Haustechniker, die in einigen Fällen als erheblich geschildert wurden. Hier besteht sicher noch Handlungsbedarf in den Häusern.

■ Erfahrungen

Alle angebotenen Fach- und Fortbildungstagungen wurden sehr gut angenommen. Die Teilnehmerzahl war erfreulich hoch, so dass

davon ausgegangen werden kann, dass der AdB das Interesse der Mitgliedseinrichtungen und den Bedarf an Qualifizierung richtig eingeschätzt hat.

Die Jahrestagung des AdB ist traditionell über zwei Tage angelegt und geht von Mittag bis zum Mittag des nächsten Tages. Bei dem ausgesprochen komplexen und anspruchsvollen Thema „Wachstum – Gerechtigkeit – Teilhabe. Nachhaltige Klimapolitik gestalten“ im Berichtsjahr zeigte sich, dass der Tagungszeitraum sehr knapp bemessen war, um es in Gänze zu erschließen. Die Erfahrung zeigt jedoch, dass Tagungsangebote, die dreitägig sind, d.h. zwei Übernachtungen erfordern, aufgrund des zeitlichen Aufwands sehr viel schlechter angenommen werden. Daher wurde wieder einmal deutlich, wie wichtig, verstärkt durch den eng begrenzten Zeitrahmen, fachkundige Referentinnen und Referenten auf der einen und eine aktivierende Workshopphase auf der anderen Seite sind, um Theorie und Praxis kennenzulernen und ausreichend Zeit zu haben, die Frage der Aufgabe der politischen Bildung für das Thema zu klären.

Die Fachtagung „Dos and Don'ts im Online-Marketing“ fand im Rahmen der Sitzung der Kommission Verwaltung und Finanzen statt und war wesentlich von ihr vorbereitet. Der Bedarf, mehr über die Nutzung von sozialen Netzwerken und anderen Instrumenten des Web 2.0 kennen zu lernen, zeigte sich an der erfreulich hohen Zahl von Teilnehmerinnen und Teilnehmer außerhalb der Kommission, die zu dieser Veranstaltung extra angereist waren. In der Auswertungsrunde gaben etliche der anwesenden Vertreter/-innen von Bildungsstätten an, große Vorbehalte und auch Ängste vor der Nutzung der neuen Medien gehabt zu haben, durch die Tagung aber ermutigt worden zu sein, sich der Thematik neu zu widmen und nach Einsatzmöglichkeiten für die eigene Einrichtung zu suchen.

Auch die Haustechniker- und Hauswirtschaftsleitungstagung waren gut besucht. Die Rückmeldung der Teilnehmenden zu Inhalt, Referent/-innen und Methoden waren ausgesprochen positiv. Auch hier ist es erneut gelungen, den Kolleginnen und Kollegen in den Einrichtungen Anregungen, Tipps und Informationen für die je eigene Arbeit zu vermitteln.

Kommunikation und Kompetenz – Fachkommissionen im AdB

Die Ermöglichung und Förderung des fachlichen Austauschs der Mitgliedseinrichtungen sowie die Qualifizierung und Weiterbildung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den Einrichtungen ist eine hauptsächliche Aufgabe des AdB, die zum einen in der Satzung verankert ist, zum anderen aber auch zu den Verpflichtungen des AdB als Bestandteil bundeszentraler Infrastruktur gehört. Die Fachkommissionen mit den Schwerpunkten Jugendbildung, Erwachsenenbildung, europäische und internationale Bildung,

Mädchen- und Frauenbildung sowie Verwaltung und Finanzen sind ein zentrales Instrument des Verbandes, diesen Aufgaben nachzukommen. Pädagoginnen und Pädagogen, Einrichtungsleiterinnen und Verwaltungsleiter haben sich für jeweils vier Jahre beworben, in diesen Gremien mitzuarbeiten. Das Berichtsjahr war das letzte Jahr im aktuellen Zyklus, in dem alle Kommissionen neben der Bearbeitung ihrer jeweiligen Fachthemen auch eine Bilanz ihrer Kommissionsarbeit gezogen haben.

■ Kommission Jugendbildung

Die Kommission Jugendbildung tagte im Frühjahr im Bremer Lidice-Haus. Da die Bildungsstätte beteiligt ist an der Regionalstudie „Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit in Bremen“ des Bielefelder IKG-Instituts, bot sich das Themenfeld „Rechtsextremismus und gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit“ auch als Schwerpunktthema der Sitzung an. Die Regionaluntersuchung verfolgt einen sozialräumlichen Ansatz und untersucht die Frage, welche Einstellungsmuster in der Bevölkerung vor Ort vorhanden sind, an die Rechtsextreme anknüpfen können. Mit einem Brainstorming zur Frage „Was suchen junge Menschen in rechten Szenen, Milieus und Organisationen?“ erschloss sich die Kommission exemplarisch das Themenfeld.

Weiterhin befasste sich die Kommission mit der sogenannten „Demokratieerklärung“, die das BMFSFJ von Trägern verlangt, die Mittel aus einem Bundesprogramm wie „Demokratie stärken“ erhalten. Die Kommission bewertete insbesondere das Überprüfen der Verfassungstreue von Kooperationspartnern und Referenten als unverhältnismäßig und plädierte für eine entsprechende Stellungnahme des AdB.

Die Kooperationsbeziehungen der Träger politischer Bildung mit Hochschulen waren ebenfalls Thema der Kommission. Die Mitglieder trugen zusammen, welche Kooperationen die Anwesenden bereits eingegangen sind, welche Fachbereiche bzw. Studiengänge sich für Kooperationen eignen und welche Leistungen die Kooperationen mit Hochschulen befördern. Hierzu gehören Praktika, Bachelor- oder Masterarbeiten (mit Themen aus der Bildungsarbeit), Öffentlichkeitskonzepte (Projektgruppe der Uni entwickelt Konzept zum Bildungsstätten-Jubiläum), Studienprojekt, Expertisen, Beteiligung an Forschungsvorhaben (Bildung für nachhaltige Entwicklung), Stellen für Anerkennungsjahre, Angebote für Absolventen im Übergang von Bachelor zum Master.

Die Kommission stellte fest, dass die meisten Kooperationsbeziehungen vorrangig auf der Grundlage persönlichen Bekanntschaften und Bezügen zu den einzelnen Hochschulen beruhen. So erfolgreich solche Beziehungen auch sein können – sie brechen ab, sobald sich die Personenkonstellation ändert. Die Kommission plädierte dringend dafür, die Zusammenarbeit mit Hochschulen zu verstetigen und systematisch auf- und auszubauen.

Die Herbstsitzung, das letzte Zusammentreffen in der Sitzungsperiode, fand am 28. und 29.09.2011 in der Bildungsstätte Bahnhof Göhrde statt. Neben der Bilanz des vierjährigen Arbeitsprozess stand das Thema „Politische Bildung und politische Aktion“ im Mittelpunkt.

Die Vielfalt und Breite der bearbeiteten Themen – Arbeitswelt, Rechtsextremismus, neue Bundesprogramme, europäische Jugendstrategie, eigenständige Jugendpolitik – wurden im Rückblick auf die Kommissionsarbeit positiv gewertet. Darüber hinaus kam die Beschäftigung mit neuen Medien im Kontext politischer Bildungs-

arbeit gut an, insbesondere im Hinblick auf die Qualifizierung für die eigene Arbeit. Grundsätzlich wünschten sich einige Mitglieder eine stärkere inhaltliche Vertiefung der Schwerpunktthemen. Der fachliche Austausch wurde als inspirierend empfunden, der Nutzen der Kommissionsarbeit für die eigene Praxis wurde positiv bewertet, da wesentliche Anregungen für die je eigene Arbeit gegeben werden konnten.

Ausgehend von der AdB Jahrestagung 2010 zu neuen gesellschaftlichen Beteiligungsformen, die sich in einem Workshop mit Bürgerprotest, Sozialen Bewegungen und deren Verbindung zur politischen Bildung befasste, entwickelte sich die Fragestellung, wie politisch die politische Bildung sein sollte bzw. sein darf und wo die Grenze zwischen politischer Bildung und politischer Aktion bzw. politischem Handeln verläuft.

Die Kommission diskutierte, wie politische Bildung in Zukunft stärker ihre politische Anregungsfunktion nutzen und ihre Teilnehmenden im Sinne einer tatsächlichen politischen Partizipation qualifizieren kann. Beleuchtet wurde dabei auch die Frage, wie sinnvoll und relevant das Tun im Sinne eines politischen Handelns ist und was mit diesem Handeln tatsächlich bewirkt werden kann.

Politische Bildungsstätten müssten, so ein Statement aus der Kommission, in ihrer Rolle als zivilgesellschaftliche Akteure viel stärker gefordert werden, politisch zu agieren. In Bildungsstätten müssten Diskurse zu relevanten gesellschaftlichen Themen geführt werden. Als Beispiel für ein solch aktuelles Thema wurde die Finanzkrise mit der einhergehenden schleichenden Entdemokratisierung genannt.

Selbstkritisch angemerkt wurde in der Diskussion, dass Bildungsstätten zunehmend zu Dienstleistern werden und Bildungsangebote erstellen, die eher den Erwartungen des Kooperationspartners gerecht werden denn der Notwendigkeit der Auseinandersetzung mit aktuellen Themen. Nach Überzeugung der Kommission ist auch der AdB selbst gefordert, stärker zu einem Ort politischer Diskussionen zu werden.

■ Kommission Erwachsenenbildung

Auf den beiden Sitzungen der Kommission Erwachsenenbildung im Jahr 2011 (21. – 23.02.2011 im Arbeitnehmer-Zentrum Königswinter und 20. - 21.09.2011 im Bildungshaus Zeppelin, Goslar) standen neben dem Erfahrungsaustausch jeweils auch spezielle Themen im Mittelpunkt, die von Mitgliedern der Kommission vorbereitet wurden. Es gehört zur Tradition der Arbeit in dieser Kommission, dass sie ihre eigene Weiterbildung organisiert, indem sie Fragestellungen und Themen definiert, zu denen einzelne Kommissionsmitglieder Referate erarbeiten und ihre Erkenntnisse und Erfahrungen an die Kommission weitergeben.

Bei der Frühjahrssitzung der Kommission Erwachsenenbildung im Arbeitnehmer-Zentrum Königswinter (AZK) hielt Karsten Matthis, Geschäftsführer des AZK und Kommissionsmitglied, ein Referat zur Arbeitnehmer/-innen-Bildung, in dem er den Blick vor

allem auf Anknüpfungspunkte zu christlichen Traditionen in der Arbeiterbewegung und -bildung richtete. Karsten Matthis stellte zudem Leitbild und Arbeitsschwerpunkte der Stiftung Christlich-Soziale Politik vor und ging dann auf aktuelle Entwicklungen und damit verbundene Probleme der Arbeitnehmer/-innen-Bildung ein, die auch die dann folgende Diskussion in der Kommission bestimmten.



Ein weiterer Schwerpunkt dieser Sitzung war ein Besuch des Deutschen Instituts für Erwachsenenbildung. Dort informierte Dr. Peter Brandt, Leiter des Daten- und Informationszentrums und zuständig für die Publikationen, über die Arbeit des DIE und seine Strukturen. In seinen Ausführungen wurde deutlich, welche Dienstleistungen das Institut für Weiterbildungspolitik, Wissenschaft und Praxis der Erwachsenenbildung in Deutschland bietet, welche Themen und Fragestellungen zurzeit die Projekte in den einzelnen Programmbereichen bestimmen und wie das Institut organisatorisch aufgestellt ist. Die Kommission hatte Gelegenheit dazu, der Bibliothek des Instituts einen Besuch abzustatten, die mit der online zugänglichen Literatordokumentation eine in Europa einmalige Sammlung von Veröffentlichungen zur Erwachsenenbildung bietet.

Auf der Herbstsitzung der Kommission in Goslar standen ein Gespräch mit Annette Werhahn, die bei der Agentur für Erwachsenen- und Weiterbildung in Niedersachsen für den Bereich politische Bildung zuständig ist, eine Bilanz der zu Ende gehenden Sitzungsperiode und – wie auf jeder Sitzung – die für die Erwachsenenbildung relevanten bildungspolitischen Entwicklungen auf Länder- und Bundesebene im Mittelpunkt.

Im Gespräch mit Annette Wehrhahn ging es um die Entstehung und die Struktur der Agentur für Erwachsenen- und Weiterbildung, die in der Bundesrepublik Deutschland eine einzigartige Einrichtung darstellt, die im Zusammenhang mit der Novellierung des

Erwachsenenbildungsgesetzes als eine Dienstleistungs- und Serviceagentur gegründet wurde.

Beim Austausch über die bildungspolitischen Entwicklungen in den einzelnen Bundesländern standen Berichte über veränderte Bedingungen für die Realisierung von Veranstaltungen der Bildungsträger durch neue Verordnungen, Mittelkürzungen oder – wie in Nordrhein-Westfalen – eine ungesicherte Haushaltslage im Vordergrund. In NRW wurde zudem mit Konsequenzen gerechnet, die sich aus dem Gutachten des DIE zur Weiterbildung im Land ergeben könnten. Dieses Gutachten war Landesregierung am 21. Februar 2011 übergeben worden.

Auch die Förderung durch die Bundeszentrale für politische Bildung wurde angesprochen, deren Haushaltsmittel in diesem Jahr nicht unerheblich gekürzt wurden.

Die Kommission erörterte die Handhabung der Förderung von Projekten gegen Extremismus durch das BMFSFJ und in einigen Bundesländern (vor allem Mecklenburg-Vorpommern und Sachsen), wobei es Kritik an der Forderung gab, eine Extremismus-/Demokratieklausel zu unterzeichnen, mit der ein geförderter Träger garantiert, dass er und seine Kooperationspartner im Sinne der freiheitlich-demokratischen Grundordnung arbeiten.

Die Kommission setzte sich auf ihrer Herbstsitzung erstmals ausführlicher mit dem Deutschen Qualifikationsrahmen auseinander, der auf nationaler Ebene die Vorgaben des Europäischen Qualifikationsrahmens umsetzen soll. Es wurde festgestellt, dass der EQR den Belangen der politischen Bildung wesentlich stärker entgegenkomme, da er auf Kompetenzen setze und Chancen biete, die der DQR in seiner jetzigen Fassung wieder einschränke. Problematisiert wurde vor allem die geforderte Messbarkeit von Qualifikationen und Bildungswirkungen, die für die politische Bildung in einem eindeutigen Ursache-Wirkungs-Zusammenhang ebenso schwer zu belegen seien wie für die berufliche Bildung, die im Mittelpunkt des DQR stehe. Auf jeden Fall komme es darauf an, zunächst eine Strategie gegenüber diesen bildungspolitischen Vorgaben festzulegen, bevor man über geeignete Instrumentarien für den Nachweis von Wirkungen der eigenen Arbeit nachdenke. Die Kommission beschloss, das Thema weiter im Blick zu behalten und in der kommenden Sitzungsperiode wieder aufzugreifen.

Im Rückblick auf die vergangenen vier Jahre der Kommissionsarbeit überwogen die positiven Bewertungen. Die Kommissionsmitglieder begrüßten, dass die Sitzungen ihnen Gelegenheit zur Auseinandersetzung mit aktuellen Themen boten, sie würdigten vor allem die Möglichkeit zum Austausch mit Kolleginnen und Kollegen und die Einblicke, die an Beispielen aus der Bildungspraxis von Kommissionsmitgliedern ermöglicht wurden. Die Kommunikation in der Kommission wurde als sehr offen und angenehm bezeichnet. Ob die Kommission immer auch die Interessen des Verbandes bei ihrer Schwerpunktsetzung berücksichtigt habe, wurde unterschiedlich beurteilt, jedoch mit Blick auf das Kommissionsengagement für die Veränderung der bpb-Richtlinien bejaht.

Kommission Mädchen- und Frauenbildung

Die Kommission Mädchen- und Frauenbildung traf sich am 23. März zu einer eintägigen Sitzung in Hannover. Sie beschäftigte sich zunächst mit aktuellen Schwerpunkten und Arbeitsvorhaben im AdB sowie mit jugend-, bildungs- und förderpolitische Entwicklungen auf Bundesebene. Dazu gehörten der Start des Programms „Politische Jugendbildung im AdB“, die Reform der Richtlinien der bpb sowie die aktuellen und erwarteten Mittelkürzungen für die nächsten Jahre.

Intensiv diskutierte die Kommission die so genannte „Demokratieerklärung“, die die Träger der Jugendarbeit unterschreiben müssen, wenn Sie Mittel aus den Sonderprogrammen „Demokratie stärken“ und „Toleranz fördern, Kompetenz stärken“ erhalten wollen. Eine solche Erklärung, so die Kommission, ist überflüssig, kann als Misstrauenserklärung an die Träger missverstanden werden engt die pädagogische Freiheit des Trägers ein. Aus diesen Gründen forderte die Kommission Mädchen- und Frauenbildung den Vorstand des AdB auf, eine klare Position gegen die so genannte Demokratieerklärung zu verabschieden.

Im Mittelpunkt der Sitzung stand die Weiterarbeit am Entwurf für ein Positionspapier zur Mädchen- und Frauenbildung. Die Kommission machte zahlreiche Vorschläge zur Verbesserung und Ergänzung der Vorlage und beschloss, im Umlaufverfahren über diese letzte Variante abzustimmen und das Ergebnis dann an den AdB-Vorstand weiterzuleiten.

Die Beratungsanfrage des Vorstands zum Thema „Sexuelle Gewalt und Prävention – ein Thema für Bildungsstätten?“ führte zu einer Diskussion über den Umgang mit diesem schwierigen Thema. Die Kommission wertete die Auseinandersetzung als Teil der Qualitätssicherung der Einrichtung. Wichtig sei

- Die Verankerung im Leitbild der Einrichtung (kein Platz für Sexismus, Rechtsextremismus, Antisemitismus etc.)
- Klare Regeln für den Umgang mit Übergriffen in der Einrichtung
- Beratungsangebote und Fortbildungen in den Einrichtungen für die eigenen Mitarbeiter

Im Herbst tagte die Kommission Mädchen- und Frauenbildung am 26. und 27. September 2011 in Potsdam. Nach ausführlichen Informationen aus dem AdB und dem Austausch über jugend-, bildungs- und förderpolitische Entwicklungen zog die Kommission eine Bilanz der Sitzungsperiode. Dabei zeigten sich alle Kommissionsmitglieder einig in der Einschätzung, dass die Verkürzung der Kommissionssitzung auf einen Tag eine richtige Entscheidung gewesen sei. Eine regelmäßige Beteiligung aller Kommissionsmitglieder wurde damit erleichtert, die kurzen Sitzungen wurden in der rückwärtigen Betrachtung als gut und effizient genutzt gewertet. Dennoch war ein Sitzungstag vor allem dann sehr kurz, wenn Referentinnen zu spezifischen Fachthemen eingeladen waren. Alle Kommissionsmitglieder hätten sich bei den durchweg guten Referentinnen mehr Zeit für die Diskussion und für die Auswertung

gewünscht. Grundsätzlich wurde die Einladung und Hinzuziehung von Fachfrauen von allen als sehr positiv bewertet. Die Referentinnen waren eine Bereicherung für die je eigene Arbeit der Kommissionsmitglieder und für die Erarbeitung des Positionspapiers zur Mädchen- und Frauenbildung.

Als schwierig wurde die Fluktuation von neuen Kommissionsmitgliedern empfunden, die aufgrund der geringen Größe der Kommission gerne aufgenommen wurden, deren Teilnahme aber in der Regel nicht dauerhaft war. Dieses „Kommen und Gehen“ war dem Arbeitsprozess nicht zuträglich, wurde aber auch mit der zunehmend schwierigen Personalsituation in den Einrichtungen erklärt.

Für die nächste Sitzungsperiode sammelten die anwesenden Kommissionsmitglieder Vorschläge für mögliche Themen:

- Lebensrealität von Frauen in Osteuropa unter der Perspektive aktueller politischer und sozialer Entwicklungen (Zugehörigkeit zur EU, Ausgrenzungstendenzen, Rassismus gegenüber bestimmten Bevölkerungsgruppen etc.)
- Lebensbedingungen von Frauen in Europa (Herstellung gleicher Lebensbedingungen in Europa, rechtliche und gesellschaftliche Situation von Frauen, Rassismus gegenüber Einwanderinnen aus den Maghreb-Staaten etc.)
- Übergang Schule – Beruf für junge Frauen, Unterstützungsleistung für junge Frauen durch politische Bildung; Frauen in Ausbildungsberufen
- Mädchen und Frauen im Netz, Mediennutzung von Mädchen und Frauen, Repräsentanz von Frauen in Online-Szenen
- Mädchen und Frauen in der rechten Szene, rechtsradikale Frauen und Mädchen
- Kompetenzfeststellung und Zertifizierung unter Einbeziehung der europäischen Diskussion; Analyse von Kompetenzfeststellungsverfahren unter Gender-Gesichtspunkten
- Selbstverständnis von Mädchen- und Frauenbildnerinnen
- Prekäre Arbeitsverhältnisse von Mädchen- und Frauenbildnerinnen

Kommission europäische und internationale Bildungsarbeit

Die 21 Mitglieder der Kommission für europäische und internationale Bildungsarbeit haben sich im letzten Jahr ihrer Legislatur zu Sitzungen in der Jugendbildungsstätte Blossin (01.-02.03.2011) und in der neu eröffneten Jugendakademie Bad Segeberg (26.-28.09.2011) getroffen.

Eine der Hauptaufgaben der Kommissionsarbeit bestand in der Begleitung der internationalen Fachkräfteprogramme, die der AdB mit seinen Mitgliedern regelmäßig durchführt. So wurde intensiv über die Erfahrungen der Austauschprogramme mit der Mongolei diskutiert, hier spielten vor allem die für den AdB neuen Rahmen-

bedingungen der längerfristigen Förderung aus KJP-Globalmitteln eine Rolle. Auch eigene Vorhaben und Erfahrungen aus der internationalen politischen Bildungsarbeit wurden in der Kommission intensiv diskutiert und reflektiert. Der fachliche, kollegiale Erfahrungsaustausch war ein großer Mehrwert für die Mitglieder der Kommission.

Anlässlich des arabischen Frühlings gaben Gerhart Schöll vom AKE Bildungswerk und Martin Kaiser von der Pfalzakademie auf der Frühjahrssitzung einen ausführlichen Bericht zu ihren langjährigen Erfahrungen in der Zusammenarbeit mit Ländern aus Nordafrika und dem Maghreb. Die Kommission war sich darin einig, dass die politische Bildungsarbeit gefordert ist, die Kontakte in die Region zu intensivieren und nach Möglichkeiten zu suchen, Austausche zum Themenfeld Zivilgesellschaft – Demokratie – Menschenrechte anzubahnen. Die Mitglieder der Kommission erarbeiteten in der Folge ein entsprechendes Rahmenkonzept für Austauschmaßnahmen, das dem Vorstand des AdB und auch IJAB als zuständiger Fachorganisation vorgestellt wurde. Als kritisch schätzte die Kommission die mangelnde Bereitschaft des BMFSFJ ein, Austauschprogramme mit Nordafrika verstärkt zu unterstützen – obwohl dies in der Zuständigkeit des Ministeriums liegt. Um das Projekt weiter voranzutreiben, reiste Gertrud Gandenberger, die Vorsitzende der Kommission, im Dezember 2011 mit einer Study Visit von IJAB nach Tunesien, um die Situation von NGO's und Akteuren vor Ort kennenzulernen. In Aussicht gestellt wurde für 2012 eine Förderung durch das Auswärtige Amt. Damit wäre der AdB in die Lage versetzt, einen deutsch-tunesischen Fachkräftedialog zu starten.

Auf ihrer Herbstsitzung in Bad Segeberg beschäftigte sich die Kommission auf einem Fachtag mit dem Thema diversitätsbewusste internationale Bildungsarbeit. Katrin Gödecke vom wannsee-FORUM und Anne Sophie Winkelmann als externe Expertin gestalteten den Fachtag gemeinsam. Von dem von Anne Sophie Winkelmann ausgearbeiteten Diversitätsansatz gingen in den vergangenen Jahren starke Impulse in die internationale Jugendarbeit. Ausdruck dessen sind mehrere Pilotinitiativen auf Bundesebene, zu denen u.a. das Projekt JIVE gehört.

Für die Kommission barg der um viele Praxisbeispiele angereicherte Fachtag die gute Gelegenheit, über die eigene Praxis in der internationalen Begegnungsarbeit zu reflektieren und in einen intensiven Austausch zum Thema Diversität vor dem Hintergrund der höchst unterschiedlichen Bedingungen der jeweiligen Bildungseinrichtungen zu treten. Es bestand weitgehend Einigkeit, dass ein stärkerer Diversitätsbezug eine große Bereicherung für die jeweiligen Bildungsmaßnahmen bedeutet. Die Frage nach der Rolle von internationalen Teams wurde ausgesprochen kontrovers diskutiert. Gefragt wurde zudem, wie spezifische Themen der politischen Bildung überhaupt bearbeitet werden müssen bei einer bewussten Ausrichtung der Maßnahme auf Diversität.

Weitere Themen, mit denen sich die Kommission 2011 beschäftigt hat, waren tagesaktueller Natur. So wurde die vom BMFSFJ geforderte Demokratieverklärung wie in allen anderen Verbandsgrêmien

auch in der Kommission intensiv diskutiert. Auch der Umgang mit sexueller Gewalt stand auf der Tagesordnung der Kommission. Es bestand große Einigkeit, dass die Sensibilisierung in den Mitgliedseinrichtungen des AdB zu diesem Thema vorangetrieben werden muss.

Die kontinuierliche Zusammenarbeit in der sehr heterogenen EIA-Kommission wurde von den Mitgliedern positiv empfunden. Es herrschte eine vertrauensvolle, aktive und offene Atmosphäre, die Raum bot, sich auch über schwierige Fragestellungen auszutauschen. Hervorgehoben werden muss aber auch, dass die Zusammenarbeit allen Beteiligten wertvoll erscheint und großen Spaß bereitet.

■ Kommission Verwaltung und Finanzen

Die Kommission Verwaltung und Finanzen traf sich zu ihrer Frühjahrssitzung in der Europäischen Jugendbildungs- und Jugendbegegnungsstätte in Weimar. Neben der Berichterstattung aus AdB-Vorstand und Geschäftsstelle, dem Erfahrungsaustausch, den förderpolitischen Entwicklungen im Kinder- und Jugendplan des Bundes und der Richtlinienreform der Bundeszentrale für politische Bildung beschäftigte sich die Kommission mit der Aussetzung des Zivildienstes und den Möglichkeiten der Kompensation in den Einrichtungen.

Ein weiterer Schwerpunkt widmete sich dem Thema „Sexuelle Gewalt und Prävention sexuellen Missbrauchs“. Die Kommission vertrat die Meinung, dass das Thema nicht auf Jugendbildungsarbeit begrenzt ist und damit auch die Erwachsenenbildung betrifft. Als vorbeugende Maßnahmen in den Bildungseinrichtungen wurden benannt:

- die Schulung und Sensibilisierung des Personals über Fortbildungen
- eine helle und freundliche Architektur
- eine transparenter und eindeutiger Umgang Einrichtungen mit dem Thema

Die Kommission schlug vor, dass der AdB Empfehlungen für die Mitglieder entwickeln sollte. Im Rahmen einer Infotagung oder eines Workshop könnten daraus Handlungsleitlinien entwickelt werden, die allen Mitarbeitenden in den Einrichtungen als Hilfestellung dienen könnten.

Im Herbst tagte die Kommission vom 20. bis 21. September 2011 im Sozialpädagogischen Fortbildungsinstitut Berlin-Brandenburg in Schloss Glienicke in Berlin. Hier standen die Punkte Erfahrungsaustausch, Bundesfreiwilligendienst, Software für Bildungshäuser, Weiterbildungsstatistik und der Rückblick auf die Kommissionsarbeit auf der Tagesordnung.

Der Vorsitzende der Kommission, Bernd Vaupel, zog eine positive Bilanz der Kommissionstätigkeit. Er resümierte, dass insgesamt acht Sitzungen stattfanden, auf denen es schwerpunktmäßig um „Organisation und Finanzen“, „Förderpolitik“, „Bildung“ sowie

„Werbung/Marketing“ ging. Vier Fortbildungstagungen fanden im Rahmen der Kommissionsarbeit statt, die auch auf das Interesse von Kolleginnen und Kollegen außerhalb der Kommission stießen. Die bearbeiteten Themen wiesen einen hohen Übereinstimmungsgrad mit den anfänglich von den Mitgliedern geäußerten Themenwünschen auf. Eine im Vorfeld der Herbst-Sitzung organisierte Abfrage zur Kommissionsarbeit zeigte ebenfalls eine hohe Zufriedenheit der Mitglieder. Positiv hervorgehoben wurden vor allem der Erfahrungsaustausch, die Behandlung förderpolitischer und steuerrechtlicher Fragen, die guten Fachtagungen, das positive und offene Arbeitsklima sowie die Arbeitshilfen.

Kritisch angemerkt wurde, dass die Kommunikation in den Verband verbessert werden muss, um Arbeitsergebnisse besser in den AdB und die Mitgliedseinrichtungen transportieren zu können. Als schwierig und dem Arbeitsprozess nicht immer zuträglich wurde die hohe Fluktuation benannt.



Der neue Bundesfreiwilligendienst war Thema der Herbstsitzung der Kommission Verwaltung und Finanzen.

Ein weiteres Thema der Sitzung war der Bundesfreiwilligendienst. Die Kommissionsmitglieder äußerten sich kritisch dazu und forderten den AdB auf, sich politisch und konzeptionell in die Debatte zu mischen. Die ehemaligen Zivildienstschulen dürften kein Monopol auf Bildungsangebote der politischen Bildung erhalten. Für die Bildungsstätten als Einsatzstelle wäre es zudem hilfreich, wenn der AdB eine Art „Arbeitsplatzbeschreibung“ für Freiwillige als Muster entwickeln könnte.

Rückblick auf die Sitzungsperiode

Alle Kommissionen des AdB tagen grundsätzlich in Sitzungsperioden von vier Jahren. In 2011 fanden die letzten beiden von insgesamt acht Sitzungen statt. Danach wurde die Mitarbeit im Verband neu ausgeschrieben. Alle Kommissionen haben sich daher, neben der Bearbeitung spezifischer Fachthemen, mit der Bilanzierung ihrer Arbeit beschäftigt und erarbeiteten bereits Vorschläge für die nächste Legislatur. Die Resümees aller Kommissionen fallen ausgesprochen positiv aus und bestätigen die Notwendigkeit und Wichtigkeit dieser Gremien für die Verbandsarbeit, für die fachliche Weiterentwicklung des Arbeitsfeldes und für die strukturelle Sicherung der Trägerlandschaft. Folgende Punkte wurden von den Mitwirkenden in den Kommissionen besonders wertgeschätzt:

- die intensive Bearbeitung von Fachthemen. Im Berichtsjahr gehörten dazu Themen wie Rechtsextremismus, gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit, Kompetenzerwerb in der politischen Bildung, Deutscher Qualifikationsrahmen, Zusammenarbeit mit den Maghreb-Staaten, Diversity, Freiwilligendienste u.a. Die Kommissionsmitglieder schätzten die Möglichkeit, sich ein Thema ausführlich zu erschließen, da im Arbeitsalltag oft zu wenig Zeit dafür bleibt.
- die Möglichkeit des fachlichen Austauschs mit Kolleginnen und Kollegen aus anderen Einrichtungen. Die Kommissionen boten den Raum und die Zeit für Mitarbeitende der politischen Bildung für den fachlichen Austausch und für die kollegiale Beratung, sei es zu den selbst gewählten Schwerpunktthemen, im Rahmen der Arbeitsaufträge des Vorstands oder informell am Rande der Veranstaltung.
- das Angebot der Weiterbildung. Die Qualifizierung war und ist ein wichtiger Baustein der Kommissionsarbeit. Die Organisation erfolgte unterschiedlich: unter Ausnutzung der vorhandenen Expertise der Kommissionsmitglieder, unter Einbeziehung externer Expert/-innen oder über die Organisation von Fachtagungen und Fortbildungen.
- das Kennenlernen neuer Einrichtungen und das Knüpfen neuer Kontakte. Der Sitzungsort der Kommissionen wurde immer wieder neu festgelegt, so dass die Mitglieder die Möglichkeit hatten, immer wieder neue Einrichtungen kennen zu lernen. Darüber hinaus organisierten die Kommissionen Treffen mit oder Besuche von Fachinstitutionen wie z. B. dem Deutschen Institut für Erwachsenenbildung DIE, und beförderten damit nicht nur die interne Vernetzung, sondern auch die Kooperation mit externen Partnern.

Über diese zentralen Aspekte hinaus wurden die offene Atmosphäre, die vertrauensvolle Zusammenarbeit und die hohe Bereitschaft von allen Mitwirkenden, sich aktiv in die Kommissionsarbeit einzubringen und Aufgaben z.B. im Rahmen von Gender Mainstreaming, Verbandsstatistik, Arbeitshilfen etc. zu übernehmen, sehr positiv bewertet.

Gutes sichtbar machen – Öffentlichkeitsarbeit im AdB

Der AdB nutzte seine Öffentlichkeits-Medien zur Dokumentation der eigenen Arbeit und auch als Möglichkeit, aktuelle Fragen und Themen des Arbeitsfeldes politische Bildung aufzugreifen. Von besonderer Bedeutung im Jahr 2011 waren die von der Bundesregierung beschlossenen massiven Kürzung der Mittel für die Bundeszentrale für politische Bildung. Der AdB war in besonderem Maße bemüht, die Belange der außerschulischen politischen Bildung gegenüber diesen bildungspolitischen Entscheidungen zu vertreten. Öffentlichkeitsarbeit fand in diesem Zusammenhang nicht nur in Form von Pressemitteilungen und Stellungnahmen statt, sondern auch in Gesprächen mit den politisch Verantwortlichen und in der Beteiligung an gemeinsamen Aktionen im Rahmen des Bundesausschuss' politische Bildung. Darüber hinaus gab es im Jahr 2011 Anlass, auf einige erfolgreich abgeschlossene Projekte des Verbandes hinzuweisen.

Fachzeitschrift „Außerschulische Bildung“

Auch im Jahr 2011 erschienen vier Ausgaben der vom AdB herausgegebenen Zeitschrift „Außerschulische Bildung“, mit der sich der Verband an der Diskussion und Weiterentwicklung der politischen Bildung beteiligt. Die Zeitschrift umfasste 2011 ein Gesamtvolumen von 490 Seiten, wobei der Umfang der einzelnen Hefte unterschiedlich ausfiel. Für die inhaltliche Gestaltung der einzelnen Ausgaben ist ein Redaktionsbeirat zuständig, der darüber auf zwei Sitzungen beriet, die am 17. Januar 2011 im Gustav-Stresemann-Institut, Bonn, und vom 28. - 29. Juni 2011 in Caritas-Pirckheimer-Haus, Nürnberg, stattfanden. Der Redaktionsbeirat, der von zwei vom Vorstand benannten Herausgebern geleitet wird (Dr. Paul Ciupke und Ulrike Steinmann), gibt Empfehlungen zu den Themen, die in den jeweiligen Ausgaben behandelt werden sollen, und zu einzelnen Beiträgen und ihren Autoren und Autorinnen. Die Umsetzung obliegt der Redaktion, die zwischen den Sitzungen in ihrer Arbeit von Mitgliedern des Redaktionsbeirats unterstützt wird. Im Jahrgang 2011 erschienen Hefte zu folgenden Themen:

AB 1-11: Rechtspopulismus/ Rechtsextremismus

Anlass für diese Ausgabe waren Anzeichen für eine Zunahme rechtspopulistischer und rechtsextremer Erscheinungen in Europa

und Deutschland, die sich auch in neuen aggressiven Aktionsformen zeigten (zu diesem Zeitpunkt waren die Hintergründe der von der Nationalsozialistischen Zelle verübten Mordserie noch nicht bekannt). Das Heft griff die aktuellen politischen Entwicklungen in einigen Mitgliedsstaaten der EU auf, in denen die Wähler/-innen rechtspopulistischen und fremdenfeindlichen Parteien den Weg in die nationalen Parlamente und das EU-Parlament geebnet hatten.

Benannt wurden Erscheinungsformen und Ursachen von Rechtspopulismus, gezeigt wurde, was Rechtspopulismus von Rechtsextremismus trennt, wo aber auch die Grenzen fließend sind. In den Beiträgen zum Rechtsextremismus in Deutschland ging es vor allem um seine Wirkung auf Jugendliche und daraus resultierende Herausforderungen für die politische Jugendbildung. Neben Erklärungsversuchen für die Anziehungskraft rechtsextremer Organisationen auf Jugendliche standen Berichte über Präventionsarbeit in Bildungseinrichtungen und zu Möglichkeiten der Gegenwehr.

AB 2-11: Neue Formate der politischen Jugend- und Erwachsenenbildung

In dieser Ausgabe wurden Beispiele aus der politischen Bildung vorgestellt, in denen dazu angeregt wird, die neuen Medien sowohl mit klassischen Formen politischer Bildung zu verbinden als auch für die Verbreitung von Informationen zu nutzen. Es wurde aber auch verdeutlicht, wie das Internet zu neuen Lernformaten der politischen Bildung führte, die vor allem – aber keinesfalls nur – in der politischen Jugendbildung an Bedeutung gewinnen.

Das Heft warf außerdem die immer wieder strittige Frage auf, ob die gegenwärtige Demokratieentwicklung nicht eine wieder stärker aktionsorientierte politische Bildung nahelegt, die für politische Beteiligung qualifizieren soll.

AB 3-11: Sexualpädagogik im Kontext gesellschaftlicher Entwicklungen

Die aktuellen Meldungen über sexuelle Übergriffe, denen Kinder und Jugendliche in verschiedenen Bildungsinstitutionen ausgesetzt waren, führten zum Thema dieser Ausgabe. Es ging jedoch nicht nur um Fragen der Prävention gegen sexuelle Gewalt, sondern vor allem um Voraussetzungen und Ansätze der Sexualpädagogik in der Bildungsarbeit mit Kindern und Jugendlichen.



Verwiesen wurde auf den Zusammenhang zwischen kulturellen, politischen und sozialen Entwicklungen und sexualpädagogischen Vorgaben und erinnert an den Wandel der sexuellen Leitbilder in Medien und Kultur. Sexualpädagogische Konzepte wurden vorgestellt, die auch sexuellen Lebensweisen jenseits der Heteronormativität Raum geben. Mit Blick auf die Vorfälle des sexuellen Missbrauchs wurden Konsequenzen für die Arbeit der Institutionen gezogen, denen Kinder und Jugendliche anvertraut sind, um das Bewusstsein für diese Problematik zu schärfen und dem Missbrauch vorzubeugen.

AB 4-11: Afrika als Thema politischer Bildung

Dieses Heft sollte dazu anregen, genauer hinzusehen und die Komplexität Afrikas wahrzunehmen, offen zu sein für Informationen und Eindrücke, vor allem solche, die den traditionell vermittelten Klischees über Afrika widersprechen. Aber auch bereit zu sein für die Auseinandersetzung mit den Ursachen von Missständen und den Herausforderungen, denen wir in der Annäherung an Afrika begegnen. Das Heft berichtete nicht nur über die Afrikapolitik der Bundesregierung und die nach wie vor bestehenden Probleme bei der Durchsetzung von Menschenrechten und der Demokratisierung afrikanischer Staaten. Es stellte auch dar, welche Konzepte die (entwicklungs)politische Bildungsarbeit zum Thema Afrika erarbeitet hat und wie sie versucht, der sehr unterschiedlichen Situation der Menschen in Afrika gerecht zu werden.

Projektdokumentationen

Der AdB legte Anfang 2011 eine Publikation vor, die über das Projekt „Blended Learning DDR“ berichtete, an dem sechs Mitgliedseinrichtungen – wannseeFORUM, Jugendbildungsstätte Kurt Löwenstein, aktuelles forum NRW, Haus Steinstraße, ABC Bildungs- und Tagungszentrum und Jugendbildungsstätte Hütten – beteiligt waren. Sie erprobten gemeinsam die Kombination von Semi-

naren in Bildungsstätten mit Online-Lernen am PC. Inhaltlich ging es dabei um die Geschichte der DDR, der sich die Jugendlichen nicht nur im Seminar, sondern auch auf einer verbandseigenen Arbeits- und Kommunikationsplattform im Internet annäherten. Gefördert wurde dieses Projekt mit Mitteln der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur und aus dem Kinder- und Jugendplan des Bundes.

Projektleiter Boris Brokmeier dokumentierte die Ergebnisse der gemeinsamen Arbeit in einer rund 40 Seiten starken, reich bebilderten Broschüre, die auch zum Download auf der AdB-Homepage bereitgestellt wurde.

Der AdB hatte in Trägerschaft für den Bundesausschuss politische Bildung (bap) und gefördert vom Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF), das Projekt „Praxisforschung nutzen - Politische Bildung weiterentwickeln“ in Gang gesetzt, dessen Ziel es war, empirische Erkenntnisse für die außerschulische politische Bildung zu gewinnen und nutzbar zu machen. Fragestellungen waren u. a., welcher Bedarf an Politischer Bildung im Einzelnen besteht, welche Motive bei der (Nicht-)Teilnahme eine Rolle spielen, wie von der Politik abgeschreckte Bevölkerungskreise aus der Reserve zu locken sind und welche Wirkungen sich in dem breiten Veranstaltungsspektrum der außerschulischen Bildung erzielen lassen.

Mit dem von Dr. Helle Becker geleiteten Projekt wurde der Versuch unternommen, eine Bilanz der empirischen Forschung zur außerschulischen politischen Jugend- und Erwachsenenbildung in Deutschland der letzten zehn Jahre aufzustellen. Der auf einer CD vorgelegte Bericht (Teil I) umfasst eine Bestandsaufnahme des Forschungsstandes sowie eine Analyse ausgewählter wissenschaftlicher Befunde zur Politischen Bildung und eine annotierte Literaturliste (Teil II).

Jahresberichte

Jährlich zieht der AdB in zwei Berichten eine Bilanz seiner Arbeit: Im Juli wurde der Geschäftsbericht über die Aktivitäten und Arbeitsschwerpunkte des AdB im Jahr 2010 vorgelegt. Unter dem Titel „Demokratie stärken – Politische Bildung fördern“ dokumentierte er, was in den Verbandsgremien, in der Fortbildung, in der internationalen Arbeit und in der Kooperation mit den verschiedenen Partnern in diesem Jahr geschah. Neben der Reflexion der Ergebnisse gab er auch Hinweise auf zukünftige Aufgabenfelder. 2010 endete die erste Arbeitsperiode im neuen Programm Politische Jugendbildung, das 2011 mit neuen Schwerpunkten fortgesetzt wurde. Der Bericht gab zudem einen Einblick in die 2010 abgeschlossenen Projekte „COMMUNIS – Gemeinsam Lernen in der politischen Bildung“, „Blended Learning DDR“ sowie „Praxisforschung nutzen – politische Bildung weiterentwickeln“.

Im Anhang wurden die 2010 verabschiedeten Positionspapiere dokumentiert und die Mitarbeitenden der einzelnen Gremien sowie die Mitgliedseinrichtungen aufgelistet.



Alle Projektergebnisse können in der neuen Broschüre nachgelesen werden.

Der Jahresbericht 2010 zum Programm Politische Jugendbildung erschien im Juni 2011.

Er zieht eine Bilanz der politischen Bildung, die im Rahmen dieses vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend geförderten Programms von 24 Jugendbildungsreferenten und -referentinnen in ihren Einrichtungen und in drei Projektgruppen geleistet wurde. Die rasante Entwicklung im Bereich der neuen Medien und die damit einhergehende Veränderung von Konzepten der politischen Jugendbildung ist im Bericht der Projektgruppe „Modelle politischer Jugendbildung mit neuen Medien“ über die sechs Jahre gemeinsame Arbeit nachzuvollziehen. Die Projektgruppe „Demokratische Partizipation“ resümierte ihre Erfahrungen in der komplexen Zusammenarbeit mit Schulen und setzte sich kritisch mit dem Lernort Schule für Seminare zur politischen Bildung auseinander. Was konzeptionelle Ansätze wie Critical Whiteness in der Bildungsarbeit für Vielfalt und Integration leisten können, hatte die Projektgruppe „Respekt und Courage“ über mehrere Jahre diskutiert und bearbeitet, die ihre dabei gewonnenen Erkenntnisse im aktuellen Bericht vorstellt.

Beide Berichte sind kostenlos zu beziehen bei der Geschäftsstelle des Arbeitskreises deutscher Bildungsstätten und stehen auf der AdB-Homepage als Download zur Verfügung.

■ Broschüre zum AdB-Jahresthema

Im Jahr 2011 erschien die Broschüre zum AdB-Jahresthema in einer neuen Form. Dies betraf nicht nur ihr äußeres Erscheinungsbild, das sich durch ein neues Format, eine wesentlich reichere Bebilderung und den Farbdruck auszeichnete. Erstmals wurden zehn Bildungsinstitutionen aus dem AdB ausgewählt, die vorstellten, wie sie das AdB-Jahresthema in Veranstaltungen oder Projekten aufgegriffen und umgesetzt haben. Ihre Arbeit bestand in der Initiierung und Begleitung von Foren, die Politik und Bürger/-innen zusammenbringen, in der Qualifizierung für die öffentliche Artikulation politischer Anliegen, in der Auseinandersetzung mit Partizipationsmöglichkeiten in der Gesellschaft und in der Entwicklung von Vorstellungen zur Gestaltung der eigenen Zukunft. Aber es ging auch um die kritische Annäherung an Ziele und Wirkungen sozialer Bewegungen in Geschichte und Gegenwart und um Uto-



pien zu Staatssystemen über das Medium Spielfilm. Die Auswahl sollte die Spannweite von Möglichkeiten verdeutlichen, die sich bei der Umsetzung des AdB-Jahresthemas bieten, und zeigen, dass es in der Praxis außerschulischer politischer Bildung neben den „klassischen“ Veranstaltungsformen inzwischen eine Vielzahl origineller Ansätze gibt.

Daneben enthält die Broschüre die Stellungnahme des AdB, mit der er das von ihm gewählte Jahresthema 2011 begründete, und einen Bericht über die Jahrestagung, mit der im Herbst 2010 der inhaltliche Einstieg in das Jahresthema erfolgte. Auch diese Broschüre ist gratis beim Arbeitskreis deutscher Bildungsstätten erhältlich und steht auf der AdB-Homepage zum Download bereit.

■ AdB-Homepage

Die Homepage des AdB besteht in der aktuellen Form nun etwa zehn Jahre. Sie informiert zeitnah über Veranstaltungen und andere Aktivitäten des AdB und ermöglicht einen direkten Zugang zu den Websites der Mitglieder, die sich über einen ihnen vorbehaltenen Zugang auch über die Interna der Verbandsarbeit informieren und dort für sie nützliche Infos und Vorlagen abrufen können.

Die Homepage wurde kontinuierlich erweitert, enthält Seiten mit ausführlichen Infos zu einzelnen Arbeitsfeldern des AdB, ermöglicht aber immer noch nicht den interaktiven Austausch. Der beabsichtigte Relaunch konnte bislang aus finanziellen Gründen nicht erfolgen.

■ AdB-intern

Dieser jetzt nur noch auf elektronischem Weg versandte Newsletter erscheint alle zwei Monate und soll in erster Linie der gegenseitigen Information der Mitglieder untereinander dienen. Er wird von ihnen vornehmlich zur Ankündigung ihrer Veranstaltungen genutzt, wird von der Redaktion aber durch Infos über Entwicklungen in der Mitgliedschaft und über Aktivitäten der Geschäftsstelle und ihrer Kooperationspartner ergänzt.

■ Pressearbeit

Im Jahr 2011 erschienen neben Pressemitteilungen zu den verschiedenen Verbandsaktivitäten einige Verlautbarungen, mit denen der AdB zu politischen Vorgängen, die sein Arbeitsfeld betrafen, Stellung nahm. Hier ging es um Stellungnahmen zu den rechtsextremistischen Morden und zur Beteiligung an der Landtagswahl in Mecklenburg-Vorpommern und daraus resultierende Herausforderungen für Politik und politische Bildung. Der AdB-Vorstand sprach sich in einer Erklärung gegen die als Voraussetzung zur Förderung von Projekten gegen Extremismus und Islamismus zu unterzeichnende „Demokratietsklausel“ aus. Wie bereits im Vorjahr wurden die Bemühungen zur Abwendung der Kürzungen von Mitteln der Bundeszentrale für politische Bildung fortgesetzt.

Perspektiven der Öffentlichkeitsarbeit

Die Fachzeitschrift „Außerschulische Bildung“, weitere regelmäßig erscheinende Publikationen und die Homepage sind die zentralen Instrumente der Öffentlichkeitsarbeit des AdB. Die Zeitschrift erschien auch 2011 in einer Auflage von 1.000 Stück, wobei der Anteil der ständigen zahlenden Abonnenten weiter zurückgeht, der Verkauf von Einzelexemplaren im Jahr 2011 zwar unter dem Ergebnis von 2010 lag, jedoch den zweithöchsten Stand seit 2005 erreichte. Dennoch muss bei der künftigen Entwicklung der Zeitschrift die veränderte Mediennutzung insbesondere der nachwachsenden Generationen im Auge behalten werden, von der sämtliche Printerzeugnisse betroffen sind. Im Redaktionsbeirat wurden Überlegungen angestellt, ob und wie die Zeitschrift auch elektronisch nutzbar gemacht und auf der Homepage zur Verfügung gestellt werden könnte. Die bislang ohne großen Aufwand mögliche Lösung besteht in der Platzierung einer PDF-Datei mit der Druckversion der Zeitschrift, die allerdings unter den Bedingungen einer Nutzung am Bildschirm nicht zu überzeugen vermag. Auch hier soll eine bessere Präsentation dem umfassenden Relaunch der Homepage vorbehalten bleiben.

Während die „Außerschulische Bildung“ vornehmlich dem Dialog mit der Fachöffentlichkeit zu wichtigen Themen gewidmet ist und sich als Beitrag zur Weiterentwicklung des Arbeitsbereichs politische Bildung versteht, zielen die Jahresberichte auf die Information der Mitglieder und Kooperationspartner über den Verband

und seine Aktivitäten. Sie sind Rechenschaftsberichte gegenüber den Mitgliedern und fördernden Behörden und im weiteren Sinne auch gegenüber einer interessierten Öffentlichkeit. Zugleich bieten sie eine Chronologie der Verbandsarbeit.

Dass es in Zeiten knappen Geldes immer wichtiger wird, die Öffentlichkeit von der Sinnhaftigkeit und Qualität des eigenen Tuns und seiner Finanzierung mit Steuermitteln zu überzeugen, ist eine große Herausforderung für die Öffentlichkeitsarbeit, der sich der AdB stellt, auch wenn die personellen und finanziellen Ressourcen hier immer wieder Grenzen setzen.



Öffentlichkeitswirksame Präsentation auf dem DJHT

Netzwerken – Kooperationen und partnerschaftliche Zusammenarbeit

Der AdB ist ein Netzwerk, dem eine Vielzahl von unterschiedlichen Einrichtungen – Jugendbildungsstätten, Bildungswerke, Begegnungsstätten, Akademien, Europahäuser, Heimvolkshochschulen – angehören. Für die fachliche Weiterentwicklung, die politische Steuerung und Interessenvertretung sowie den Austausch mit anderen, angrenzenden Arbeitsbereichen ist es notwendig, dass sich der AdB selbst auch wieder nach außen vernetzt und die Zusammenarbeit mit weiteren fach- und förderpolitisch relevanten Institutionen, Trägern und Partner sucht. Eine vollständige Auflistung der Mitgliedschaften und Gremienvertretungen findet sich im Anhang dieses Berichts.

GEMINI

Der „Gemeinsamen Initiative der Träger politischer Jugendbildung GEMINI“ gehören neben dem Arbeitskreis deutscher Bildungsstätten die Arbeitsgemeinschaft katholisch-sozialer Bildungswerke, der Bundesarbeitskreis Arbeit und Leben, der Deutsche Volkshochschulverband, die Evangelische Trägergruppe für gesellschaftspolitische Jugendbildung und der Verband der Bildungszentren im

ländlichen Raum an. Die GEMINI ist das zentrale Gremium für den fachlichen Austausch, die Information und gegenseitige Beratung in allen Belangen von Jugendpolitik und politischer Jugendbildung und für die Absprache und Planung gemeinsamer Aktivitäten und Projekte. Insgesamt fanden im Berichtsjahr vier Sitzungen statt, im Januar, April, Juli und Dezember in Berlin und Bonn.

Die Mitglieder der GEMINI setzten sich auf Ihren Sitzungen mit der Europäischen Jugendstrategie sowie mit der Eigenständigen Jugendpolitik auseinander und erläuterten ihre Vorstellungen und Anliegen dazu in einem gemeinsamen Papier. In den nationalen Beirat zur Umsetzung der EU-Jugendstrategie wurde Klaus Waldmann, Koordinator der GEMINI, berufen, in der nationalen Arbeitsgruppe zur Begleitung des Strukturierten Dialogs vertrat Ina Bielenberg den Zusammenschluss. Darüber hinaus beteiligten sich ebenfalls Klaus Waldmann und Ina Bielenberg an der Vorbereitung eines Werkstattgesprächs „Partizipation junger Menschen im demokratischen Europa“ zur Vorbereitung eines der multinationalen Kooperationsprojekte des BMFSFJ im Rahmen der Umsetzung der EU-Jugendstrategie. Das Werkstattgespräch

diente dazu, die Thematik für das Vorhaben einzugrenzen und relevante Fragestellungen für das multinationale Peer-to-Peer Projekt zu identifizieren.

Weiterhin nahm die GEMINI Kontakt mit dem BMFSFJ auf, um eine gemeinsame Tagung des Ministeriums mit den Trägern der politischen Jugendbildung zu planen. Das BMFSFJ hatte Interesse an der Weiterentwicklung und Stabilisierung des Arbeitsfelds der politischen Jugendbildung signalisiert und aus diesem Grund überlegt, eine Fachtagung für die inhaltliche und strategische Diskussion mit den Trägern um die Perspektiven der politischen Jugendbildung zu nutzen. Die Träger zeigten sich sehr interessiert an einem Fachgespräch über aktuelle Herausforderungen und Entwicklungsperspektiven der politischen Jugendbildung, leider konnte diese Planung jedoch bisher noch nicht realisiert werden.

Als großes gemeinsames Vorhaben stand die Mitwirkung beim 14. Deutschen Kinder- und Jugendhilfetag vom 7. bis 9. Juni 2011 in Stuttgart im Mittelpunkt der Aktivitäten. Die GEMINI hatte sich dafür eingesetzt, dass die Stände der Träger politischer Bildung einen gemeinsamen Bereich bildeten, so dass dieses Arbeitsfeld der Jugendarbeit gut sichtbar vertreten war. Der Themenschwerpunkt aller Veranstaltungen am Stand und auch des Fachforums war die interkulturelle Öffnung der Gesellschaft. Zahlreiche interessante Aktionen und Präsentationen am Messestand führten zu einer erfreulich hohen Besucherzahl. Insgesamt konnte resümiert werden, dass die GEMINI sich professionell präsentierte und mit der Fachveranstaltung einen wichtigen Beitrag zur Debatte um die Perspektiven politischer Bildung in der Einwanderungsgesellschaft leistete.

Gleich im Anschluss an den DJHT wurde mit der Planung einer weiteren gemeinsamen Initiative begonnen. Um die Leistungsstärke politischer Jugendbildung sichtbar zu machen, wurde die Herausgabe von drei thematischen Publikationen geplant. Ein Heft soll sich aktuellen und innovativen Angeboten der politischen Jugendbildung widmen, ein zweites Heft soll sich mit Ansätzen der politischen Jugendbildung mit sogenannten „bildungsfernen“ Jugendlichen befassen, ein drittes Heft soll Maßnahmen zur Förderung von Toleranz und Vielfalt darstellen. Jedes Heft wird 6 bis 8 Angebote der politischen Jugendbildung präsentieren und jeweils mit einem einleitenden Beitrag und eventuell mit statistischen Angaben ergänzt werden. Die Recherchearbeiten wurden gestartet, auf das Ergebnis darf man gespannt sein.

Bundesausschuss Politische Bildung

Die gut 30 Mitgliedsverbände des Bundesausschuss Politische Bildung trafen sich 2011 wie gewohnt zu zwei Mitgliederversammlungen. Im Mittelpunkt der Diskussionen standen die aktuellen Entwicklungen im Hinblick auf die Richtlinien der Bundeszentrale für politische Bildung sowie die erneut geplanten Kürzungen im Haushalt der bpb. Aus diesem Grund wurde auch die Kampagne „Demokratie braucht Politische Bildung“ fortgeführt, leider gelang es jedoch nicht, die Kürzungen für 2012 zu verhindern.

Auf einer der beiden Mitgliederversammlungen gab Dr. Helle Becker einen Rückblick auf das vom bap angestoßene und vom AdB durchgeführte Projekt „Praxisforschung nutzen, Politische Bildung weiterentwickeln“. Die Projektleiterin berichtete von einem großen Interesse an den Ergebnissen, die bereits vielfach vor einem Fachpublikum präsentiert werden konnten. Insbesondere aus der Wissenschaft gab es Interesse. Wünschenswert für die Zukunft wäre, so ein Resümee, ein stärkerer Austausch zwischen Wissenschaft und anwenderorientierter politischer Bildung im bap zum Beispiel im Rahmen eines Forscher-Praktiker-Dialogs.

Im Anschluss an die Frühjahrs-MV fand die Verleihung des Preises Politische Bildung statt. Der Bundesausschuss Politische Bildung vergab zum zweiten Mal den mit insgesamt 15.000 Euro dotierten Preis im Rahmen einer feierlichen Veranstaltung. Aus rund 200 Bewerbungen wurden fünf Projekte ausgezeichnet, die Politische Bildung und politische Partizipation in besonderer Weise thematisierten. Ein positives Zeichen war die rege Teilnahme an der Preisverleihung. Thomas Krüger, Präsident der Bundeszentrale für politische Bildung, freute sich, dass auf diese Weise öffentlich sichtbar wurde, „dass Politische Bildung sich eben nicht nur auf Kenntnisse über Institutionen, Strukturen oder Prozesse der Politik beschränkt, sondern das persönliche Engagement für Staat und Gesellschaft in den Vordergrund rückt.“

Zwei Arbeitsgruppen sorgten für weitere Aktivitäten im bap. Neu konstituiert hat sich die AG Grundsatz, die sich das Thema „Deutscher Qualifikationsrahmen“ auf die Agenda setzte. Sie beschäftigte sich mit der Frage, welche Kompetenzen die politische Bildung vermittelt und welche Wirkungen sie hat. Dies berührte auch Grundsatzfragen und das Selbstverständnis der politischen Bildung, weshalb die AG die Planung eines Fachtags in Angriff nahm, um die Diskussionsbasis zu verbreitern und mehr Verantwortliche aus den Einrichtungen und Verbänden der politischen Bildung an der Diskussion zu beteiligen. Für den AdB nahm Dr. Paul Ciupke an der AG Grundsatz teil.

Die zweite Arbeitsgruppe, geleitet von Ina Bielenberg, beschäftigte sich intensiv mit der Reform der Richtlinien der Bundeszentrale für politische Bildung. In insgesamt sieben Treffen und Telefonkonferenzen wurde, teils gemeinsam mit dem Fachreferat Förderung der bpb, um Formulierungen gerungen, wurden Anliegen, Umsetzungsmöglichkeiten und Auswirkungen diskutiert, wurden Formulare und Formblätter auf Praxistauglichkeit erprobt. Da sich das Bundesfinanzministerium nicht in der Lage sah, die Frage der Umsatzsteuerproblematik abschließend zu klären und die Bundesländer eingeschaltet hat, konnte das „Projekt Richtlinienreform“ nicht abgeschlossen werden.

Zu einem erfolgreichen Abschluss konnten die Verhandlungen um den alle zwei Jahre stattfindenden Bundeskongress zur Politischen Bildung gebracht werden. Der bap wird erstmals 2012 als Mitveranstalter und Partner des bislang von der Deutschen Vereinigung für politische Bildung (DVBP) und der Bundeszentrale für politische Bildung (bpb) veranstalteten Kongresses sein. Eine Vor-

bereitungsgruppe wurde ins Leben gerufen, die sich bereits aktiv in die Konzeptentwicklung einschaltete. Alle Mitglieder des bap wurden aufgerufen, sich ebenfalls mit Vorschlägen für Workshops in die Gestaltung des Kongresses einzubringen, um so auch die außerschulische politische Bildung und den Praxisbezug deutlich zu machen.

Vorstand und Geschäftsführung des bap beschäftigten sich zudem mit strukturellen Fragen des bundesweiten Zusammenschlusses. Sie beschlossen erstmalig eine Geschäftsordnung, um verbindlich die Zuständigkeiten und die Übernahme von Aufgaben zu regeln. Diskutiert wurde darüber hinaus die Notwendigkeit einer Vereinsgründung, um dem bap eine rechtlich gesicherte Form zu geben. Diese Diskussion konnte nicht abgeschlossen werden.

Partnerschaftliche Zusammenarbeit mit dem BMFSFJ

Der AdB steht in engem Kontakt mit dem Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend und pflegt die partnerschaftliche Zusammenarbeit. Jugendpolitisch bedeutsame Themen waren „Eigenständige Jugendpolitik“, „Europäische Jugendstrategie“, „Extremismusprävention“, „Kooperation mit Schule“ sowie die geplante KJP-Evaluation des Programms Politische Bildung.

Auf den beiden Sitzungen der Programmspezifischen Arbeitsgruppe im Januar und November 2011 informierte das BMFSFJ ausführlich über die geplanten Aktivitäten des Schwerpunkts „Eigenständige Jugendpolitik“. Um die hiermit verbundenen Aufgaben zu verwirklichen, setzt das BMFSFJ, so erläuterte die zuständige Fachreferentin, auf einen Prozess des Dialogs und der Zusammenarbeit mit den Trägern in der Jugendpolitik. Der AdB hatte bereits im Jahr zuvor dem Staatssekretär die Bereitschaft zur Mitarbeit und Unterstützung zugesagt und wiederholte diese Zusage auf einem Treffen des Vorstands mit Abteilungsleiter Stroppe im September. Lutz Stroppe erläuterte dem AdB-Vorstand, dass sich die Eigenständige Jugendpolitik an alle Jugendlichen richten soll. Sie will darauf aufmerksam machen, was Jugendliche alles leisten (müssen). Dabei sollen insbesondere „Bildungsferne“ nicht aus dem Blick geraten.

Ein Schwerpunktthema im Rahmen der Eigenständigen Jugendpolitik, so informierte der Abteilungsleiter, sei die Anerkennung non-formaler Bildung. Der AdB meldete sein besonderes Interesse und seine Bereitschaft an, ein geplantes Fachforum zu diesem Thema zu unterstützen. Dieses Angebot wurde vom BMFSFJ aufgegriffen, die Geschäftsführerin des AdB moderierte im Rahmen des Fachforums den Workshop „Gesellschaftliche Anerkennung“ am 13. Dezember 2011 in Berlin.

Eine schnelle Reaktion von Seiten des AdB und seiner Mitgliedereinrichtungen erforderte die kurzfristige Bereitstellung von Mitteln für Projekte und Maßnahmen gegen Rechtsextremismus. Als Reaktion auf die erfreuliche Mitteilung aus dem BMFSFJ warb der AdB in den Bildungsstätten und Bildungswerken um gute Kon-

zepte. Insgesamt 12 Anträge gingen ein, die in der Geschäftsstelle auf Vollständigkeit geprüft und dann weitergegeben wurden an das zuständige Fachreferat. Von den eingereichten AdB-Anträgen wurden immerhin fünf für die Förderung ausgewählt, die Einrichtungen erhielten positive Förderzusagen.

Bereits angekündigt für das folgende Jahr wurde die Evaluation des Programms Politische Bildung im Kinder- und Jugendplan des Bundes. Das Deutsche Jugendinstitut erhielt vom BMFSFJ den Auftrag, in einem mehrjährigen Prozess die einzelnen Programme des KJP zu evaluieren und bei den freien Trägern als Zuwendungspartnern die Wirksamkeit des zentralen Förderinstrumentes des Bundes für die Kinder- und Jugendhilfe durch Befragungen zu erheben. Entscheidungen über das Evaluationsdesign, über die Architektur des Programmes und die programmspezifischen Inhalte werden im kommenden Jahr zwischen dem BMFSFJ, den betroffenen Trägern und dem DJI in einer programmbezogenen Steuerungsgruppe gemeinsam abgestimmt. Der AdB begrüßte es, dass auch das Programm Politische Bildung in die Evaluation einbezogen wird und sieht darin gute Möglichkeiten, zum einen die Bedeutung bundeszentraler Infrastrukturen hervorzuheben, zum anderen an der Reform des KJP aktiv mitzuwirken.

Bereits reformiert wurde die Fördervereinbarung, die der Arbeitskreis deutscher Bildungsstätten im Jahr 2001 mit dem BMFSFJ geschlossen hat. In einem intensiven Beratungsprozess wurde gemeinsam überlegt, wie das Instrument „zukunftsfest“ zu machen ist. Das BMFSFJ zeigte sich grundsätzlich an der Beibehaltung der Fördervereinbarung interessiert. Zum Jahresende waren die Verhandlungen abgeschlossen und ein neuer Vertrag konnte unterzeichnet werden.

Bundeszentrale für politische Bildung

Die Zusammenarbeit mit der Bundeszentrale für politische Bildung wurde in diesem Jahr dominiert von der Reform der Förderrichtlinien sowie den erneuten Kürzungsabsichten der Bundesregierung. Zwar wurde die pauschale Minderausgabe für 2011 erlassen, dennoch wurden für 2012 weitere 3,45 Mill. Euro an Kürzungen in die Haushaltsplanungen eingestellt. Die Mittel wurden zu zwei Dritteln bei der Sacharbeit der bpb und zu einem Drittel bei der Förderung der Träger der politischen Bildung vorgenommen.

Die Kürzungspläne der Bundesregierung diskutierten die Vertreter/-innen des Runden Tisches mit Dr. Lubinski und Herrn Dembski vom Referat GI 5 des Bundesinnenministeriums, zuständig für die politische Bildung. Beide betonten, die Kürzungen umsetzen zu wollen, ohne die Grundstrukturen der politischen Bildung zu gefährden. Die Mitglieder des Runden Tisches verwiesen auf die vermuteten mittel- bis langfristigen Konsequenzen der Kürzungen. Die Zahl der angebotenen Seminare könnte sich reduzieren, aus wirtschaftlichen Gründen könnte es zu einer Profilveränderung kommen durch die Priorisierung von gut laufenden Seminaren mit einem festen Klientel. Die Erhöhung von Teilnahmegebühren könnte darüber hinaus dazu führen, bestimmte Zielgruppen nicht

mehr zu erreichen. Auch der Mehrwert der bpb-Förderung in Form von Drittmittelakquise droht, Schaden zu nehmen.

Intensiv beschäftigte sich der Runde Tisch auch mit der Reform der Richtlinien. Der Entwurf der neuen Richtlinien, in zahlreichen Sitzungen auch mit der AG Richtlinien des bap diskutiert, wurde vorgestellt. In einer ausführlichen Gegenüberstellung präsentierten die Mitarbeiterinnen des Förderreferats die ausschlaggebenden Neuheiten. Die Mitglieder des Runden Tisches gaben wichtige Anregungen, die bpb sagte zu, diese noch in den Entwurf einzuarbeiten.



Der AdB präsentierte sich auf der 2. Internationalen Demokratiekonferenz in Leipzig mit einem eigenen Infostand.

Nach einem regen Meinungsaustausch wurden für 2012 Vereinbarungen für die neuen Schwerpunkte getroffen. Die AdB-Geschäftsstelle hatte im Vorfeld die Wünsche und Vorschläge der AdB-Mitglieder abgefragt und brachte deren Ideen in die Diskussion ein. Folgende Themen wurden festgelegt:

- Lebendige Demokratie
- Gesellschaftlicher Zusammenhalt
- Deutsche Teilung und deutsche Einheit
- Rohstoffe, Energiepolitik, Klimawandel und Technikentwicklung
- Internationale Entwicklungen und sicherheitspolitische Herausforderungen
- Europa gestalten
- Geschlechtergerechtigkeit und Gleichbehandlung

Aus Sicht des AdB sehr erfreulich war die Vorstellung von sechs neuen Mitgliedern des Runden Tisches. Vier der vorgestellten Vertreter/-innen kamen aus AdB-Mitgliedereinrichtungen und bereichern nun mit fachlicher Expertise und Engagement die Beratungen des Gremiums.

Ein ebenfalls überdurchschnittliches Engagement des AdB und seiner Mitgliedereinrichtungen zeigte sich beim Stipendiatenpro-

gramm „Politische Bildung in Aktion“. Zahlreiche Einrichtungen aus dem AdB stellten Hospitationsplätze für junge Fachkräfte aus Bulgarien, Estland, Lettland, Litauen, Polen, Rumänien, der Slowakei, Slowenien, Tschechien und Ungarn zu Verfügung und unterstützten damit das Ziel des Programms, den Austausch und die Vernetzung der politischen Bildung in Europa zu fördern. Die Geschäftsführerin des AdB war zudem eingeladen, in der Jury bei der Auswahl der Bewerberinnen und Bewerber mitzuwirken.

■ Erfolgreich zusammenarbeiten

Netzwerke und Kooperationen sind dann erfolgreich, wenn alle Beteiligten bereit sind, Engagement, Know-how und Ressourcen in die gemeinsame Arbeit zu investieren. In diesem Sinne hat sich der AdB als guter Netzwerkpartner erwiesen, da er auf den unterschiedlichen Ebenen und an verschiedenen Stellen aktiv am Austausch und an der Zusammenarbeit beteiligt war:

- Übernahme von Vertretungsaufgaben für die GEMINI
- Geschäftsführung des bap
- Jurymitglied beim Programm „Politische Bildung in Aktion“
- Unterstützung der „Eigenständigen Jugendpolitik“
- Mitwirkung am Fachforum „Anerkennung non-formaler Bildung“
- Leitung und Mitwirkung in der AG Richtlinien

Die in diesem Kapitel erwähnten Partner und Kooperationsbeziehungen sind zwar die wichtigsten für den AdB auf nationaler Ebene, aber bei weitem nicht die einzigen. So entwickelte sich 2011 auch eine gute Beziehung zum Bundesamt für Migration und Flüchtlinge bamf in Nürnberg. Boris Brokmeier aus der AdB-Geschäftsstelle nahm auf Einladung des Amtes an der Fachveranstaltung „Mittendrin und doch aneinander vorbei? – Der gesellschaftliche Zusammenhalt auf dem Prüfstand“ am 19. und 20. Mai teil. Er referierte im Workshop „Potenziale politischer Bildung“, in dem sich die Teilnehmer/-innen insbesondere mit den Fragen auseinandersetzten, welchen Beitrag politische Bildung für eine interkulturelle Öffnung der Aufnahmegesellschaft leisten kann. In der Folge dieser Veranstaltung wurde der AdB eingeladen, am „Runden Tisch Interkulturelle Öffnung der Aufnahmegesellschaft“ teilzunehmen. Boris Brokmeier nahm diese Vertretung war.

Wesentlich durch den AdB unterstützt wurde auch die 2. Internationale Demokratiekonferenz, die von der Stadt Leipzig im Oktober 2011 im Leipziger Gesamthaus veranstaltet wurde. Das Motto der Veranstaltung „Jugend und Politik im Dialog“ brachte politikinteressierte Jugendliche mit Verantwortlichen aus Politik und Parteien zusammen, um auf Augenhöhe über die Gründe der wechselseitigen Entfremdung zu diskutieren und neue Wege der Annäherung zu finden. Der AdB war als Kooperationspartner neben anderen bundesweiten Organisationen, dem BMFSFJ, der Bundeszentrale für politische Bildung und der Deutschen Gesellschaft für auswärtige Politik, an der Vorbereitung und Realisierung beteiligt. |

3 Querschnittsthemen im AdB



Gender Mainstreaming

Die AdB-Mitgliederversammlung beschloss 2001, die Geschlechterperspektive in Entwicklung, Organisation und Überprüfung von Entscheidungsprozessen auf allen Ebenen des Verbandes zum Prinzip zu machen. Diese Selbstverpflichtung wurde in die AdB-Satzung aufgenommen.

Mit externen Fachleuten wurde ein Konzept zur Operationalisierung von Gender Mainstreaming für alle Bereiche der Verbandsarbeit entwickelt, das eine Top-down-Strategie verfolgte. Die Geschlechterperspektive wurde in alle politisch-administrativen Vorgänge durch alle am politischen Entscheidungsprozess beteiligten Akteure eingebracht.

Zu diesem Zweck wurde eine zu gleichen Teilen aus Männern und Frauen bestehende Steuerungsgruppe eingesetzt. Ihr gehörten Mitglieder der AdB-Kommissionen, des Vorstands und eine Mitarbeiterin und ein Mitarbeiter der Geschäftsstelle an. Die Steuerungs-

gruppe transformierte ihre Arbeitsergebnisse in die verschiedenen Verbandsstrukturen.

Dieses Vorgehen war sehr erfolgreich und sorgte dafür, dass in allen Verbandsstrukturen, bei Tagungen und Fortbildungen, in Veröffentlichungen und Stellungnahmen sowie bei Personalentscheidungen eine geschlechtersensible Sichtweise Eingang fand und das Prinzip Gender Mainstreaming berücksichtigt wurde.

Nach über zehn Jahren erfolgreicher Arbeit zeigten sich in den letzten beiden Jahren jedoch Schwierigkeiten in Bezug auf die gewählte „Struktur“ Steuerungsgruppe. Die Vorsitzenden der Kommissionen informierten den Vorstand des AdB darüber, dass es zunehmend schwieriger wurde, Kolleginnen und Kollegen für die Mitarbeit in der Gender Steuerungsgruppe zu gewinnen. Die hohe Verdichtung von Arbeit auf der einen und die oft unbefriedigenden Arbeitsverhältnisse auf der anderen Seite (befristete

Stellen, Teilzeitstellen etc.) machten es den Einrichtungsvertreter/-innen schwer, zusätzliche Termine außerhalb ihrer eigenen Häuser wahrzunehmen.

In enger Kommunikation mit den Kommissionen des AdB diskutierte die Gender Steuerungsgruppe daher während ihrer Sitzung im September 2011, inwieweit diese Struktur auch für die Zukunft und für die neue Arbeitsphase der Kommissionen effizient und zielführend ist.

Nach ausführlicher Diskussion empfahl die Steuerungsgruppe dem Vorstand, auch zukünftig in den Kommissionen, im Programm „Politische Jugendbildung im AdB“, im Vorstand und in der Geschäftsstelle jeweils eine oder einen Gender-Beauftragte/n zu benennen. Deren bzw. dessen Funktion soll es zukünftig sein, die Interessen aller Geschlechter bei den Beratungen, inhaltlichen Diskussionen, dem Erstellen von Arbeitspapieren und Stellungnahmen und der Ausrichtung von Veranstaltungen zu berücksichtigen. Insbesondere in den Kommissionen ist dabei eine enge Zusam-

menarbeit mit den jeweiligen Vorsitzenden bei der Gestaltung der Tagesordnungen notwendig.

Die Gender-Beauftragten sollen durch eine externe Beraterin und einen externen Berater unterstützt werden, die insbesondere gender-relevante Informationen aus den Bereichen der Politik, der politischen Bildung und der Jugendarbeit bündeln und in einem Info-Dienst an die Gender-Beauftragten weiterreichen. So soll auch zukünftig ein Informations- und Kommunikationstransfer zum Thema Gender Mainstreaming innerhalb und außerhalb des AdB gewährleistet sein, um die wichtige Herausforderung einer geschlechtergerechten politischen Bildung auch zukünftig mit Leben zu füllen.

Der Vorstand übernahm diese Position und brachte sie als Antrag in die Mitgliederversammlung ein, die im Dezember 2011 dieser Neuregelung zustimmte, so dass mit der neuen Arbeitsperiode der Kommissionen auch die jeweiligen Beauftragten gewählt werden können.

Migration und interkulturelle Öffnung

Die Einbeziehung von Menschen mit Migrationshintergrund in die Angebote und Einrichtungen der politischen Bildung sowie die interkulturelle Öffnung des AdB selbst sind Herausforderungen, denen sich der AdB seit einigen Jahren stellt. Als Vertretung des AdB nahm Boris Brokmeier im Mai an den Nürnberger Tagen für Integration teil, organisiert und durchgeführt vom Bundesamt für Migration und Flüchtlinge bamf.

Die Fachveranstaltung stand unter dem Titel „Mittendrin und doch aneinander vorbei? – Der gesellschaftliche Zusammenhalt auf dem Prüfstand“. Die anwesenden Expertinnen und Experten waren sich einig, dass die gelingende Integration maßgebliche Voraussetzung für die Weiterentwicklung der demokratischen Gesellschaft ist. Welche Bedeutung und Funktion dabei auch der Aufnahmegesellschaft zukommt, wurde bei der zweitägigen Fachveranstaltung in den Blick genommen. Die Diskussion bewegte sich im Spannungsfeld von kultureller Vielfalt und gemeinsamem Wertefundament. In den Fokus rückten dabei Fragestellungen wie: „Welche Faktoren beeinflussen den inneren Zusammenhalt einer Gesellschaft? Wo stehen wir heute in der Einwanderungsdebatte? Bietet Deutschland Migranten und Migrantinnen Identifikation und Heimat? Welche Integrationserfolge und welchen Handlungsbedarf gibt es?“

In dem Workshop „Potenziale politischer Bildung“ setzten sich die Teilnehmer/-innen insbesondere mit den Fragen auseinander, welchen Beitrag politische Bildung zur interkulturellen Öffnung der Aufnahmegesellschaft leisten kann und in welchem Bereich besonderer Handlungsbedarf besteht.

Boris Brokmeier gab einen Überblick über bereits bestehende Angebote der politischen Bildung. Dabei hob er die Vielfalt von



Gari Pavkovic, Integrationsbeauftragter der Stadt Stuttgart, beim Fachforum auf dem DJHT

Maßnahmen, Formaten und Trägern hervor. Auch die Teilnehmergruppen, die mit den Veranstaltungen angesprochen würden, seien entsprechend heterogen. Angeboten würden beispielsweise Veranstaltungen zur Information über andere Kulturen, landeskundliche Seminare, Fortbildungen zur Zuwanderungsgeschichte in Deutschland und interkulturelle Trainings. Wie viele Teilnehmende mit dieser Art von Veranstaltungen jährlich erreicht werden, ist nicht erfasst.

Als Ergebnis der Workshopdiskussion wurde festgehalten, dass eine Strategie entwickelt werden muss, um politische Bildung

insgesamt gesellschaftlich besser zu verankern. Auf diese Weise würde auch der Ansatz „interkulturelle Öffnung durch politische Bildung“ nachhaltiger wirken. Migrantorganisationen sollten dabei stärker als bisher in die politische Bildungsarbeit einbezogen werden.

In der Folge dieser Veranstaltung richtete das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge einen „Runden Tisch Interkulturelle Öffnung der Aufnahmegesellschaft“ ein. In diesem Gremium sollen ausgewählte Partner aus Praxis und Wissenschaft Handlungsempfehlungen für eine interkulturelle Öffnung der Aufnahmegesellschaft entwickeln und Vorschläge zu ihrer Umsetzung formulie-

der politischen Jugendbildung für junge Migrant/-innen attraktiver gestaltet werden? Wie kann deren Partizipation an der Themenfindung und Seminarentwicklung verbessert werden? Und was müssen die Organisationen an ihren Strukturen ändern, um den Prozess der interkulturellen Öffnung stärker als bisher zu befördern? diskutierten am Messestand u.a. Kenan Kolat, Bundesvorsitzender der Türkischen Gemeinde in Deutschland, Hans-Peter Bergner, Referatsleiter im BMFSFJ, und Klaus Waldmann von der GEMINI.

Ausgewiesene Expertinnen und Experten in Sachen interkulturelle Öffnung trafen sich darüber hinaus auf Einladung der GEMINI beim Fachforum „Politische Bildung: Fit für die Einwanderungsgesellschaft?“. Dazu gehörten u.a. der Integrationsbeauftragte der Stadt Stuttgart, Gari Pavkovic, der Vorsitzende der Türkischen Gemeinde, Kenan Kolat, und Prof. Dr. Rudolf Leiprecht von der Universität Oldenburg.

Die Diskutant/-innen hielten fest, dass eine demokratische Gesellschaftsform keine Unterscheidung nach kultureller bzw. ethnischer Herkunft vornehmen dürfe, sondern alle Menschen einschließen müsse. Zur Unterstützung dieses Anspruches ist, so die übereinstimmende Meinung, die politische Bildung konzeptionell und bildungspraktisch gut aufgestellt. Eine verstärkte interkulturelle Öffnung von Einrichtungen politischer Bildung sei allerdings wünschenswert. Politische Bildung müsse künftig deutlicher eine Anwaltsfunktion für diejenigen wahrnehmen, die durch strukturelle und kulturelle Mechanismen oder rechtliche Regelungen in ihrer Teilhabe eingeschränkt sind.

Einig war sich das Podium bezüglich der notwendigen Einbeziehung der Zielgruppe der bildungsbenachteiligten Jugendlichen in die politische Bildungsarbeit. Politische Bildung müsse dazu neue und innovative Wege gehen. Gute didaktische Ansätze und Angebote gebe es bereits. Diese Angebote zu aktuellen gesellschaftlichen Fragen müssten jedoch noch stärker an die Interessen und Bedürfnisse der Zielgruppe angepasst werden.

Nach Ansicht aller Podiumsteilnehmenden braucht die politische Bildungsarbeit politische und gesellschaftliche Anerkennung sowie verlässliche Förderstrukturen. Eine Projektförderung über einen Zeitraum von zwei bis drei Jahren erzeuge nur kurzfristige Effekte, Nachhaltigkeit bezüglich der Zielgruppen und letztendlich einer interkulturellen Öffnung sei damit nicht zu erreichen. |



Hans-Peter Bergner, Leiter des Referats Jugend und Bildung im BMFSFJ, im Gespräch mit Boris Brokmeier und Klaus Waldmann am Gemini-Stand auf dem DJHT

ren. Im Rahmen des Runden Tisches wurden zwei Arbeitsgruppen zu den Themen „Interkulturelle Öffnung durch politische Bildung“ und „Entwicklung einer Willkommenskultur“ gebildet. Boris Brokmeier nahm die Vertretung für den AdB wahr und arbeitete in der ersten AG mit.

Das Themenfeld „Migration und interkulturelle Öffnung“ griff der AdB gemeinsam mit den weiteren Mitgliedsverbänden der GEMINI beim 14. Deutschen Jugendhilfetag auf. Das Standprogramm war geprägt von Projektpräsentationen, Musikbeiträgen und Filmvorführungen, die die Relevanz der politischen Bildung für die Bearbeitung dieser gesellschaftlichen Aufgabe sichtbar machten. Antworten auf die Fragen: Wie können Bildungsangebote

4 Verbandsentwicklungen



Vorstand – Aktivitäten und Arbeitsschwerpunkte

Zum Vorstand des Arbeitskreises deutscher Bildungsstätten gehörten im Berichtsjahr Peter Ogrzall, JBS Kaubstraße, Berlin (Vorsitzender); Ulrike Steimann, Karl-Arnold-Stiftung, Königswinter (stellvertretende Vorsitzende); Ulrich Ballhausen, Europäische Jugendbildungs- und Jugendbegegnungsstätte, Weimar; Klaus-Ulrich Nieder, IBZ Schloß Gimborn, Marienheide; Petra Tabakovic, Internationaler Bund, Frankfurt/M; Martin Kaiser, PfalzAkademie, Lambrecht; Birgit Weidemann, HochDrei, Potsdam; Ulrika Engler, aktuelles forum nrw, Gelsenkirchen. Klaus-Ulrich Nieder und Ulrika Engler kandidierten nicht erneut und wurden auf der Mitgliederversammlung im Dezember verabschiedet. Neu in das Leitungsgremium des Verbandes wurden Udo Dittmann, Akademie Biggese, und Bettina Heinrich, wannseeFORUM Berlin, gewählt.

Der Vorstand traf sich zu zwei zweitägigen und drei eintägigen Sitzungen in Berlin und Bielefeld. Zur Sitzung im September lud er den Abteilungsleiter im BMFSFJ, Lutz Stroppe, zu einem jugendpolitischen Austausch ein. An diesem Gespräch nahm auch Julia Hiller, Referentin für politische Bildung im BMFSFJ, teil.

Schwerpunkte der Vorstandsarbeit

Der Neustart des Programms „Politische Jugendbildung im AdB“ wurde durch den Vorstand begleitet. Nach einer durchweg positiven Bilanz der ersten sechs Jahre nahmen 18 Jugendbildungsreferent/-innen und sechs maßnahmegeförderte Einrichtungen nach bewährtem Konzept zu neuen Themen ihre Arbeit auf:

- Globalisierung und Medienkommunikation
- Partizipation und Demokratie in und mit der Schule
- Aufwachsen in der Einwanderungsgesellschaft
- Arbeitsweltbezogene politische Bildung

Die Mitglieder des Vorstands zeigten sich überzeugt, dass die von ihnen gewählten Themen eine tragfähige Basis für sechs Jahre politischer Bildungsarbeit bieten und die jugendpolitische Bedeutung der gewählten Schwerpunkte dauerhaft erhalten bleibt. Das Konzept des Programms hielten sie für nach wie vor tragfähig. Es

Julia Hiller, Referentin im BMFSFJ, erläutert auf der AdB-Mitgliederversammlung das Konzept der Eigenständigen Jugendpolitik.



ermöglicht dem Verband, die Maßnahmen in den Einrichtungen nicht nur finanziell zu fördern, sondern gemeinsam mit den beteiligten Bildungsstätten die politische Bildungsarbeit fachlich weiterzuentwickeln, zu qualifizieren und zu vernetzen.

Weiterentwickelt wurde auch die Zentralstellenarbeit International. Die langjährige Zusammenarbeit mit der Mongolei konnte in die Zentralstellenarbeit überführt werden, so dass sie auch unter geänderten Förderbedingungen fortgeführt werden kann unter gleichzeitiger Stärkung des Begegnungs- und Austauschcharakters. Insgesamt förderte der AdB 12 Begegnungen mit der Mongolei, China und Russland. Der Vorstand legte besonderen Wert auf die Ausrichtung der Zentralstelle als Instrument der bundeszentralen Steuerung, damit durch Beratung, Information und Unterstützung der geförderten Einrichtungen langfristig die fachliche Qualität der internationalen Arbeit gesichert und ausgebaut wird.

Ein Verbandsmitglied, das seit Jahren eine hervorragende Arbeit im AdB geleistet hat, beschäftigte den Vorstand ebenfalls in mehreren Sitzungen. Bei allen erkennbaren Erfolgen gab es aufgrund hoher Arbeitsbelastungen in den letzten beiden Jahren Schwierigkeiten bei der Besetzung der Gender-Steuerungsgruppe. Der Vorstand befasste sich ausführlich mit dieser Problematik, befragte die Kommissionen dazu und diskutierte mit der Steuerungsgruppe selbst das Problem. Als Ergebnis all dieser Bemühungen brachte er einen Vorschlag zur Neuorganisation von Gender Mainstreaming im AdB in die Mitgliederversammlung ein, den diese mit großer Mehrheit annahm.

Mit mehreren Stellungnahmen positionierte sich der Vorstand zu aktuellen jugend- und bildungspolitischen Fragen. Die sogenannte Demokratieerklärung, neu eingeführte Voraussetzung für den Erhalt von Fördermitteln aus Sonderprogrammen wie „Demokratie stärken“, wurde kontrovers diskutiert. Die konstruktive Zusammenarbeit im Vorstand führte im Ergebnis zu einer Stellungnahme, die im Anhang dieses Berichts dokumentiert ist. Auch die Diskussion um die neuen EU-Jugend- und Bildungsprogramme veranlasste das Gremium dazu, sich in Form einer Stellungnahme für den Erhalt eines eigenständigen Jugendprogramms einzusetzen.

In die Mitgliederversammlung brachte der Vorstand gleich zwei Vorschläge ein. „Wachstum – Gerechtigkeit – Teilhabe. Nachhaltige Klimapolitik gestalten“ war der Titel für die Position zum gleichlautenden Jahresthema. Mit Blick auf die Meldungen zu der rechtsextremistischen Mordserie beschlossen die AdB-Mitglieder auf Vorschlag des Vorstands zudem eine Stellungnahme, die zu politischen und juristischen Konsequenzen aus den rechtsextremistischen Tattatzen aufruft. Die Stellungnahme ist eine Aufforderung an die politisch Verantwortlichen, zivilgesellschaftliche Akteure und die politische Bildung darin zu unterstützen, Menschen für die Demokratie zu gewinnen und Rechtsextremismus und menschenfeindliche Ideologien zu bekämpfen. „Menschen für die Demokratie gewinnen. Erklärung des Arbeitskreises deutscher Bildungsstätten zum Rechtsextremismus“ ist ebenfalls im Anhang dieses Berichtes dokumentiert.

Weitere Aufgaben des Vorstands betrafen die Kürzungen sowie die Richtliniendiskussion der bpb, die Aushandlung der neuen Fördervereinbarung mit dem BMFSFJ, die Vorbereitung der Jahrestagung und Mitgliederversammlung mit einigen Änderungen in der Präsentation der Geschäftsstellenarbeit sowie zahlreiche Anträge auf Mitgliedschaft im AdB, die geprüft werden mussten. Auch an diesem Punkte folgte die Mitgliederversammlung den Vorschlägen des Vorstands und stimmte der Aufnahme der Antragsteller zu.

Nach Beendigung des erfolgreichen Verbandsprojektes „Communis – gemeinsam Lernen in der politischen Bildung“ traf der Vorstand die Entscheidung, sich mit einer neuen Idee für ein Verbandsprojekt beim Bundesprogramm Xenos zu bewerben. Mit hohem Arbeitsaufwand wurde das Konzept zum Thema „Learning Diversity – Politische Bildung und Vielfalt in der Arbeitswelt“ entwickelt. Nach der Ausschreibung im Verband arbeiteten insgesamt vier Bildungseinrichtungen im AdB daran mit. Leider konnte sich der Antrag nicht durchsetzen. Der Vorstand nahm sich vor zu prüfen, ob die Idee möglicherweise mit mehr Erfolg an anderer Stelle platziert werden kann.

Mitgliedschaft im AdB

Der Arbeitskreis deutscher Bildungsstätten ist ein Zusammenschluss von Einrichtungen politischer Jugend- und Erwachsenenbildung mit unterschiedlichen Profilen. Dazu gehören Jugendbildungsstätten, Heimvolkshochschulen, internationale Begegnungsstätten und Akademien auch der parteinahen Stiftungen. Sie alle bieten Menschen jeden Alters Seminare, Projekte und internationale Maßnahmen an, die Kenntnisse über Politik und Gesellschaft, Geschichte und Kultur vermitteln, die Orientierung ermöglichen vor dem Hintergrund komplexer gesellschaftlicher und politischer Entwicklungen, und die zur Mitwirkung in und Mitgestaltung der Gesellschaft ermutigen und befähigen. Der AdB bietet seinen Mitgliedern ein Forum für fachlichen Erfahrungsaustausch, Fortbildung und gemeinsame bildungspolitische Interessenvertretung. Aktuell zählt der Verband 108 persönliche Mitglieder, die rund 150 Einrichtungen bundesweit vertreten.

Jubiläen im Verband

Im Berichtsjahr feierten zahlreiche Einrichtungen im AdB Jubiläum. Teilweise reicht die Geschichte der Einrichtungen bis in die unmittelbare Nachkriegszeit zurück und verweist damit auf ihre Leistungen für die politische Bildung der Menschen und für die demokratische Entwicklung der Gesellschaft. Der AdB gratulierte folgenden Mitgliedern:

60 Jahre

- Europa-Haus Marienberg
- wannseeFORUM/Wannseeheim für Jugendarbeit
- Franken-Akademie Schloß Schney
- Stätte der Begegnung



Akademie Waldschlösschen

50 Jahre

- Jakob-Kaiser-Stiftung

40 Jahre

- Kurt-Schumacher-Akademie der FES
- Das Bildungswerk der Humanistischen Union NRW

35 Jahre

- Tagungshaus Bredbeck

30 Jahre

- Jugendbildungsstätte Welper
- Stiftung Akademie Waldschlösschen

25 Jahre

- Arbeitnehmer-Zentrum Königswinter

20 Jahre

- Bildungswerk BLITZ

Neue Mitglieder

Der positive Trend bei der Entwicklung der AdB-Mitgliedszahlen ist ungebrochen. Die Kooperation und der Austausch mit anderen Einrichtungen, die kollegiale Beratung und die fachliche Zusammenarbeit in Kommissionen und weiteren Verbandsorganen, die



Schloss Gollwitz bei Brandenburg

Möglichkeit der Mitarbeit in Verbandsprogrammen und -projekten, die Serviceleistungen der Geschäftsstelle wie Newsletter, Förderberatung und Arbeitshilfen, die Interessenvertretung und Netzwerkarbeit des AdB überzeugten auch im Berichtsjahr Bildungsträger, einen Antrag auf Mitgliedschaft zu stellen. In der Mitgliederversammlung im Dezember 2011 stellten vier Vertreter/-innen folgende Einrichtungen vor:

- vogelsang ip I Internationaler Platz im Nationalpark Eifel, Schleiden
- Bildungs- und Begegnungszentrum Schloß Trebnitz, Müncheberg/Brandenburg
- Begegnungsstätte Schloss Gollwitz, Brandenburg
- Willi-Eichler-Bildungswerk, Köln.

Die ehemalige NS-„Ordensburg“ Vogelsang in der Eifel wurde als Schulungsstätte des nationalsozialistischen Regimes errichtet. Nach dem Zweiten Weltkrieg wurde die Anlage dem international genutzten Truppenübungsplatz „Camp Vogelsang“ zugeschlagen. Seit dem 1. Januar 2006 ist das Gelände für die Öffentlichkeit zugänglich und beherbergt heute eine Bildungseinrichtung – vogelsang ip I Internationaler Platz im Nationalpark Eifel – die den Schwerpunkt ihrer Arbeit auf eine umfassende Demokratie- und Menschenrechtsbildung legt.

Das Bildungs- und Begegnungszentrum Schloß Trebnitz in Müncheberg in Brandenburg ist eine Bildungsstätte mit politisch - kulturellem Profil und dem Schwerpunkt auf internationalen Austauschprojekten vor allem mit Polen und Osteuropa. Die Bildungs- und Veranstaltungsangebote richten sich hauptsächlich an Jugendliche, aber auch an Erwachsene.

Schloss Gollwitz, ebenfalls in Brandenburg, ist eine Begegnungsstätte für jüdische und nichtjüdische Jugendliche und Multiplikatoren. Sie wurde im April 2009 eröffnet. Seither finden in ihren

Räumen Seminare und Workshops gegen Rassismus, Antisemitismus und Fremdenfeindlichkeit und für mehr gegenseitige Anerkennung statt.

Das Willi-Eichler-Bildungswerk in Köln bietet seit 1977 Seminare und andere Veranstaltungen zur politischen Weiterbildung an. Einen besonderen Schwerpunkt legt das Bildungswerk auf die Vermittlung einer kritischen Medienkompetenz.

Die Mitgliederversammlung befand, dass alle vier vorgestellten Einrichtungen den Anforderungen an eine Mitgliedschaft im AdB entsprechen und der Verband von der Zusammenarbeit mit den „neuen“ Einrichtungen profitieren kann. Alle Antragsteller wurden als ordentliche Mitglieder in den AdB aufgenommen. Damit vertreten nun 109 Mitglieder die im AdB organisierten Bildungseinrichtungen und -träger.

Leider musste sich der AdB im Berichtsjahr auch von einem langjährigen Mitglied verabschieden. Die Heimvolkshochschule Alte Molkerei Frille stellte zum Jahresende ihren Betrieb ein. Diese bedauerliche Entwicklung konnte nicht gestoppt werden, obwohl die Einrichtung über ein bundesweit wahrnehmbares Profil verfügte, eine gute Bildungsarbeit leistete und auch sogenannte benachteiligte Zielgruppen erreichte. Leider entsprach die Förderung in den letzten Jahren nicht der guten Qualität der Bildungsarbeit, so dass eine Aufrechterhaltung des Betriebs aus wirtschaftlichen Gründen nicht mehr möglich war. |

5 Politische Bildung braucht Anerkennung

Schlussfolgerungen und Perspektiven

Der Arbeitskreis deutscher Bildungsstätten hat die ihm von der Mitgliederversammlung aufgetragenen bundeszentralen Aufgaben erfolgreich umgesetzt. Er hat mit seinen Aktivitäten und Schwerpunkten neue Inhalte und Themen aufgegriffen, hat die Praxis politischer Bildung qualifiziert, die Zusammenarbeit der verschiedenen Akteure angeregt, durch Beratung und Vernetzung die Bildungspraxis weiterentwickelt und aktuelle gesellschaftliche und politische Entwicklungen in die Arbeit mit einbezogen.

■ Erfolgreiche Weiterarbeit

Mit den bewährten Instrumenten der Steuerung und Qualitätssicherung wurde ein erfolgreicher Start in die zweite Phase des Programms „Politische Jugendbildung im AdB“ sichergestellt. Nach dem gelungenen Abschluss der ersten sechsjährigen Laufzeit war es wichtig, eine sichere Grundlage für die nächsten sechs Jahre zu schaffen. Es galt, die neuen Themenschwerpunkte im Hinblick auf die Gesamtdauer der Programmphase inhaltlich zu füllen, neu beteiligte Mitgliedereinrichtungen einzubinden und neue Jugendbildungsreferent/-innen zu integrieren. Die erste gemeinsame zentrale Arbeitstagung bildete den gelungenen Auftakt, da sich hier die Projektgruppen konstituierten und erste inhaltliche Impulse von Seiten des AdB gegeben werden konnten.

Die Bildung von Projektgruppen erweist sich einmal mehr als Erfolgsmodell. Sie garantieren die gemeinsame Arbeit an einem Schwerpunktthema aus den unterschiedlichen Perspektiven der beteiligten Einrichtungen, bieten dem einzelnen Jugendbildungsreferenten/-referentin Unterstützung durch kollegiale Beratung und Austausch, ermöglichen auf direktem Weg Kooperationen und die Entwicklung gemeinsamer, neuer Projektideen. Gleich in der ersten Arbeitsphase wurde durch die Projektgruppe „Aufwachsen in der Einwanderungsgesellschaft“ ein Thema in das Programm eingebracht, das bisher in der politischen Bildungsarbeit kaum eine Rolle spielt, das Thema „Antiziganismus“. Erste Seminar- und Workshopkonzepte dazu wurden bereits erdacht. Antiziganismus ist ein Thema, das die Jugendbildungsreferent/-innen und darüber hinaus den AdB in den kommenden Jahren weiter beschäftigen wird.

Die Qualifizierung und Steuerung der internationalen politischen Bildungsarbeit wurde ebenfalls erfolgreich vorangetrieben. Der Ausbau der Zentralstellenarbeit auf der Grundlage eines Konzeptes, das Interessen von Mitgliedereinrichtungen aufgreift, aber auch selbst Impulse setzt im Hinblick auf Themen, Länder und Kooperationspartner, hat sich bewährt. Als ausgesprochen hilfreich im Interesse der fachlichen Weiterentwicklung erwies sich die Begleitung der internationalen Arbeit durch die Kommission. Darüber

hinaus kann als erfreuliches Ergebnis festgehalten werden, dass die Übernahme von Zentralstellenaufgaben durch den AdB in eine verstärkte inhaltliche Zusammenarbeit von Geschäftsstelle und Bildungsstätten mündete. Die enge Kooperation bedeutet einen Gewinn an Fachkompetenz für alle Beteiligten. Sie ist aber auch als ein wichtiger Baustein für die Qualitätssicherung internationaler politischer Bildungsarbeit zu werten.

Für den AdB gilt es mittelfristig zu prüfen, wie eine wachsende, qualifizierte Zentralstellenarbeit, die Beratung, Fortbildung, Veranstaltungen und die Verwaltung der Maßnahmen beinhaltet, mit den in der Geschäftsstelle vorhandenen Ressourcen in Einklang zu bringen ist.



Gute Stimmung beim ersten gemeinsamen Treffen der Jubis in Werftpfuhl

■ Bewährtes weiterentwickeln

Der AdB schreibt alle vier Jahre die Mitgliedschaft in seinen Fachkommissionen aus. Das Interesse an Mitwirkung in diesen Gremien ist ungebrochen hoch. Die Kommissionen erwiesen sich erneut als Foren für Information und Austausch, Beratung und Fortbildung, Vernetzung und Kooperation. Die Mitglieder schätzten den Nutzen für ihre Einrichtungen, waren aber auch sehr aktiv, die Kommissionsarbeit für den Verband zu nutzen. Ein Beispiel dafür sind die Arbeitshilfen auf der Homepage des AdB, die allen Mitgliedern zu den verschiedensten Fragen eines Bildungsstättenbetriebs Auskunft geben. Sie wurden und werden von der Kommission Verwaltung und Finanzen verantwortet und von einer Arbeitsgruppe der Kommission gepflegt und weiterentwickelt.

Die Kommissionsarbeit im AdB wird auch 2012 fortgesetzt werden, gegen Ende des Jahres wurde die Mitarbeit im Verband neu ausgeschrieben. Auf der Agenda der dann beginnenden Sitzungsperiode steht die Aufgabe, den Austausch zwischen Vorstand und Kommissionen weiter zu intensivieren. Darüber hinaus ist der Austausch zwischen den Kommissionen zu verstärken. Es zeigte sich, dass die Gremien oft aus verschiedenen Perspektiven ein spezifisches Thema parallel bearbeiten. Ein besserer Transfer der unterschiedlichen Ergebnisse wäre für alle ein weiterer Gewinn der Kommissionsarbeit.

Bei einem anderen verbandlichen Gremium, der Gender-Steuerungsgruppe, zeigte sich jedoch, dass nach über zehn Jahren hervorragender Arbeit die Organisationsform nicht mehr den Möglichkeiten der darin mitwirkenden Kommissionsmitgliedern entsprach. Nach sehr sorgfältiger Abwägung und intensiver Diskussion wurde von der Mitgliederversammlung eine neue Struktur geschaffen, deren Tragfähigkeit sich in den nächsten Jahren zeigen muss.

■ Aktuelle Entwicklungen aufgreifen

Bei aller Planung von Arbeitsvorhaben und Schwerpunkten ergeben sich auch immer wieder aktuelle politische und gesellschaftliche Ereignisse, auf die der Arbeitskreis deutscher Bildungsstätten reagieren will und muss. In 2011 war der AdB in besonderer Weise gefordert, seine Flexibilität unter Beweis zu stellen. Die Einführung der sogenannten Demokratieerklärung löste Debatten in allen Verbandsgremien aus und führte zu einer Stellungnahme des Vorstands. Die Kürzungen bei der Bundeszentrale für politische Bildung wurden ebenso in einer Pressemitteilung kommentiert wie die Wahlergebnisse in Mecklenburg-Vorpommern, bei denen der AdB angesichts der Zahlen eindringlich vor einem weiteren Zurückdrängen der politischen Bildung warnte. Dies brachten Vorstand und Geschäftsstelle auch in zahlreichen Gesprächen mit Mandatsträger/-innen zum Ausdruck.

Entsetzt zeigten sich Vorstand und Mitgliederversammlung über die bekannt gewordenen rechtsextremistischen Morde und fassungslos darüber, dass sich rechtsextremistischer Terror über Jahre ungehindert in der Gesellschaft ausbreiten konnte. Leider



Der AdB-Vorstand auf der Mitgliederversammlung im Haus Neuland

wurde hier wieder einmal deutlich, dass sich rechtsextreme Einstellungen nicht nur am Rande der Gesellschaft zeigen, sondern breite Schichten der Bevölkerung durchdringen. Faschistische, rechtsextremistische und menschenfeindliche Einstellungen stellen die Fundamente des demokratischen Systems in Frage, sie dürfen keine stillschweigende Akzeptanz in der Gesellschaft finden. Die Schlussfolgerung kann nur lauten, wirkungsvolle Investitionen in Bildungsangebote und zivilgesellschaftliche Strukturen zu tätigen, um Menschen für die Demokratie zu gewinnen und ihnen die aktive Auseinandersetzung mit den historischen Bezügen, Errungenschaften und Entwicklungspotenzialen des demokratischen Systems zu ermöglichen.

Um diesen Forderungen Ausdruck zu verleihen, verabschiedete die Mitgliederversammlung die Erklärung „Menschen für die Demokratie gewinnen“. Darin fordert sie die Verantwortlichen in Politik und Verwaltung auf, die Träger politischer Bildung bei ihrer wichtigen Arbeit zu unterstützen. Für den AdB heißt das, die politischen Entscheidungsträger/-innen in die Verantwortung zu nehmen, neben der finanziellen Förderung auch mit dafür Sorge zu tragen, dass politische Bildung die ihr zustehende gesellschaftliche Anerkennung erhält, damit, so hat es Bundesministerin Dr. Kristina Schröder in einem Artikel in der Zeitschrift des AdB ausgedrückt, „die außerschulische Jugendbildung einen Platz erhält, die ihrem tatsächlichen Gewicht als ein unverzichtbarer Teil der Bildungslandschaft in Deutschland gerecht wird.“ |

Anhang

Positionen46
Wachstum – Gerechtigkeit – Teilhabe. Nachhaltige Klimapolitik gestalten.46
Menschen für die Demokratie gewinnen: Erklärung des Arbeitskreises deutscher Bildungsstätten zum Rechtsextremismus47
Politische Bildung für Mädchen und Frauen: Plädoyer für eine eigenständige Mädchen- und Frauenbildung als Bestandteil politischer Bildung48
Stellungnahme des AdB zur Demokratieerklärung50
Das künftige EU Programm „Education Europe“: Kommentierung des Arbeitskreises deutscher Bildungsstätten AdB zum Vorschlag der EU Kommission.51
Der AdB im Überblick53
Veranstaltungen des AdB.53
Mitglieder des Vorstands54
Mitglieder des Redaktionsbeirats der „Außerschulischen Bildung“55
Mitglieder der Fachkommissionen55
Jugendbildungsreferent/-innen und pädagogische Mitarbeiter/-innen im Programm	
Politische Jugendbildung im AdB im Rahmen des KJP58
Mitgliedschaften und Gremienarbeit59
Mitgliedseinrichtungen des Arbeitskreises deutscher Bildungsstätten e.V60

Wachstum – Gerechtigkeit – Teilhabe

Nachhaltige Klimapolitik gestalten

Spätestens mit dem IPCC-Bericht (Intergovernmental Panel on Climate Change) von 2007 wurde der Klimawandel gesellschaftlich wahrgenommen. Inzwischen ist unumstritten, dass Reduktionen des CO₂-Ausstoßes um mindestens 20 % auf europäischer Ebene, bis 40 % auf Bundesebene notwendig sind. Das schwere Reaktorunglück von Fukushima führte in der Bundesrepublik zu einem Ausstieg aus der Atomenergie. Um die Klimaziele zu erreichen, die Energieversorgung ohne Atomenergie sicherzustellen und die Versorgungssicherheit und Wirtschaftlichkeit zu gewährleisten, sollen in Deutschland die regenerativen Energien auf 35 % bis 2020 ausgebaut werden. Nicht-fossile Energieträger wie Sonne, Windkraft oder Wasser leisten zwar mit inzwischen 20 % der Stromerzeugung einen erheblichen Beitrag für die deutsche Energieversorgung, doch wollen sowohl Deutschland wie die Europäische Union die Anteile erneuerbarer Energien am Strommix weiter erhöhen, um so dem Prinzip von Nachhaltigkeit und Klimaschutz Geltung zu verschaffen. Dazu gehört auch eine Steigerung der Energieeffizienz um mindestens 20 % bis 2020 in Europa. Es ist abzusehen, dass die energiepolitische Wende zu tiefgreifenden Veränderungen bei Erzeugung, Versorgung und Preisentwicklung von Energie führen wird und politische Kontroversen um den eingeschlagenen Weg nicht ausbleiben werden. Diese Entwicklung sollte die politische Bildung aufgreifen, begleiten und kommentieren.

Die deutsche Energieversorgung liegt heute zu großen Teilen in den Händen weniger großer Energieversorger. Die Zahl von Bürgerinnen und Bürgern sowie zivilgesellschaftlicher Akteure, die für eine verstärkte dezentrale Energieversorgung durch viele kleine und größere sowie kommunale Unternehmen, Privathaushalte, aber auch durch gemeinschaftlich betriebene Anlagen wie z. B. Bürgerwindkraftanlagen plädieren, steigt. Sie wollen so den Bürgerinnen und Bürgern mehr Mitwirkungs- und wirtschaftliche Beteiligungsmöglichkeiten eröffnen. Auch Auswahl und Entscheidung über Standorte neuer Energieanlagen sollen zukünftig verstärkt durch noch zu entwickelnde demokratisch legitimierte Verfahren der Bürgerbeteiligung vor allem im Vorfeld und am Anfang der

Planungen erfolgen, um spätere – hochemotionale und kosten-trächtige – Auseinandersetzungen zu verhindern. Da die deutsche Energiepolitik aber maßgeblich von der Bundesregierung bestimmt wird, bedürfte es einer bundespolitischen Initiative, um Veränderungen und mehr Bürgerbeteiligung herbeizuführen.

Politische Bildung greift aktuelle gesellschaftspolitische Themen auf und fördert die Handlungs- und Partizipationskompetenz der Bürgerinnen und Bürger durch vielfältige Bildungsangebote. Daher sind Initiierung, Begleitung und Moderation solcher Prozesse ihrem Wesen nach eine ureigene Aufgabe der politischen Bildung. Für diese Aufgabe muss sie die notwendigen Fördermittel erhalten. Im Jahr 2012 liegt die Rio-Konferenz über Umwelt und Entwicklung zwanzig Jahre zurück. Die Vereinten Nationen haben die Jahre 2005 bis 2014 zur Dekade der „Bildung für eine nachhaltige Entwicklung“ ausgerufen und eine Vielzahl von Aktivitäten initiiert. Der AdB unterstützt das Prinzip einer nachhaltigen Entwicklung uneingeschränkt. Die Gerechtigkeit zwischen den Generationen, die Wahrung der Chancen aller jetzt und zukünftig lebenden Menschen auf ein menschenwürdiges Leben und die Bewahrung der natürlichen Ressourcen sind wichtige und berechtigte Ziele, die auch in der politischen Bildung noch stärker thematisiert und berücksichtigt werden sollten.

Der AdB ruft daher seine Mitglieder auf, verstärkt Projekte und Bildungsangebote für eine nachhaltige Entwicklung anzubieten, da diese sich im besonderen Maße dazu eignen, komplexe und globale Zusammenhänge zu veranschaulichen und mit den Teilnehmenden zu bearbeiten. Sie bieten auch Gelegenheit, die Kontroversen und politischen Debatten über die Ursachen des Klimawandels und die besten Wege einer nachhaltigen Politik aufzugreifen und zusammen mit den Teilnehmenden unterschiedliche Sichtweisen zu diskutieren.

*Beschluss der AdB-Mitgliederversammlung,
Bielefeld, 7. Dezember 2011*

Menschen für die Demokratie gewinnen

Erklärung des Arbeitskreises deutscher Bildungsstätten zum Rechtsextremismus

Die Mitglieder des Arbeitskreises deutscher Bildungsstätten (AdB) sind entsetzt über die bekannt gewordenen Morde und fassungslos darüber, dass sich rechtsextremistischer Terror über Jahre ungehindert in unserer Gesellschaft ausbreiten konnte. Es wurde deutlich, dass die Mörder nicht alleine handelten, sondern auf ein Netz von aktiven Unterstützern und schweigenden Duldern zurückgreifen konnten. Dabei konnte diese Entwicklung nicht wirklich überraschen. Fachleute und zivilgesellschaftliche Akteure haben seit langem auf die von verschiedenen Strategien rechtsextremer und nationalistischer Bewegungen ausgehenden Gefahren und auf die zahlreichen Straftaten hingewiesen. In der aktuellen Situation hat viele Bürgerinnen und Bürger aber darüber hinaus erschreckt, dass staatliche Organe wie der Verfassungsschutz, die eigentlich die demokratische Verfassung schützen sollten, augenscheinlich eine zweifelhafte Rolle spielten. Eine solche Entwicklung ist nicht hinnehmbar. Deshalb brauchen wir die lückenlose Aufklärung und Bestrafung aller Täterinnen und Täter.

Unabhängig von den aktuellen rechtsterroristischen Verbrechen ist aber auch darauf hinzuweisen, dass sich rechtsextreme Einstellungen nicht nur am Rande der Gesellschaft zeigen, sondern breite Schichten durchdringen. Faschistische, rechtsextremistische und menschenfeindliche Einstellungen stellen die Fundamente unseres demokratischen Systems in Frage und dürfen keine stillschweigende Akzeptanz in unserer Gesellschaft finden! Dringend notwendig sind wirkungsvolle Investitionen in Bildungsangebote und zivilgesellschaftliche Strukturen, um Menschen für die Demokratie zu gewinnen und ihnen die aktive Auseinandersetzung mit

den historischen Bezügen, Errungenschaften und Entwicklungspotenzialen unseres demokratischen Systems zu ermöglichen. Dies genau ist die Kernaufgabe politischer Bildung, wie sie in den Bildungsstätten und Bildungswerken des AdB stattfindet. Orientiert an dem, was Menschen bewegt und unter den Nägeln brennt, bieten die Angebote politischer Bildung die Möglichkeit, Wissen zu erwerben, Einstellungen zu hinterfragen und Orientierung zu gewinnen. Politische Bildung regt Menschen an und qualifiziert sie, sich aktiv und friedlich für ihre Belange einzusetzen und Politik und Gesellschaft verantwortlich mitzugestalten. Damit leistet politische Bildung einen unverzichtbaren Beitrag zur demokratischen Kultur.

Der Arbeitskreis deutscher Bildungsstätten fordert die Verantwortlichen in Politik und Verwaltung auf, die Träger und Einrichtungen politischer Bildung bei ihrer wichtigen Arbeit zu unterstützen. Die Beauftragung von Verfassungsschutzämtern mit politischer Bildung insbesondere von Jugendlichen, wie in mehreren Bundesländern geschehen, halten wir generell, vor allem aber vor dem Hintergrund der aktuellen Ereignisse, für nicht hinnehmbar. Gebraucht werden weder kurzfristige Sonderprogramme noch symbolischer Aktionismus. Notwendig sind die nachhaltige Förderung und Stärkung von zivilgesellschaftlichen Akteuren und Strukturen, die Rechtsextremismus und menschenfeindliche Ideologien bekämpfen und Menschen für die Demokratie begeistern.

*Beschluss der AdB-Mitgliederversammlung,
Bielefeld, 7. Dezember 2011*

Politische Bildung für Mädchen und Frauen

Plädoyer für eine eigenständige Mädchen- und Frauenbildung als Bestandteil politischer Bildung

In Zeiten von Gender Mainstreaming scheinen sich spezifische Angebote für Frauen und Mädchen überholt zu haben. Die Zahl von Kursen, Seminaren und Projekten für Mädchen und Frauen ist rückläufig, Modellprojekte und Strukturen wurden und werden abgebaut. Parallel dazu suggeriert die öffentliche Diskussion einen akuten Nachholbedarf der Jungen, die als „Bildungsverlierer“ in den Mittelpunkt der Aufmerksamkeit gerückt werden.

Der Arbeitskreis deutscher Bildungsstätten, Fachverband der politischen Bildung in Deutschland, vertritt vor diesem Hintergrund die Auffassung, dass spezifische Angebote der Mädchen- und Frauenbildung nach wie vor gesellschaftlich notwendig sind und damit auch notwendiger Bestandteil der außerschulischen politischen Jugend- und Erwachsenenbildung sein müssen.

Entwicklung und aktuelle gesellschaftliche Debatte

Aus der Nische heraus ins Zentrum! Mädchen sichtbar werden zu lassen und ihnen eine Stimme zu verleihen, war eine zentrale Aufgabe und Forderung der Pädagoginnen in den 80er Jahren. Die Pionierinnen der Mädchenarbeit und Mädchenpolitik kämpften für selbstbestimmte, geschlechts-homogene Zentren, um mädchen-spezifische Bedürfnisse und Themen in „herrschaftsfreien“ Räumen zu thematisieren. Die Enttabuisierung der Gewalterfahrungen von Mädchen und Frauen spielte dabei eine wichtige Rolle.

Die Entwicklung von Leitlinien zur Förderung feministischer Mädchenarbeit und die Integration der parteilich-feministischen Mädchenarbeit in Jugendhilfe und Jugendbildung waren Forderungen und Aufgaben in den 90er Jahren. Nachdem sich in den Folgejahren die Mädchen- und Frauenarbeit etabliert und professionalisiert hatte und es einen gesellschaftlichen Konsens über die Notwendigkeit spezieller (Bildungs-) Angebote für Mädchen und Frauen gab, scheinen aktuell diese Angebote nicht mehr gebraucht oder nicht mehr gewollt zu werden.

Die aktuell geführte Debatte zeichnet ein eindeutiges Bild: Mädchen und junge Frauen heute haben es geschafft. Sie sind die „Bildungsgewinnerinnen“, werden als „Alpha-Mädchen“ bezeichnet und gehören zum „starken Geschlecht“. Sie sind gebildet, klug und selbstbewusst, dadurch stehen ihnen vor allem beruflich alle Möglichkeiten offen. Und sie sind clever genug, diese Möglichkeiten

auch zu nutzen. Jungen und junge Männer werden als „Bildungsverlierer“ beschrieben. Sie gehören mittlerweile zum „schwachen Geschlecht“, sie sind die „Sorgenkinder“, die im Schatten der leistungsfähigeren Mädchen stehen.

Dieser Benachteiligungsdiskurs über Jungen steht im Kontext der allgemeinen Bildungsdebatte und beeinflusst Politik und die politische Gestaltung von Gesellschaft. Aber, so ist kritisch anzumerken: Die Medien zeichnen ein eindimensionales Bild von „den“ Mädchen und „den“ Jungen, die es in dieser Eindeutigkeit nicht gibt. Der starken Ausdifferenzierung und Komplexität gesellschaftlicher Wirklichkeit und der Vielfalt der Lebenswelten von Jungen und Mädchen wird diese Diskussion in keiner Weise gerecht.

Das Bundesjugendkuratorium hat in seiner Stellungnahme „Schlaue Mädchen – Dumme Jungen? Gegen Verkürzungen im aktuellen Geschlechterdiskurs“ herausgearbeitet, dass „eine Diskrepanz feststellbar [ist] zwischen der zunehmenden Thematisierung von als problematisch empfundenen Phänomenen (häufig betont werden etwa schlechteres Abschneiden bei schulischen Leistungen oder jugendkulturelle Auffälligkeiten) und dem Fehlen entsprechender theoretischer und empirischer Studien, die einen fundierten Interpretationshintergrund für diese Phänomene bieten könnten.“

Komplexität statt einfacher Lösungen

Die Ungleichheiten, die es bei der Bildungsbeteiligung und dem Bildungserfolg von Mädchen und Jungen gibt und die auch empirisch belegt sind, sind jedoch nicht monokausal durch Geschlechtszugehörigkeit zu erklären. Sie werden im Zusammenwirken mit anderen Benachteiligungsfaktoren wirksam. Dazu gehören vor allem Faktoren wie soziale Herkunft, ethnische Zugehörigkeit, kultureller Kontext, sexuelle Orientierung, auch lokale und regionale Differenzen im Bildungsangebot. Innerhalb dieser Differenzkategorien erzeugt die Geschlechtszugehörigkeit wiederum hierarchische Unterschiede.

Zudem fehlt – auch wenn Mädchenarbeit und Frauenpolitik akzeptiert scheinen – in allen gesellschaftlichen Bereichen eine durchgängige Geschlechterperspektive:

- Trotz aller Diskussionen und Modelle um die Verbesserung der Vereinbarkeit von Beruf und Familie sind nach wie vor die sozialen Sicherungssysteme auf eine männliche Normalbiographie zugeschnitten.

- Trotz aller Kampagnen und Beratungs- und Hilfsangebote rund um das Thema Gewalt gegen Mädchen und Frauen fehlt eine Reflexion der von der Gesellschaft produzierten Gewaltverhältnisse, die auf Mädchen und Jungen unterschiedliche Auswirkungen haben.
- Trotz aller Modernisierungsansprüche, Gleichstellungspolitiken und Förderprogramme ist die tatsächliche Partizipation von Mädchen und Frauen im Arbeitsleben, in Politik und Öffentlichkeit nach wie vor nicht verwirklicht.

Einige Zahlen, die dies verdeutlichen: Von den Ausbildungsanfängerinnen starteten nach Angaben des Statistischen Bundesamtes über die Hälfte in nur zehn Ausbildungsberufen; der geschlechtsbezogene Einkommensunterschied in Deutschland beträgt aktuell 23 Prozent und liegt damit deutlich über dem europäischen Durchschnitt; der Anteil von Frauen in Führungspositionen ist mit 27 Prozent in der Privatwirtschaft unterdurchschnittlich; Frauen haben ein mehr als doppelt so hohes Risiko wie Männer, niedrig entlohnt zu werden. (Zahlen BMFSFJ)

Anforderungen an die politische Bildung für Mädchen und Frauen

Aufgrund der kritischen Analyse des aktuellen Diskurses, der gewachsenen Komplexität, des Zusammenwirkens verschiedener Benachteiligungsfaktoren und der Verpflichtung, positive Entwicklungsbedingungen für alle Mädchen und Frauen zu schaffen, kommt der Arbeitskreis deutscher Bildungsstätten zu dem Schluss, dass die Anforderungen an die Frauen- und Mädchenarbeit sich verändert haben, die Notwendigkeit spezifischer Angebote allerdings weiterhin besteht. Aus diesem Grund setzt sich der AdB für eine politische Bildungsarbeit für Mädchen und Frauen ein,

- die die unterschiedlichen Gruppen von Mädchen und Frauen und deren verschiedene Ausgangslagen, Interessen und Bedürfnisse in den Blick nimmt und zielgruppengenaue Konzepte entwirft, stetig überprüft und weiterentwickelt;
- die die unterschiedliche Historie, die unterschiedlichen Erfahrungen und Lebenswelten von Mädchen und Frauen berücksichtigt;
- die durch geschlechtshomogene Angebote Freiräume für Mädchen und Frauen schafft, in denen Platz ist für eigene Themen, Perspektiven und Vorstellungen;
- die in geschlechtergemischten Institutionen und Einrichtungen Personen, Räume und Ressourcen für Mädchen wie für Jungen anbietet und die eine „Entdramatisierung“ von Geschlecht sowie eine kritische Reflexion von geschlechterrelevanten Aspekten ermöglicht;
- die Möglichkeiten bietet, geschlechtsspezifische Sehgewohnheiten zu hinterfragen und rollenkonforme Prägungen und Einstellungen zu prüfen;

- die Geschlechterdifferenzen nicht als gegebene, sondern als veränderbare und veränderliche und gesellschaftlich immer wieder neu hergestellte Unterscheidungen aufzeigt;
- die die spezifische Perspektive von Mädchen und Frauen auf Themen wie Chancengerechtigkeit, Ausgrenzung, Gewalt, Sexualität, Diskriminierung, Diversität etc. in den Mittelpunkt von Angeboten stellt;
- die die zentralen Kategorien von Politik wie Macht, Herrschaft, Interesse, Willensbildung, Konflikt und Konsens aus Sicht und Perspektive von Mädchen und Frauen darstellt, hinterfragt und bearbeitet;
- die Frauen und Mädchen befähigt und ermutigt, sich aktiv in Politik und Gesellschaft einzubringen und ihre Anliegen zu vertreten.

Anforderungen an Politik und Gesellschaft

Mädchen- und Frauenbildung ist ein eigenständiges Arbeitsfeld, das kooperierend und vernetzend arbeitet. Es braucht die Unterstützung der Träger politischer Bildung sowie der Verantwortlichen in Politik und Verwaltung, insbesondere

- eine differenzierte politische und öffentliche Debatte um die Bildungsteilhabe und die Bildungserfolge von Mädchen und Jungen, Frauen und Männern;
- eine Sensibilisierung aller Akteure/Akteurinnen und politisch Verantwortlichen für Ungleichheiten und die Ermutigung zum Abbau von Diskriminierungen;
- die Entwicklung und Förderung differenzierter pädagogischer Konzepte, um den individuellen Bedürfnissen und Lebenslagen von Frauen und Mädchen gerecht zu werden;
- sowohl ideelle Unterstützung als auch ausreichend finanzielle Förderung von Angeboten für Mädchen und Frauen;
- den sofortigen Stopp des Strukturabbaus und die ausreichende Förderung von Strukturen und Einrichtungen der Mädchen- und Frauenbildung;
- Fortbildungsangebote für alle in der Jugend- und Erwachsenenbildung Tätigen, um den veränderten Anforderungen an eine qualifizierte Mädchen- und Frauenbildungsarbeit gerecht zu werden;
- Gelegenheiten und Begegnungsorte für alle in der Mädchen- und Frauenbildung Tätigen, um den Austausch und die Vernetzung untereinander zu ermöglichen und den Dialog auch zwischen den Generationen zu fördern.

Nach Überzeugung des Arbeitskreises deutscher Bildungsstätten ist und bleibt Mädchen- und Frauenbildung notwendiger und wichtiger Bestandteil politischer Bildungsarbeit, der entscheidend mit zur Gleichberechtigung und Geschlechtergerechtigkeit beiträgt. Aus diesem Grund wird sich der AdB auch zukünftig für eine eigenständige, zielgruppenspezifische, qualifizierte Mädchen- und Frauenbildungsarbeit einsetzen.

Arbeitskreis deutscher Bildungsstätten, November 2011

Stellungnahme des AdB zur Demokratieerklärung

Rund 150 Einrichtungen und Träger der politischen Jugend- und Erwachsenenbildung sind im Arbeitskreis deutscher Bildungsstätten (AdB) zusammengeschlossen. Auf der Basis ihrer Heterogenität und weltanschaulichen Pluralität leisten sie einen wichtigen Beitrag zum Erhalt und zur Weiterentwicklung der Demokratie.

Bei der Realisierung dieses Auftrages werden der AdB und seine Mitgliedseinrichtungen vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend und dem Bundesministerium des Innern bzw. der Bundeszentrale für politische Bildung unterstützt. Die Förderung von Maßnahmen der politischen Jugend- und Erwachsenenbildung dient dem Anliegen, eine „den Zielen des Grundgesetzes förderliche Arbeit“ anzubieten (Richtlinien Kinder- und Jugendplan des Bundes und Bundeszentrale für politische Bildung); sie schließt dabei eine Förderung jener Vorhaben, Initiativen und Personen aus, die diesen Zielen und den Zielen der jeweiligen Programme zuwider arbeiten. Die im AdB zusammengeschlossenen Träger teilen diese Fördervoraussetzung und die damit in der Vergangenheit verknüpften Förderverfahren uneingeschränkt.

Im Rahmen der aktuellen Programme gegen verschiedene Formen des Extremismus verlangen die fördernden Ministerien bei der Vergabe von Mitteln über das bisher bewährte Verfahren hinaus nun allerdings von den Trägern die Unterzeichnung einer gesonderten „Demokratieerklärung“, die auch die Kooperationspartner und jeweiligen Referent/-innen mit einschließt. Diese Erklärung stößt im Arbeitskreis deutscher Bildungsstätten auf Unverständnis und weitreichende Ablehnung, da sie – vor dem Hintergrund der bisherigen Praxis und Erfahrung – weder sachangemessen noch praktikabel erscheint.

Die Demokratieerklärung birgt die Gefahr, das notwendig gute Klima zwischen allen am Projekt beteiligten Partnern zu stören, schafft keine Rechtssicherheit und ist entbehrlich, solange die mit

staatlichen Mitteln geförderten Projekte die Zielsetzung der Programme, nämlich Stärkung von politischer Kompetenz, Toleranz und Demokratie, verfolgen. Sie bietet zudem keine Gewähr gegen die missbräuchliche Verwendung von Fördermitteln.

Die im AdB zusammengeschlossenen Träger politischer Bildung sind sich ihrer Verantwortung bewusst, mit ihren Angeboten demokratiefeindlichen Tendenzen kein Forum zu geben oder auch nur den Anschein zu erwecken, dies zuzulassen. Sie wenden sich auch gegen Versuche, die politische Auseinandersetzung mit der einen extremistischen Position zur Durchsetzung einer anderen extremistischen Position zu instrumentalisieren. Insoweit besteht Übereinstimmung in den Zielvorstellungen.

Das Bekenntnis der Träger zur freiheitlich-demokratischen Grundordnung verbietet ihnen jedoch nicht die Auseinandersetzung mit extremistischen Strömungen und Gruppierungen oder die Ansprache von Zielgruppen aus dem extremistischen Milieu. Das BMFSFJ selbst stellt dies in den von ihm herausgegebenen Hinweisen klar. Die Präventionsprogramme gegen verschiedene Formen des politischen und religiösen Extremismus können auch nur wirksam sein, wenn sie es den Projektträgern ermöglichen, ihre Arbeit den jeweiligen Bedarfslagen und Gegebenheiten vor Ort anzupassen, und sie außerdem sicher sein können, dass ihre fachlich-pädagogische Freiheit nicht durch unbestimmte zuwendungsrechtliche Auflagen beschnitten wird.

Der Arbeitskreis deutscher Bildungsstätten appelliert an die Bundesregierung, die gesonderte Bekenntnisklausel zur Demokratie nicht weiter zur Voraussetzung für die Vergabe von Fördermitteln zu machen. Für die Träger politischer Bildung im AdB ist das demokratische Engagement selbstverständlich und Antrieb für ihre Arbeit.

Arbeitskreis deutscher Bildungsstätten, März 2011

Das künftige EU Programm „Education Europe“

Kommentierung des Arbeitskreises deutscher Bildungsstätten AdB zum Vorschlag der EU Kommission

Die Europäische Kommission hat am 29. Juni 2011 ihren Vorschlag für einen neuen mehrjährigen Finanzrahmen „A budget for Europe 2020“¹ für die Jahre 2014-2020 vorgestellt. Neben einer neuen Basis für die künftige Finanzierung der EU ab 2018 schlägt die EU Kommission eine neue Generation von Programmen vor. Darunter ist unter der Rubrik „Intelligentes und Kreatives Wachstum“ der Vorschlag für ein neu ausgerichtetes Bildungs- und Kulturprogramm „Education Europe“ das neben den bisherigen Programmen Erasmus, Comenius, Grundtvig und Leonardo auch die bisher eigenständigen Programme Jugend in Aktion und Erasmus Mundus umfassen soll.²

Im Vorfeld des Vorschlags der Europäischen Kommission haben das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend BMFSFJ wie auch verschiedene weitere Akteure in eigenen Stellungnahmen auf die Wichtigkeit eines eigenständigen europäischen Jugendprogramms verwiesen und für die Beibehaltung von Youth in Action plädiert. Der AdB schließt sich nach wie vor dieser Einschätzung an und möchte vor dem Hintergrund der aktuellen Entwicklung im Folgenden einen Beitrag zur Diskussion leisten.

Positiv am vorgelegten Vorschlag ist, dass das für Kultur und Bildung zur Verfügung stehende Budget mit 15.2 Milliarden – im Vergleich zu den laufenden Programmen (9.1. Mrd €) um nahezu 68 % angehoben werden soll, was eine enormen Steigerung in der Mittelausstattung und viel positiven Gestaltungsspielraum bedeutet. Den Dokumenten zufolge soll diese Mehrausstattung v.a. genutzt werden, um die transnationale Lernmobilität Mobi-

1 A Budget for Europe 2020 – Communication from the Commission to the European Parliament, the Council, the European Economic and Social Committee and the Committee of the Regions, Brussels, 29.6.2011, COM(2011)500 final PART 1+2

2 Der Vorschlag der EU Kommission bezieht sich auf die Roadmap vom Juli 2010 und dockt gleichzeitig an den Entwurf des SURE Komitees des EP an. Vor dem Hintergrund der vorgestellten Entwicklungsoptionen, erscheint die Schaffung eines integrierten Bildungsprogramms logisch und folgerichtig, zumal sie einen umfassenden Rahmen für Lebenslanges Lernen bilden und somit den Beschluss von 2001 zur Schaffung eines gemeinsamen Raums für Lebenslanges Lernen vorantreiben würde. Allen Vorschlägen gemeinsam war die Tendenz, bisher eigenständige Programme unter Dächern zusammenzufassen, um Synergien und Verwaltungsvereinfachungen zu erzielen. Ein Nachweis, dass hierdurch tatsächlich die erhofften Synergien erzielt werden können, steht jedoch aus.

lität junger Menschen insbesondere beim Berufseinstieg (bisher Leonardo) sowie junger Studierender (Erasmus) voranzutreiben. Von einem integrierten Programm erhofft sich die EU Kommission zudem inhaltliche Synergien und v.a. Fortschritte beim Aufbrechen der Versäulung von Lernwegen. Daher sollen nach wie vor alle Lernformen – formal, non-formal und informell – unterstützt werden.

Der Vorschlag macht leider keine genaue Aussage zur Mittelausstattung der verschiedenen Bildungsbereiche und zum genauen Zuschnitt des geplanten Programms. Der Arbeitskreis deutscher Bildungsstätten als Verband der außerschulischen politischen Jugend- und Erwachsenenbildung fordert daher die Europäische Kommission, das Europäische Parlament und auch den Ministerrat auf, ein austariertes Gesamtprogramm zu gestalten, das die Erfordernisse von beruflicher Bildung, Erwachsenenbildung, Hochschulbildung und Jugend gleichermaßen berücksichtigt, das einen Europäischen Rahmen für lebenslanges Lernen schafft und die Möglichkeiten und Stärken aller Bildungsformen (non-formaler, formaler, informeller) wertschätzt und befördert.

Insbesondere die Integration des bisher eigenständigen Jugendprogramms in ein Gesamtprogramm „Education in Europe“ betrachten wir mit Sorge. Der Abschied von einem eigenständigen Jugendprogramm bedeutet einen Paradigmenwechsel in der Europäischen Jugendpolitik. In den vergangenen 20 Jahren wurde die transnationale Zusammenarbeit intensiviert, 2009 wurden mit der Verabschiedung der europäischen Jugendstrategie 2010-2018 erstmals transnational Aktivitätsfelder der Jugendpolitik für eine Zusammenarbeit auf EU Ebene benannt und somit ein verbindlicher Rahmen für gemeinschaftliche Kooperation im Bereich der Jugendpolitik abgesteckt. Das ist ein Erfolg, der nicht gefährdet werden darf.

Die Stärke des bisherigen Programms Jugend in Aktion liegt aus Sicht der politischen Bildung eindeutig in der breiten thematischen wie organisatorischen Ausdifferenzierung und v.a. in der durchgängigen Priorisierung non-formaler Lernerfahrungen sowie des Prinzips der Freiwilligkeit. Zentrale Anliegen politischer Bildung und politische Partizipation wurden als wesentliche Themen non-formaler Bildung erkannt und über das Programm gefördert. Bei einer Integration des Jugendprogramms in den Bereich der formalen Bildung unter das Primat der beruflichen Verwertbarkeit droht gerade dieser Aspekt, aufgegeben zu werden. Jugend in

Aktion leistet einen wichtigen Beitrag für die Stärkung des sozialen Zusammenhalts, für die Stärkung junger Menschen in Europa und auch für deren Beschäftigungsfähigkeit. Die elementare und umfassende Lernerfahrung fördert maßgeblich persönliche Kompetenzen, die von entscheidender Bedeutung auch für die funktionierende Zivilgesellschaft sind. Gerade dem Jugendbereich kommt somit auch eine Schlüsselfunktion bei der Erreichung eines nachhaltigen und inklusiven Wachstums zu, wie es die EU 2020 Strategie fordert. Die hohe Wirksamkeit von Jugend in Aktion und der Vorgängerprogramme wurde in mehreren Evaluationsverfahren eindrücklich nachgewiesen. Dies sollte im Rahmen des neuen Programms erhalten werden und als Rollenmodell für andere Bildungsbereiche dienen. Der AdB fordert für das künftige Programm „Education Europe“ daher speziell im Jugendbereich einen genuinen Fokus auf non-formale Lernerfahrung junger Menschen zu erhalten.

In Deutschland ist die Situation zudem aufgrund des Föderalismus kompliziert: europäische Jugendpolitik und die nationale Umsetzung der EU Jugendstrategie mit Jugend als eigenständigem Politikfeld drohen in einem integrierten Bildungsprogramm von der Bundesebene zu verschwinden.

Mit einem integrierten Bildungsprogramm besteht nicht nur in Deutschland die Gefahr, dass die Mitwirkungsmöglichkeiten der nationalen Jugendministerien an Jugendbelangen eingeschränkt oder sogar ausgesetzt würden, da sich die Zuständigkeit für ein integrierten Bildungsprogramm auf andere politische Entscheidungsträger verlagern würde.

Der AdB setzt sich seit Jahren in partnerschaftlicher Zusammenarbeit mit dem jeweiligen Bundesjugendministerium für eine eigenständige Jugendpolitik ein, die nicht unter einem rein berufsbiografischen Verwertungsanspruch steht, sondern Jugend als eigenständigen Lebensabschnitt wertschätzt und fördert. Das Bundesjugendministerium sollte als der deutsche Ansprechpartner für europäische Jugendbelange in einem künftigen Programm Jugend unbedingt erhalten bleiben.

Auch stellt sich die Frage, ob es weiterhin zu einer Koordinierung der jugendpolitischen Aktivitäten der EU Mitglieder im Rahmen eines ressortübergreifenden Ansatzes kommen kann, was für die Umsetzung der erst 2009 verabschiedeten EU Jugendstrategie zwingend notwendig erscheint. Das Programm Jugend in Aktion hat eine entscheidende Rolle gespielt für die Entwicklung von Jugendpolitik in den Mitgliedsstaaten der EU und ist selbst ein Beispiel für erfolgreiche transnationale Kooperation innerhalb Europas.

Der AdB fordert daher die verantwortlichen Akteure auf, bei der konkreten Ausgestaltung des Programms „Education Europe“ bestehende Beschlussfassungen des EU Ministerrats, der Kommission und des Parlaments, die in ihren Zielen deutlich über die EU 2020 Strategie hinausgehen, zu berücksichtigen. Dazu gehören die Education and Training Strategie 2020, aber auch die europäische Jugendstrategie 2010-2018.

Der AdB macht sich weiterhin dafür stark, dass das vorgeschlagene integrierte Bildungsprogramm die Empfehlung des EU Ministerrats vom 22. Oktober 2010 (No15276/10) berücksichtigt: „While their scope extends beyond that of the Youth on the Move initiative, existing EU programmes such as the Lifelong Learning, Erasmus Mundus and Youth in Action programmes clearly have an important contribution to make towards achieving the aims of this initiative, as well as those of the Europe 2020 Strategy in general. Both the broad scope of the programmes and their contribution to the initiative should be acknowledged when designing the next generation of programmes.“

Aus dem spezifischen Blickwinkel eines Fachverbandes der politischen Bildung begrüßen wir am Kommissionsvorschlag, dass er mehr Raum für thematische und inhaltliche Synergien bietet. Themenstellungen und Aufgaben, die quer zu den existierenden Programmen liegen, wie beispielsweise die Politikfelder Active Citizenship und Social Inclusion, sollten programmübergreifend behandelbar sein, sodass Spillover-Effekte erzielt werden können und gute Praxis besser transferiert werden kann. Dies gilt aus Sicht des AdB insbesondere für die gegenwärtigen Programme LLP-GRUNDTVIG und JUGEND IN AKTION.

Bildung ist immer auch zivilgesellschaftliche Bildung. Als solche ist sie eine Grundvoraussetzung für inklusives und nachhaltiges Wachstum wie es die EU 2020 Strategie fordert. Das Bildungsprogramm Education Europe sollte dieser zivilgesellschaftlichen Herausforderung in seiner konkreten Ausgestaltung deutlich Rechnung tragen.

Es sind letztendlich die positiven Erfahrungen der jungen Menschen, von denen das künftige Gelingen und die Akzeptanz von Europa schon heute entscheidend abhängen. Angesichts des nach wie vor strukturellen demokratischen Defizits, das die Europäische Union kennzeichnet, wäre sie gut beraten, den mühsam erworbenen Kredit bei der jungen Generation nicht leichtfertig aufs Spiel zu setzen, sondern in ihn weiter und sichtbar zu investieren.

Berlin, Juli 2011

Der AdB im Überblick

Veranstaltungen des AdB

● Fachkommissionen, Arbeits- und Steuerungsgruppen, Redaktionsbeirat

17.01.2011 / 28.06.–29.06.11	Redaktionsbeirat
07.09.2011	Steuerungsgruppe Gender Mainstreaming
21.02.–23.02.11 / 20.09.–21.09.11	Kommission Erwachsenenbildung
01.03.–02.03.11 / 26.09.–28.09.11	Kommission Europäische und Internationale Bildungsarbeit
09.03.–10.03.11 / 28.09.–29.09.11	Kommission Jugendbildung
09.03.–11.03.11 / 20.09.–21.09.11	Kommission Verwaltung und Finanzen
23.03.2011 / 26.09.–27.09.11	Kommission Mädchen- und Frauenbildung

● Fachveranstaltungen, Fortbildungs- und Arbeitstagungen

01.03.–04.03.11	Fachtagung für Hauswirtschaftsleitungen
10.03.2011	Fachtagung „Dos and Don'ts im Online-Marketing“
21.03.–25.03.11	Politische Jugendbildung, zentrale Arbeitstagung
13.09.–16.09.11	Fachtagung für Haustechniker
06.12.–07.12.11	Jahrestagung „Wachstum – Gerechtigkeit – Teilhabe. Nachhaltige Klimapolitik gestalten“

● Kooperationsveranstaltungen

07.06.–09.06.11	GEMINI/14. Deutscher Kinder- und Jugendhilfetag
19.05.–20.05.11	Nürnberger Tage für Integration
13.10.–14.10.11	2. Internationale Demokratiekonferenz Leipzig

● Internationale Fachprogramme und Projekte

Zentralstellenarbeit international

• Fachkräfteaustausch mit der Mongolei

10.03.–20.03.2011	Deutsch-Mongolische Fachkräftemaßnahme in Deutschland (JugendAkademie Segeberg) Projektvorbereitender Besuch für deutsch-mongolische Begegnungen im KJP
28.04.–08.05.2011	Deutsch-Mongolischer Fachkräfteaustausch in Deutschland (JugendAkademie Segeberg) Schulmediation als Beitrag zur demokratischen Jugendbildung in Deutschland und in der Mongolei
24.07.–04.08.2011	Deutsch-Mongolisches Symposium in der Mongolei (JugendAkademie Segeberg) Schulmediation als Beitrag zur demokratischen Jugendbildung in der Mongolei
24.07.–04.08.2011	Deutsch-Mongolischer Fachkräfteaustausch in der Mongolei (Naturkolleg Hirzswaldhaus) Anteil und Wert der Naturpädagogik bei der Gewaltprävention

• Deutsch-Chinesische Jugendbegegnung

15.07.–20.07.2011	Deutsch-Chinesische Jugendbegegnung in Deutschland (Akademie Biggeseesee) Zwei Länder – Zwei Kulturen – Eine Welt
22.07.–28.07.2011	Deutsch-Chinesische Jugendbegegnung in Deutschland (Akademie Biggeseesee) Zwei Länder – Zwei Kulturen – Eine Welt
07.08.–13.08.2011	Deutsch-Chinesische Jugendbegegnung in Deutschland (EJBW Weimar) Deutsch-Chinesische Sommerkunstwerkstatt
15.08.–22.08.2011	Deutsch-Chinesische Jugendbegegnung in Xuzhou, China – Chinas Gesellschaft und wirtschaftliche Entwicklung, dargestellt am Beispiel der 9-Millionen-Stadt Xuzhou
01.10.–09.10.2011	Deutsch-Chinesische Jugendbegegnung in Qingdao, China Deutsch-Chinesische Beziehungen – Gestern – Heute – Morgen

- Deutsch-Russischer Austausch
- 10.01.–13.03.2011 Deutsch-Russische Fachkräftemaßnahme in Deutschland (EJBW Weimar) – Hospitation von Stanislaw Kurochtin, pädagogischer Mitarbeiter des Gesamtrussischen Kinderzentrums
- 31.07.–06.08.2011 Deutsch-Russische Jugendbegegnung in Barda, Russland (EJBW Weimar)
- 21.08.–28.08.2011 Islam und Islamophobie in Thüringen und Perm
- 22.10.–28.10.2011 Deutsch-Russische Jugendbegegnung in Deutschland (Internationales Forum Burg Liebenzell)
Medienworkshop
- 22.10.–28.10.2011 Deutsch-Russische Jugendbegegnung in Deutschland (EJBW Weimar)
Islam und Islamophobie in Thüringen und Perm

- Europäische Vernetzung und Vertretung/DARE
- 04.04.–11.04.2011 Spring Academy, in Zusammenarbeit mit dem Internationalen Haus Sonnenberg zum Thema „Human Rights Creative“
- 22.05.–29.05.2011 Seminar Educational Strategies against Group focussed enmity and Rights Wing extremism, Jugendbildungsstätte Kurt Löwenstein

● **Mitgliederversammlung**

07.12.–08.12.11 Haus Neuland, Bielefeld

● **Vorstandsaktivitäten**

10.02.–11.02.11 Vorstandssitzung im HdJ, Berlin
 17.05.2011 Vorstandssitzung im HdJ, Berlin
 01.09.2011 Vorstandssitzung im HdJ, Berlin, Gespräch mit Lutz Stroppe, Abteilungsleiter im BMFSFJ, und Julia Hiller, Fachreferentin für politische Bildung im BMFSFJ
 25.10.2011 Vorstandssitzung im HdJ, Berlin
 05.12.–06.12.11 Vorstandssitzung im Haus Neuland, Bielefeld

Mitglieder des Vorstands

Vorsitzender: Peter Ogrzall, Jugendbildungsstätte Kaubstraße, Berlin
 Stellv. Vorsitzende: Ulrike Steimann, Karl-Arnold-Stiftung, Königswinter

Ulrich Ballhausen Europäische Jugendbildungs- und Jugendbegegnungsstätte Weimar
 Ulrika Engler aktuelles forum nrw, Gelsenkirchen, bis 07.12.2011
 Martin Kaiser PfalzAkademie, Lambrecht
 Klaus-Ulrich Nieder Informations- und Bildungszentrum Schloß Gimborn, Marienheide, bis 07.12.2011
 Petra Tabakovic Internationaler Bund (IB), Frankfurt
 Birgit Weidemann HochDrei e.V. – Bilden und Begegnen in Brandenburg, Potsdam

Neu gewählt am 07.12.2011:
 Udo Dittmann Akademie Biggese, Attendorn
 Bettina Heinrich wannseeFORUM, Berlin

Mitglieder des Redaktionsbeirats der „Außerschulischen Bildung“

Herausgeber im Auftrag des Vorstands: Dr. Paul Ciupke, Bildungswerk der Humanistischen Union NRW, Essen
Ulrike Steimann, Karl-Arnold-Stiftung, Königswinter

Vom Vorstand als Mitglieder des Redaktionsbeirats berufen:

Gertrud Gandenberger	Internationales Forum Burg Liebenzell, Bad Liebenzell
Wolfgang Pauls	Bildungsstätte Kinder- und Jugendzentrum Bahnhof Göhrde, Nahrendorf-Breese
Dr. Melanie Piepenschneider	Konrad-Adenauer-Stiftung, Wesseling
Ina Bielenberg	Kooptiertes Mitglied, AdB-Geschäftsstelle
Ingeborg Pistohl	Redaktion, AdB-Geschäftsstelle

Mitglieder der Fachkommissionen

● Kommission Jugendbildung

Vorsitzende: Petra Tabakovic, Internationaler Bund (IB), Frankfurt
Stellv. Vorsitzender: Dr. Reiner Hartel, Bildungsstätte Alte Schule Anspach

Mitglieder:

Ulrich Ballhausen	Europäische Jugendbildungs- und Jugendbegegnungsstätte Weimar
Carola Brindöpke	Heimvolkshochschule Haus Neuland e.V., Bielefeld
Sabrina Broszeit	Salvador-Allende-Haus, Oer-Erkenschwick
Alexander Daranyi	Historisch-Ökologische Bildungsstätte Emsland, Papenburg
Bettina Dettendorfer	Jugendbildungsstätte Kurt Löwenstein e.V., Werneuchen
Rebekka Dünker	Arbeitnehmer-Zentrum Königswinter
Navina Engelage	Gesamteuropäisches Studienwerk, Vlotho
Oliver Krauß	Karl-Arnold-Stiftung e.V., Königswinter
Anja Krückels	ijgd-Landesgeschäftsstelle Nord-West, Hildesheim
Michael Lehmann	Jugendbildungszentrum Blossin e.V.
Andrea Müller	Jugendbildungsstätte Bremen – LidiceHaus
Wolfgang Pauls	Bildungsstätte Kinder- und Jugendzentrum Bahnhof Göhrde, Nahrendorf-Breese
Michael Rauscher	wannseeFORUM, Berlin
Christina Regner	Jugendbildungsstätte „Mühle“, Bad Segeberg
Patrick Siegele	Anne Frank Zentrum, Berlin
Thomas von der Gönna	Europäische Jugendbildungs- und Jugendbegegnungsstätte Weimar

● Kommission Mädchen- und Frauenbildung

Vorsitzende: Birgit Weidemann, HochDrei e.V., Potsdam

Mitglieder:

Sabine Cimbollek	ijgd-Landesgeschäftsstelle Nord-West, Hildesheim
Sabine Haupt-Scherer	LWL-Bildungszentrum Jugendhof Vlotho
Miriam Jusuf	aktuelles forum nrw, Gelsenkirchen
Daniela Kaniak	Bildungshaus Zeppelin, Goslar
Anette Klasing	Jugendbildungsstätte Bremen – LidiceHaus
Christine Reich	Jugendbildungsstätte Kurt Löwenstein e.V., Werneuchen

● **Kommission Erwachsenenbildung**

Vorsitzender: Prof. Dr. Matthias Pfüller, Politische Memoriale e.V., Schwerin
 Stellv. Vorsitzende: Marianne Stietenroth, Ländliche Heimvolkshochschule Mariaspring, Bovenden-Eddigehausen

Mitglieder:

Dr. Barbara Hopmann	Karl-Arnold-Stiftung e.V., Königswinter
Heidrun Kaiser	LWL-Bildungszentrum Jugendhof Vlotho
Karl Heinz Keil	Hanns-Seidel-Stiftung, München
Karsten Matthis	Arbeitnehmer-Zentrum Königswinter
Harald Meves	Stätte der Begegnung e.V., Vlotho
Dr. Christoph Meyer	Herbert-Wehner-Bildungswerk, Dresden
Dr. Asmus Nitschke	Bildungsstätte der Wirtschafts- und Sozialakademie der Arbeitnehmerkammer Bremen gGmbH
Fenna Paproth	Heimvolkshochschule Alte Molkerei Frille, Petershagen
Nina Pauseback	Heimvolkshochschule Adam-Stegerwald-Haus, Königswinter
Dr. Josef Schiffer	dbb akademie Bonn
Dr. Robert Schmidt	Akademie Biggese, Attendorn
Sonja Schweizer	Bildungswerk Stenden, Kerken
Ulrike Steimann	Karl-Arnold-Stiftung, Königswinter
Gerhard Thiel	„Die Freudenburg“, Seminar- und Tagungshaus des Landkreises Diepholz, Bassum
Martin Westphal	Bildungshaus Zeppelin, Goslar

● **Kommission für Europäische und Internationale Bildungsarbeit**

Vorsitzende: Gertrud Gandenberger, Internationales Forum Burg Liebenzell, Bad Liebenzell
 Stellv. Vorsitzender: Tim Scholz, Jugendbildungsstätte Kurt Löwenstein, Werneuchen

Mitglieder:

Heiko Eifling	Bildungshaus Zeppelin, Goslar
Ulrika Engler	aktuelles forum nrw, Gelsenkirchen
Katrin Gödeke	wannseeFORUM, Berlin
Dr. Marina Grasse	OWEN e.V. – Mobile Akademie für Geschlechterdemokratie und Friedensförderung, Berlin
Hans-Dieter Hartmann	Ländliche Heimvolkshochschule Mariaspring, Bovenden-Eddigehausen
Martin Kaiser	PfalzAkademie, Lambrecht
Heinz Kordy	Auslandsgesellschaft Nordrhein-Westfalen, Dortmund
Bernd Neufurth	Akademie Biggese, Attendorn
Kalle Puls-Janssen	Europahaus Aurich, Aurich
Dr. Arne Schäfer	Salvador-Allende-Haus, Oer-Erkenschwick
Gerhart Schöll	Arbeitskreis Entwicklungspolitik, Vlotho
Monika Schröder	LWL-Bildungszentrum Jugendhof Vlotho
Mary Ann Siara-Decker	dbb akademie Bonn, Bonn
Ute Siebler	Internationale Jugendgemeinschaftsdienste, Bonn
Norbert Tillmann	aktuelles forum nrw, Gelsenkirchen
Sandra Trede	Jugendbildungsstätte „Mühle“, Bad Segeberg
Gabriele Wiemeyer	GSI in Niedersachsen – Europäisches Bildungs- und Tagungshaus Bad Bevensen
Dr. Zbigniew Wilkiewicz	Gesamteuropäisches Studienwerk, Vlotho
Katrin Zirkel	Europäische Jugendbildungs- und Jugendbegegnungsstätte Weimar

● Kommission Verwaltung und Finanzen

Vorsitzender:	Bernd Vaupel, LWL-Bildungszentrum Jugendhof Vlotho
Stellv. Vorsitzende:	Ina Nottebohm, HVHS Haus Neuland, Bielefeld

Mitglieder:

Birgit Ackermeier	Gesamteuropäisches Studienwerk, Vlotho
Gudrun Afken	Bildungsstätte der WiSoAk Bremen, Bad Zwischenahn
Frank Bobran	Tagungshaus Bredbeck, Osterholz-Scharmbeck
Udo Dittmann	Akademie Biggese, Attendorn
Sven Fischer	Sozialpädagogisches Fortbildungsinstitut Berlin-Brandenburg, Berlin
Meta Janssen-Kucz	Europahaus Aurich
Brigitte Juchems	Akademie Frankenwarte, Würzburg
Eckhard Kohle	Auslandsgesellschaft Nordrhein-Westfalen, Dortmund
Jörg Kranke	Salvador-Allende-Haus, Oer-Erkenschwick
Karsten Lucke	Europa-Haus Marienberg, Bad Marienberg
Blandine Lutz	Seminar-Forum in Berlin
Daniela Möller-Peck	Heimvolkshochschule Alte Molkerei Frille, Petershagen
Klaus-Ulrich Nieder	Informations- und Bildungszentrum Schloß Gimborn, Marienheide
Ina Roßmeisl	Europäische Jugendbildungs- und Jugendbegegnungsstätte Weimar
Reiner Schindler	Stätte der Begegnung e.V., Vlotho
Dr. Philipp-Christian Wachs	Gesellschaft für Politik und Wirtschaft – Haus Rissen Hamburg
Ulrich Wester	IB Bildungswerk Mönchengladbach
Frank Witte-meier	Arbeitskreis Entwicklungspolitik, Vlotho

● Steuerungsgruppe Gender-Mainstreaming

Ina Bielenberg	AdB, Berlin
Carola Brindöpke	HVHS Haus Neuland, Bielefeld
Boris Brokmeier	AdB, Berlin
Dr. Marina Grasse	OWEN – Mobile Akademie für Geschlechterdemokratie und Friedensförderung, Berlin
Michael Gwosdz	Haus Rissen, Hamburg
Friedhelm Jostmeier	Arbeitskreis Entwicklungspolitik, Vlotho
Claudia Lutze	Sozialpädagogisches Fortbildungsinstitut Berlin-Brandenburg, Berlin
Harald Meves	Stätte der Begegnung, Vlotho
Peter Ogrzall	Jugendbildungsstätte Kaubstraße, Berlin
Fenna Paproth	Heimvolkshochschule Alte Molkerei Frille, Petershagen
Christine Reich	Jugendbildungsstätte Kurt Löwenstein, Werneuchen
Ina Roßmeisl	Europäische Jugendbildungs- und Jugendbegegnungsstätte Weimar
Gerhart Schöll	Arbeitskreis Entwicklungspolitik, Vlotho
Birgit Weidemann	HochDrei, Potsdam

Jugendbildungsreferent/-innen und pädagogische Mitarbeiter/-innen im Programm Politische Jugendbildung im AdB im Rahmen des KJP

● Projektgruppe „Globalisierung und Medienkommunikation“

Frank Hofmann	Jugendbildungsstätte Hütten
Katarzyna Kolaczynska	Jugendbildungsstätte Kurt Löwenstein, Werftpfuhl
Daniel Möcklinghoff	aktuelles forum nrw, Gelsenkirchen
Dirk Springenberg	Bildungsstätte Alte Schule Anspach, Neu-Anspach
Annette Ullrich	wannseeFORUM, Berlin
Henning Wötzel-Herber	ABC Bildungs- und Tagungszentrum, Drochtersen-Hüll

● Projektgruppe „Partizipation und Demokratie in und mit der Schule“

Anne Dwertmann	Jugendbildungsstätte Bremen – LidiceHaus
Anne Frölich	Anne Frank Zentrum, Berlin
Jens Lindemann	JugendAkademie Segeberg, Bad Segeberg
Mechtild Möller	Historisch-Ökologische Bildungsstätte Emsland, Papenburg

● Projektgruppe „Aufwachsen in der Einwanderungsgesellschaft“

Kerem Atasever	Jugendbildungsstätte Kaubstraße, Berlin
Steffen Debus	Gustav-Stresemann-Institut in Niedersachsen/Europäisches Bildungs- und Tagungshaus Bad Bevensen
Michael Drogand-Strud	Heimvolkshochschule Alte Molkerei Frille, Petershagen
Thomas Grimm	Gustav-Stresemann-Institut, Bonn
Katja Schütze	Bildungswerk der Humanistischen Union, Essen
Eric Wrasse	Europäische Jugendbildungs- und Jugendbegegnungsstätte Weimar
Canan Yelaldi	Arbeitskreis Entwicklungspolitik, AKE-Bildungswerk, Vlotho

● Projektgruppe „Arbeitsweltbezogene politische Bildung“

Tanja Berger	HochDrei e.V./Bilden und Begegnen in Brandenburg, Potsdam
Zeliha Gencay	Gesellschaft für Politik und Wirtschaft, Haus Rissen, Hamburg
Sandra Gern	Internationales Haus Sonnenberg, St. Andreasberg
Andreas Kleinert	Heinrich-Böll-Stiftung Brandenburg, Potsdam
Mari Nagaoka	Tagungshaus Bredbeck, Osterholz-Scharmbeck
Sibylle Nau	Villa Fohrde Bildungs- und Kulturhaus, Havelsee OT Fohrde
Edda Smidt	Europahaus Aurich

Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Geschäftsstelle

Ina Bielenberg	Geschäftsführerin
Boris Brokmeier	Referent für Jugendbildung, stellv. Geschäftsführer
Elke Buntrock	Sachbearbeiterin im Bereich der Geschäftsführung
Larissa Döring	Sachbearbeiterin in den Bereichen internationale Aufgaben, Kommissionsarbeit, Jugend- und Fortbildung
Ivonne Meißner	Sachbearbeiterin im Referat für Öffentlichkeitsarbeit
Sabine Mertin	Referentin für Finanzen, Personal und Verwaltung
Georg Pirker	Referent für internationale Aufgaben
Ingeborg Pistohl	Referentin für Öffentlichkeitsarbeit
Birgit Schörling	Sachbearbeiterin im Finanzreferat/Zentralstellenaufgaben
Sema Ünal	Sachbearbeiterin im Finanzreferat

Mitgliedschaften und Gremien

Arbeitsgemeinschaft für Jugendhilfe (AGJ)

Mitgliederversammlung und Vorstand, Fachausschuss Jugend, Bildung, Beruf: Boris Brokmeier

Arbeitskreis der Bildungsstätten und Akademien (HVHS) in NRW e.V. Ulrike Steimann

Beirat der Internationalen Jugendbegegnungsstätte (IJB) der Stiftung Kreisau für Europäische Verständigung

Ulrich Ballhausen

„Biographische Nachhaltigkeit Politischer Jugendbildung“

Forschungsvorhaben von Prof. Dr. Achim Schröder, Hochschule Darmstadt; Projektbeirat: Ina Bielenberg

BMFSFJ/Programmspezifische Arbeitsgruppe

Ina Bielenberg, Boris Brokmeier

Bundesarbeitsgemeinschaft Mädchenpolitik

Ina Bielenberg

Bundesausschuss Politische Bildung

Geschäftsführung: Ina Bielenberg
AG Grundsatzfragen: Dr. Paul Ciupke

DARE

Georg Pirker

Deutsche Gesellschaft für wissenschaftliche Weiterbildung und Fernstudium e.V. (DGWF)

Ingeborg Pistohl

Deutsches Institut für Erwachsenenbildung (DIE)

Mitgliederversammlung und Verwaltungsrat: Dr. Paul Ciupke
Statistikprojekt: Bernd Vaupel

Deutsch-Polnischer Jugendrat

Birgit Weidemann (für bap)

Europäischer Verband für Erwachsenenbildung (EAEA)

Ina Bielenberg

Fachstelle für Internationale Jugendarbeit der Bundesrepublik Deutschland e.V. (IJAB)

Ina Bielenberg

Forscher-Praktiker-Dialog zur Internationalen Jugendarbeit (F-P-D)

Georg Pirker

Gemeinsame Initiative der Träger Politischer Jugendbildung (GEMINI)

Ina Bielenberg, Boris Brokmeier

Haus der Jugendarbeit und Jugendhilfe (HdJ)

Geschäftsführender Ausschuss und Mitglied: Ina Bielenberg
Mitglieder Sabine Mertin, Elke Buntrock

Netzwerk Europäische Bewegung

Georg Pirker

PresseNetzwerk für Jugendthemen (PNJ)

Ingeborg Pistohl

Projektbeirat des Modellprojekts der Europäischen Jugendbildungs- und Jugendbegegnungsstätte Weimar

„Auseinandersetzung mit antidemokratischen gewaltbereiten linksextremistischen Ideologien und Strömungen“

Ina Bielenberg

ProPol – Projekt zur Weiterentwicklung der Professionalisierung der Politischen Bildung BAK Arbeit und Leben

Begleitgruppe: Ulrich Ballhausen

Rat der Weiterbildung – KAW

Ina Bielenberg

Runder Tisch der Bundeszentrale für politische Bildung

Ina Bielenberg und direkt berufene Mitglieder aus dem AdB

Strukturierter Dialog in Deutschland

Nationale Arbeitsgruppe zur Begleitung: Ina Bielenberg
(für GEMINI)

VBLU-Mitgliederversammlung

Sabine Mertin

Mitgliedseinrichtungen des Arbeitskreises deutscher Bildungsstätten e.V.

Baden-Württemberg

Institut für politische Bildung

Baden-Württemberg e.V. – Studienhaus Wiesneck –
Prof. Dr. Ulrich Eith
Wiesneckstr. 6, 79256 Buchenbach b. Freiburg
Telefon: 07661-9875-0, Fax: 07661-9875-99
wiesneck@wiesneck.de
www.wiesneck.de

Internationales Forum Burg Liebenzell

Prof. h.c. Manfred Hübscher
Burg Liebenzell 1A, 75378 Bad Liebenzell
Telefon: 07052-9245-0, -21, Fax: 07052-9245-18
Info@InternationalesForum.de
www.InternationalesForum.de

Landesakademie für Jugendbildung

Jugendbildungsstätte Johannes Kepler
Knut-Alexander Hirnschall
Malersbuckel 8-10, 71263 Weil der Stadt
Telefon: 07033-5269-0, Fax: 07033-5269-100
info@Jugendbildung.org
www.Jugendbildung.org

Bayern

Akademie Frankenwarte

Gesellschaft für Politische Bildung e.V.
Brigitte Juchems
Leutfresserweg 81-83, 97082 Würzburg
Postfach 55 80, 97005 Würzburg
Telefon: 0931-80464-0, -214, Fax: 0931-80464-77
info@frankenwarte.de | www.frankenwarte.de

„Der Heiligenhof“

Stiftung Sudetendeutsches Sozial- und Bildungswerk
Werner Gustav Binder
Alte Euerdorfer Str. 1, 97688 Bad Kissingen
Telefon: 0971-7147-0, Fax: 0971-7147-47
studienleiter@heiligenhof.de
www.heiligenhof.de

Europäische Akademie Bayern e.V.

Michael Jörgen
Hirtenstr. 16, 80335 München
Telefon: 089-549141-0, Fax: 089-549141-9
info@europaeische-akademie.de
www.europaeische-akademie.de

Franken-Akademie Schloß Schney e.V.

Susann Biedefeld
Schloßplatz 8, 96215 Lichtenfels
Telefon: 09571-9750-0, Fax: 09571-9750-25
info@franken-akademie.de
www.franken-akademie.de

Georg-von-Vollmar-Akademie e.V.

Roland Eichmann
Bildungsstätte Schloss Aspenstein,
Am Aspensteinbichl 9-11, 82431 Kochel am See
Telefon: 08851-78-0, Fax: 08851-78-23
info@vollmar-akademie.de
Verwaltungssitz: Oberanger 38/1, 80331 München
Telefon: 089-595223, Fax: 089-5503849
www.vollmar-akademie.de

Hanns-Seidel-Stiftung e.V.

Dr. Franz Guber
Lazarettstr. 33, 80636 München
Telefon: 089-1258-0, -230, Fax: 089-1258-338
GUBER@hss.de | www.hss.de

Bildungszentrum Wildbad Kreuth

83708 Wildbad Kreuth
Telefon: 08029-170, Fax: 08029-1734

Bildungszentrum Kloster Banz

96231 Bad Staffelstein
Telefon: 09573-3370, Telefax: 09573-33733

Haus Buchenried*) der Münchner Volkshochschule GmbH

Michael Schanz
Assenbacherstr. 45, 82335 Berg-Leoni
Telefon: 08151-9620-0, Fax: 08151-9620-10
Schanz@buchenried.de
www.buchenried.de

Institut für Jugendarbeit

Albert Fußmann
Germeringer Str. 30, 82131 Gauting
Telefon: 089-893233-0, Fax: 089-893233-77
info@institutgauting.de
www.institutgauting.de

Kritische Akademie Inzell

Wilfried Heß
Salinenweg 45, 83334 Inzell/Obb.
Telefon: 08665-980-0, -200, Fax: 08665-980-555
hess@Kritische-Akademie.de
www.Kritische-Akademie.de

Max Mannheimer Studienzentrum Internationales Jugendgästehaus Dachau

– Pädagogischer Bereich
Nina Ritz
Roßwachtstr. 15, 85221 Dachau
Telefon: 08131-61771-2, Fax: 08131-61771-9
bildung@mmsz-dachau.de
www.jgh-dachau.de

SAMBACHSHOF

vhs-Bildungszentrum
Ulrich Rümenapp
97631 Bad Königshofen
Telefon: 09761-771, Fax: 09761-6147
info@sambachshof.de
www.sambachshof.de

Berlin

Alte Feuerwache e.V. – Jugendbildungsstätte Kaubstraße

Peter Ogrzall
Axel-Springer-Str. 40/41, 10969 Berlin
Telefon: 030-253992-11, Fax: 030-253992-40
peter.ogrzall@alte-feuerwache.de
www.Alte-Feuerwache.de
Jugendbildungsstätte Kaubstraße
Kaubstr. 9-10, 10713 Berlin
Telefon: 030-8734214, Fax: 030-8616249
info@kaubstrasse.de
www.kaubstrasse.de

Anne Frank Zentrum

Thomas Heppener
Rosenthaler Str. 39, 10178 Berlin
Telefon: 030-2888656-00, Fax: 030-2888656-01
zentrum@annefrank.de
www.annefrank.de

Europäische Akademie Berlin e.V.

Prof. Dr. Eckart D. Stratenschulte
Bismarckallee 46/48, 14193 Berlin (Grunewald)
Telefon: 030-895951-0, Fax: 030-895951-95
eab@eab-berlin.eu
www.eab-berlin.eu

OWEN e.V.

Mobile Akademie für Geschlechterdemokratie
und Friedensförderung
Dr. Marina Grasse
Nogatstr. 21, 12051 Berlin
Telefon: 030-2808541, -283225-1, Fax: 030-283225-2
mail@owen-berlin.de
www.owen-frauenetzwerk.de

Seminar-Forum in Berlin

Begegnungs- und Bildungsstätte für Gesellschaft und
Politik Gemeinnützige GmbH
Blandine Lutz
Franz-Mett-Str. 3-9, 10319 Berlin
Telefon: 030-510986-46, Fax: 030-510986-57
seminar-forum-berlin@t-online.de
www.seminar-forum-in-berlin.com

Sozialpädagogisches Fortbildungsinstitut Berlin-Brandenburg

Anne Lersch
Königstr. 36 B, 14109 Berlin
Telefon: 030-48481-0, -309, Fax: 030-48481-313
Anne.Lersch@sfbf.berlin-brandenburg.de
www.sfbf.berlin-brandenburg.de

wannseeFORUM/Wannseeheim für Jugendarbeit e.V.

Bettina Heinrich
Hohenzollernstr. 14, 14109 Berlin
Telefon: 030-80680-0, Fax: 030-80680-88
heinrich@wannseeforum.de
www.wannseeforum.de

Brandenburg

Begegnungsstätte Schloss Gollwitz

Marion Welsch
Schlossallee 101, 14776 Brandenburg/OT Gollwitz
Telefon: 03381-21386-0, Fax: 03381-21386-2
bildung@stiftunggollwitz.de
www.stiftunggollwitz.de

Bildung – Begegnung – Zeitgeschehen Bernau e.V.

Verein für politische Bildung und Kommunikation
Dr. Birgit Schädlich
Breitscheidstr. 41, 16321 Bernau
Telefon: 03338-763270, Fax: 01212-6-229237628
bbz-bernaue@web.de
www.bbz-bernaue.de

HochDrei e.V.

Bilden und Begegnen in Brandenburg

Birgit Weidemann
Büroadresse: Schulstr. 9, 14482 Potsdam
Telefon: 0331-5813-244, Fax: 0331-5813-223
info@hochdrei.org
www.hochdrei.org

Seminar- und Gästehaus Am Bassin

Brandenburger Str. 37, 14467 Potsdam
Seminar- und Gästehaus Hochland
Holzmarktstr. 12, 14467 Potsdam

Jugendbildungsstätte Kurt Löwenstein e.V.

Haus der außerschulischen Jugendbildung
Thomas Gill
Freienwalder Allee 8-10,
16356 Werneuchen OT Werftpfehl
Telefon: 033398-899911, -12, Fax: 033398-899913
info@kurt-loewenstein.de
www.kurt-loewenstein.de

Jugendbildungszentrum Blossin e.V. *)

Michael Lehmann
Waldweg 10, 15754 Heidesee/Blossin
Telefon: 033767-75-0, Fax: 033767-75-100
m.lehmann@blossin.de
www.blossin.de

Schloß Trebnitz

Bildungs- und Begegnungszentrum e.V.
Darius Müller
Platz der Jugend 6, 15374 Müncheberg/OT Trebnitz
Telefon: 033477-519-0, -13, Fax: 033477-519-15
mueller@schloss-trebnitz.de
www.schloss-trebnitz.de

Villa Fohrde

Bildungs- und Kulturhaus e.V.
Werner Bövingloh
August-Bebel-Str. 42, 14798 Havelsee OT Fohrde
Telefon: 033834-50282, Fax: 033834-51879
info@villa-fohrde.de
www.villa-fohrde.de

Bremen

Jugendbildungsstätte Bremen

LidiceHaus gGmbH

Andrea Müller
Weg zum Krähenberg 33 A, 28201 Bremen
Telefon: 0421-69272-0, Dw.: -13, Fax: 0421-69272-16
lidice@jugendinfo.de | www.lidicehaus.de

Wirtschafts- und Sozialakademie der Arbeitnehmerkammer Bremen gGmbH

Geschäftsstelle:
Bertha-von-Suttner-Str. 17, 28207 Bremen
Telefon: 0421-4499-5, Fax: 0421-4499-651
g.afken@wisoak.de
www.wisoak.de

Bildungsstätte der Wirtschafts- und Sozialakademie der Arbeitnehmerkammer Bremen gGmbH

Gudrun Afken
Zum Rosenteich 26, 26160 Bad Zwischenahn
Telefon: 04403-924-0, -60 Fax: 04403-58895
bildungsstaette@wisoak.de
www.bildungsstaette-badzwischenahn.de

Hamburg

HAUS RISSEN HAMBURG

– Internationales Institut für Politik und Wirtschaft –
Dr. Philipp-Christian Wachs
Rissener Landstr. 193, 22559 Hamburg
Telefon: 040-81907-0, -49, Fax: 040-81907-59
mail@hausrissen.org
www.hausrissen.org

Hessen

basa e.V. – Bildungsstätte Alte Schule Anspach

Dr. Reiner Hartel
Schulstr. 3, 61267 Neu-Anspach (Taunus)
Telefon: 06081-41772, Fax: 06081-960083
info@basa.de
www.basa.de

Hessische Heimvolkshochschule Burg Fürsteneck

Günter Schmuck
Am Schlossgarten 3, 36132 Eiterfeld
Telefon: 06672-9202-0, Fax: 06672-920230
Bildung@burg-fuersteneck.de
www.burg-fuersteneck.de

Mecklenburg-Vorpommern

Akademie für Politik, Wirtschaft und Kultur in Mecklenburg-Vorpommern e.V.

Tagungszentrum am Schloss und Verwaltung:
Joachim Bussiek
Mecklenburgstr. 59, 19053 Schwerin
Telefon: 0385-555709-0, Fax: 0385-555709-13
sekretariat@akademie-schwerin.de
www.akademie-schwerin.de

Politische Memoriale e.V.

Prof. Dr. Matthias Pfüller
Severinstr. 6, 19053 Schwerin
Telefon: 0385-758731-1/2, Fax: 0385-758731-3
info@polmem-mv.de
www.polmem-mv.de

Niedersachsen

ABC Bildungs- und Tagungszentrum

Ina Meier
Bauernreihe 1, 21706 Drochtersen-Hüll
Telefon: 04775-529, Fax: 04775-695
abc-huell@t-online.de
www.abc-huell.de

Bewegungsakademie e.V.

Rasmus Grobe
 Artilleriestr. 6, 27283 Verden
 Telefon: 04231-957-595, 516, Fax: 04231-957-400
 grobe@bewegungsakademie.de
 www.bewegungsakademie.de

Bildungshaus Zeppelin

– Heimvolkshochschule Goslar e.V. –
 Martin Westphal
 Zeppelinstr. 7, 38640 Goslar
 Telefon: 05321-3411-0, Fax: 05321-3411-50
 info@bildungshaus-zeppelin.de
 www.Bildungshaus-Zeppelin.de

**Bildungsstätte Kinder- und Jugendzentrum
Bahnhof Görde e.V.**

Wolfgang Pauls
 21369 Nahrendorf-Breese
 Telefon: 05855-545, Fax: 05855-390
 bahnhof-goehrde@t-online.de
 www.bahnhof-goehrde.de

**„Die Freudenburg“ – Seminar- und Tagungshaus
des Landkreises Diepholz***

Gerhard Thiel
 Amtsfreiheit 1 a, 27211 Bassum
 Telefon: 04241-9311-0, Fax: 04241-9311-11
 freudenburg@vhs-diepholz.de
 www.freudenburg-bassum.de
 Volkshochschule des Landkreises Diepholz
 Nienburger Str. 5, 28857 Syke
 Telefon: 04242-976-4075, Fax: 04242-976-4942
 www.vhs-diepholz.de

Europahaus Aurich

Kalle Puls-Janssen
 von-Jhering-Str. 33, 26603 Aurich/Ostfr.
 Telefon: 04941-9527-0, Fax: 04941-9527-27
 info@europahaus-aurich.de
 www.europahaus-aurich.de

Gustav-Stresemann-Institut in Niedersachsen e.V.

Europäisches Bildungs- und Tagungshaus Bad Bevensen
 Bodo Fröhlich
 Klosterweg 4, 29549 Bad Bevensen
 Telefon: 05821-955-0, Fax: 05821-955-299
 info@gsi-bevensen.de | www.gsi-bevensen.org

**Historisch-Ökologische Bildungsstätte
Emsland in Papenburg e.V.**

Dr. Thomas Südbeck
 Spillmannsweg 30, 26871 Papenburg
 Telefon: 04961-9788-0, Fax: 04961-9788-44
 info@hoeb.de | www.hoeb.de

Internationales Haus Sonnenberg

Sonnenberg-Kreis e.V.
 Andreas Zieske
 Clausthaler Str. 11, 37444 St. Andreasberg/Harz
 Telefon: 05582-944-0, Fax: 05582-944-100, 05322-3620
 info@sonnenberg-international.de
 www.sonnenberg-international.de

**Jugendbildungsstätte Emlichheim
Grenzlandheim e.V.**

Maria Boulahlib
 Am Grenzlandheim 1-5, 49824 Emlichheim
 Postfach 1220, 49821 Emlichheim
 Telefon: 05943-9391-0, Fax: 05943-9391-30
 kontakt@bildungsstaette.com
 www.bildungsstaette.com

Jugendhof Steinkimmen*)

Am Jugendhof 35, 27777 Ganderkesee
 Telefon: 04222-408-0, Fax: 04222-408-39
 info@jugendhof-steinkimmen.de
 www.jugendhof-steinkimmen.de

Jugendkulturarbeit e.V. *)

im Internationalen Jugendprojektehaus (IJP)
 Gina Schumm
 Kranbergstr. 55, 26123 Oldenburg
 Telefon: 0441-380126-0
 info@jugendkulturarbeit.eu
 www.jugendkulturarbeit.eu

Ev. Verband Kirche – Wirtschaft – Arbeitswelt

Bundesgeschäftsstelle
 Dr. Axel Braßler
 Blumhardtstr. 2, 30625 Hannover
 Telefon: 0511-554741-32, Fax: 0511-554741-44
 a.brassler@kda-ekd.de
 www.kda-ekd.de

Ländliche Heimvolkshochschule Mariaspring e.V.

Wolfgang Borchardt
 Rauschenwasser 78, 37120 Bovenden-Eddigehausen
 Telefon: 05594-9506-0, Fax: 05594-9506-50
 info@mariaspring.de
 www.mariaspring.de

Ostheim e.V.

Jugendbildungsstätte und Tagungsheim
 Ralph Ullrich Winkler
 Parkstr. 14, 31812 Bad Pyrmont
 Telefon: 05281-9361-0, Fax: 05281-9361-11
 info@ostheim-pyrmont.de
 www.ostheim-pyrmont.de

Politische Bildungsstätte Helmstedt e.V.

Thomas Strelow
Am Bötschenberg 4, 38350 Helmstedt
Telefon: 05351-5851-0, Fax: 05351-5851-30
strelow@pbh-hvhs.de
www.pbh-hvhs.de

Stiftung Akademie Waldschlösschen

Dr. Rainer Marbach
37130 Reinhausen bei Göttingen
Telefon: 05592-9277-20, Fax: 05592-9277-77
info@waldschloesschen.org
www.waldschloesschen.org

Tagungshaus Bredbeck

Bildungsstätte des Landkreises Osterholz
Frank Bobran
An der Wassermühle 30, 27711 Osterholz-Scharmbeck
Telefon: 04791-9618-0, Fax: 04791-961813
info@bredbeck.de
www.bredbeck.de

Nordrhein-Westfalen

Akademie Biggensee

– Seminar für Staatsbürgerkunde e.V. –
Udo Dittmann
Ewiger Str. 7-9, 57439 Attendorn
Telefon: 02722-709-0, Fax: 02722-709453
info@akademie-biggensee.de
www.akademie-biggensee.de

aktuelles forum nrw e.V.

Ulrika Engler
Hohenstaufenallee 1-5, 45888 Gelsenkirchen
Telefon: 0209-15510-0, -15 Fax: 0209-15510-29
u.engler@aktuelles-forum.de
www.aktuelles-forum.de

Arbeitnehmer-Zentrum Königswinter (AZK)

Stiftung Christlich-Soziale Politik e.V.
Karsten Matthis
Johannes-Albers-Allee 3, 53639 Königswinter
Telefon: 02223-730, Fax: 02223-73111 oder 73601
info@azk.de
www.azk.de

Arbeitskreis Entwicklungspolitik e.V.

AKE – Arbeitskreis entwicklungspolitisches
Bildungswerk e.V.
Gerhart Schöll
Südfeldstr. 4, 32602 Vlotho
Telefon: 05733-95737 u. 95738, Fax: 05733-18154
info@ake-bildungswerk.de
www.ake-bildungswerk.de

Auslandsgesellschaft Nordrhein-Westfalen e.V.

Eckhard Kohle
Steinstr. 48, 44147 Dortmund
Postfach 103334, 44033 Dortmund
Telefon: 0231-83800-0, -23, Fax: 0231-83800-56
kohle@agnrw.de
www.auslandsgesellschaft.de

Bildungswerk der Humanistischen Union NRW e.V.

Dr. Paul Ciupke
Kronprinzenstr. 15, 45128 Essen
Telefon: 0201-227982 u. 228937, Fax: 0201-235505
buero@hu-bildungswerk.de
www.hu-bildungswerk.de

Bildungswerk Stenden

Neue Gesellschaft Niederrhein e.V.
Sonja Schweizer
Kavalleriestr. 16, 40213 Düsseldorf
Telefon: 0211-8628261-0, -1, Fax: 0211-8628261-9
sonja.schweizer@bildungswerk-stenden.de
www.bildungswerk-stenden.de

dbb akademie Bonn

Anke Weigend
Dreizehnmorgenweg 36, 53175 Bonn
Telefon: 0228-81931-20, Fax: 0228-81931-06
a.weigend@dbbakademie.de
www.dbbakademie.de

dbb akademie Berlin – Büro im dbb forum berlin

Behrenstr. 23/24, 10117 Berlin
Telefon: 030-408165-44, Fax: 030-408165-10

dbb akademie Königswinter

– Büro im dbb forum Siebengebirge
An der Herrenwiese 14, 53639 Königswinter (Oberpleis)
Telefon: 02244-882-0, Fax: 02244-882-205
info@dbb-forum-siebengebirge.de

Europäische Akademie Nordrhein-Westfalen e.V.

Hanns Christhard Eichhorst
Weberstr. 118, 53113 Bonn
Telefon: 0228-949301-0, Fax: 0228-949301-28
eichhorst@eanrw.eu
www.eanrw.eu

Gesamteuropäisches Studienwerk e.V.

Dr. Theo Mechtenberg
Südfeldstr. 2-4, 32602 Vlotho
Telefon: 05733-9138-0, Fax: 05733-913847
info@gesw.de | www.gesw.de

Gesellschaft für übernationale Zusammenarbeit e.V.

Barbara Hutterer
 Dottendorfer Str. 86, 53129 Bonn
 Telefon: 0228-9239810, Fax: 0228-690385
 kontakt@guez-dokumente.org
 www.guez-dokumente.org
 Bildungsstätte: Deutsch-Französisches Schülerheim (Bayern)
 Halbinselstr. 74, 88142 Wasserburg am Bodensee
 Telefon: 08382-89895, Fax: 08382-89895

Gustav-Stresemann-Institut e.V.

Dr. Klaus Dieter Leister
 Langer Grabenweg 68, 53175 Bonn
 Telefon: 0228-8107-0, Fax: 0228-8107-198
 zimmermann@gsi-bonn.de (Büro Direktor Dr. Leister)
 www.gsi-bonn.de

Haus Neuland e.V.

Ina Nottebohm
 Senner Hellweg 493, 33689 Bielefeld
 Telefon: 05205-9126-0, Fax: 05205-9126-20
 info@haus-neuland.de
 www.haus-neuland.de

Heimvolkshochschule Adam-Stegerwald-Haus

Christlich-soziale Bildungsstätte der
 Jakob-Kaiser-Stiftung e.V.
 Richard Blömer
 Hauptstr. 487/Jakob-Kaiser-Str., 53639 Königswinter
 Telefon: 02223-706-11, Fax: 02223-4737
 mail@jakob-kaiser-stiftung.de
 www.jakob-kaiser.de

IKAB-Bildungswerk e.V.

Bildungswerk des Instituts für angewandte Kommunikations-
 forschung in der Außerschulischen Bildung e.V.
 Dr. Hendrik Otten
 Poppelsdorfer Allee 92, 53115 Bonn
 Telefon: 0228-636460, Fax: 0228-694848
 info@ikab.de | www.ikab.de

**Informations- und Bildungszentrum
Schloss Gimborn e.V.**

Gabriele Bischoff
 Schloßstr. 10, 51709 Marienheide
 Telefon: 02264-40433-0, Fax: 02264-3713
 bischoff@ibz-gimborn.de
 www.ibz-gimborn.de

Internationales Bildungs- und Begegnungswerk gGmbH

Elke Wegener
 Bornstr. 66, 44145 Dortmund
 Telefon: 0231-952096-0, Fax: 0231-521233
 info@ibb-d.de
 www.ibb-d.de

Jugendbildungsstätte Welper

im Freizeitwerk Welper e.V.
 Ulla Rothe
 Rathenastr. 59 a, 45527 Hattingen
 Telefon: 02324-9464-0, Dw.: -59, Fax: 02324-9464-94
 info@jubi-welper.de | www.jubi-welper.de

Karl-Arnold-Stiftung e.V.

Ulrike Steimann
 Hauptstr. 487, 53639 Königswinter
 Telefon: 02223-70060, Fax: 02223-700699
 info@Karl-Arnold-Stiftung.de
 www.Karl-Arnold-Stiftung.de

LWL-Bildungszentrum Jugendhof Vlotho

Heidrun Kaiser
 Oeynhausener Str. 1, 32602 Vlotho
 Telefon: 05733-923-0, Dw.: -320, Fax: 05733-10564
 info@lwl-bildungszentrum-jugendhof-vlotho.de
 www.LWL-Bildungszentrum-Jugendhof-Vlotho.de

Salvador-Allende-Haus

Sozialistisches Bildungszentrum Haard e.V.
 Bildungsstätte
 Jörg Kranke
 Haardgrenzweg 77, 45739 Oer-Erkenschwick
 Telefon: 02368-69065-0, Fax: 02368-69065-3
 joerg.kranke@allende-haus.de
 www.allende-haus.de

Stätte der Begegnung e.V.

Harald Meves
 Oeynhausener Str. 5, 32602 Vlotho
 Telefon: 05733-9129-0, Fax: 05733-9129-15
 info@staette.de | www.staette.de

ver.di-Institut für Bildung, Medien und Kunst

Holger Menze
 Teutoburger-Wald-Str. 105, 32791 Lage-Hörste
 Telefon: 05232-983-0, Fax: 05232-983-462
 Holger.Menze@verdi.de
 www.imk.verdi.de

vogelsang ip/Internationaler Platz

Julia Schmidt
 Forum Vogelsang, 53937 Schleiden
 Telefon: 02444-915792-0, Fax: 02444-915792-9
 julia.schmidt@vogelsang-ip.de
 www.vogelsang-ip.de

Willi-Eichler-Bildungswerk e.V.

Wilfried Klein
 Rubensstr. 7-13, 50676 Köln
 Telefon: 0221-20407-44, Fax: 0221-20407-92
 kontakt@web-koeln.de | www.web-koeln.de

Rheinland-Pfalz

PfalzAkademie – Bezirksverband Pfalz

Martin Kaiser
Franz-Hartmann-Str. 9, 67466 Lambrecht
Telefon: 06325-1800-0, Fax: 06325-1800-26
m.kaiser@pfalzakademie.bv-pfalz.de
www.pfalzakademie.de

Europa-Haus Marienberg

Postfach 12 04, 56464 Bad Marienberg
Europastr. 1, 56470 Bad Marienberg
Telefon: 02661-6400, Fax: 02661-640100
ehm@europa-haus-marienberg.de
www.europa-haus-marienberg.eu

Saarland

Siehe unter „Überregionale Einrichtungen“:

- Regionalbüro Mainz, Rheinland-Pfalz, Saarland der Friedrich-Ebert-Stiftung
- Villa Lessing - Liberale Stiftung Saar, Saarbrücken, der Friedrich-Naumann-Stiftung
- Landesgeschäftsstelle Mitte-Süd der Internationalen Jugendgemeinschaftsdienste
- Bildungswerk Saarbrücken der Konrad-Adenauer-Stiftung

Sachsen

Arbeitsgemeinschaft Staat und Gesellschaft e.V.

Hermann Kinzel
Siedlerstr. 14, 09116 Chemnitz
Telefon: 0371-856165, Fax: 0371-8205748
hermann.kinzel@ingo-kinzel.de
www.asgpolbi.de

Brücke/Most-Stiftung

Tobias Kley
Reinhold-Becker-Str. 5, 01277 Dresden
Telefon: 0351-43314-0, - 114, Fax: 0351-43314-133
info@bruecke-most-stiftung.de | www.bruecke-most-stiftung.de

Haus Steinstraße e.V.

Verein für Bildung, Kultur und Kontakte
Dr. Alexander Brock
Steinstr. 18, 04275 Leipzig
Telefon: 0341-3913219, Fax: 0341-3010098
info@haus-steinstrasse.de | www.haus-steinstrasse.de

Herbert-Wehner-Bildungswerk e.V.

Karin Pritzel
Kamenzer Str. 12, 01099 Dresden
Telefon: 0351-804022-0, Fax: 0351-804022-2
pritzel@wehnerwerk.de
www.wehnerwerk.de

HILLERSCHE VILLA e.V.

Frank Rischer
Klienebergerplatz 1, 02763 Zittau
Tagungshaus im Dreieck
Zittauer Str. 17, 02747 Großhennersdorf
Telefon: 035873-413-0, -22, Fax: 035873-41319
f.rischer@hillerschevilla.de
www.hillerschevilla.de

Sachsen-Anhalt

Landesjugendbildungsstätte Peseckendorf

DER PARITÄTISCHE Integral gGmbH
Landesverband Sachsen-Anhalt e.V.
Kerstin Pawlidis
Kastanienallee 32, 39387 Oschersleben/OT Peseckendorf
Telefon: 039408-90-30, Fax: 039408-90-444
kpawlidis@paritaet-lsa.de
www.integral-ggmbh.de

philoSOPHIA e.V.

philosophisch-kulturelle Jugendvereinigung
Carsten Passin
Heidestr. 29, 06901 Kemberg OT Gniest
Telefon: 034921-6032-3, Fax: 034921-6032-4
philobuero@philopage.de
www.philopage.de

Schleswig-Holstein

Gustav-Heinemann-Bildungsstätte

Gesellschaft für Politik und Bildung Schleswig-Holstein e.V.
Dr. Knud Andresen
Schweizer Str. 58, 23714 Bad Malente
Telefon: 04523-88097-0, Fax: 04523-88097-20
info@heinemann-bildungsstaette.de
www.heinemann-bildungsstaette.de

Hermann-Ehlers-Stiftung e.V.

Hermann-Ehlers-Akademie gGmbH
Niclas Herbst
Niemannsweg 78, 24105 Kiel
Telefon: 0431-3892-0, Fax: 0431-3892-38
info@hermann-ehlers.de
www.hermann-ehlers.de

Internationale Bildungsstätte Jugendhof Scheersberg

Hartmut Piekatz
24972 Quern
Telefon: 04632-8480-0, Fax: 04632-8480-30
piekatz@scheersberg.de
www.scheersberg.de

JugendAkademie Segeberg

Verein für Jugend- und Kulturarbeit im Kreis Segeberg e.V. (VJKA)
Dieter Fiesinger
Maienstr. 31, 23795 Bad Segeberg
Telefon: 04551-9591-0, Fax: 04551-9591-15
fiesinger.dieter@vjka.de
www.vjka.de

Thüringen**Bildungswerk BLITZ e.V.**

Jugendbildungsstätte Hütten
Andreas Kieselbach
Herschdorfer Str. 19, 07387 Krölpa/Hütten
Telefon: 03647-414771, Fax: 03647-418936
kieselbach@bildungswerk-blitz.de
www.jubi-huetten.de
Sitz des Vereins Bildungswerk BLITZ e.V.
Zeitgrund 6, 07646 Stadtroda
Telefon: 036428-517-0, Fax: 036428-517-27
stadtroda@bildungswerk-blitz.de
www.bildungswerk-blitz.de

Europäische Jugendbildungs- und Jugendbegegnungsstätte Weimar

Ulrich Ballhausen
Jenaer Str. 2/4, 99425 Weimar
Telefon: 03643-827-0, Fax: 03643-827-111
kontakt@ejbweimar.de
www.ejbweimar.de

Weimar-Jena-Akademie

Verein für Bildung e.V.
Uta Tannhäuser
Jakobstr. 10, 99423 Weimar
Telefon: 03643-495574, Fax: 03643-770637
weimar-jena-akademie@gmx.de
www.weimar-jena-akademie.de
Bildungsstätte im Wielandgut Ossmannstedt
Wielandstr. 16, 99510 Oßmannstedt
Telefon: 036462-92091-0, Fax: 036462-92091-2
bildungsstaette-wielandgut@gmx.de

Arbeiterwohlfahrt Bundesverband e.V.**AWO Bundesakademie**

Karin Kunert
Blücherstr. 62/63, 10961 Berlin
Telefon: 030-26309-0, Fax: 030-26309-32142
karin.kunert@awo.org
www.akademie.awo.org
mit der Einrichtung
Tagungszentrum Haus Humboldtstein
53424 Remagen-Rolandseck
Telefon: 02228-932-0, Fax: 02228-932-100

Friedrich-Ebert-Stiftung (FES)**Politische Akademie**

Reinhard Weil
Hausanschrift: Godesberger Allee 149, 53175 Bonn
Postanschrift: 53170 Bonn
Telefon: 0228-883-0, -7102, Fax: 0228-883-9223
pamail@fes.de
www.fes.de/pa

Kurt-Schumacher-Akademie der FES

Rainer Gries
Willy-Brandt-Str. 19, 53902 Bad Münstereifel
Telefon: 02253-9212-0, Fax: 02253-8091
Rainer.Gries@fes.de
muenstereifel@fes.de
www.kurt-schumacher-akademie.de

Tagungszentren, regionale Bildungsbüros und zentrale Projekte der FES:**Abteilung Politische Akademie Bonn**

Godesberger Allee 149, 53175 Bonn (Hausanschrift)
53170 Bonn (Postanschrift)
Telefon: 0228-883-7102, Fax: 0228-883-9223
pamail@fes.de
www.netzwerk-politische-bildung.de

Akademie Management und Politik

Godesberger Allee 149, 53175 Bonn (Hausanschrift)
53170 Bonn (Postanschrift)
Telefon: 0228-883-328, Fax: 0228-883-9223
mupinfo@fes.de | www.fes-mup.de

JournalistenAkademie

Godesberger Allee 149, 53175 Bonn (Hausanschrift)
53170 Bonn (Postanschrift)
Telefon: 0228-883-7124, -7112, Fax: 0228-883-9210
Journalistenakademie@fes.de
www.fes.de/JournalistenAkademie

Forum Jugend und Politik (NRW)

Godesberger Allee 149, 53175 Bonn (Hausanschrift)
53170 Bonn (Postanschrift)
Telefon: 0228-883-7107, -7104, Fax: 0228-883-9223
Kerstin.Ott@fes.de
Adalbert.Schlag@fes.de
www.fes.de/forumjugend

OnlineAkademie

Godesberger Allee 149, 53175 Bonn (Hausanschrift)
53170 Bonn (Postanschrift)
Telefon: 0228-883-7116, Fax: 0228-883-9223
Tobias.Paul@fes.de
www.fes-online-akademie.de

ForumNRW

Godesberger Allee 149, 53175 Bonn (Hausanschrift)
53170 Bonn (Postanschrift)
Telefon: 0228-883-378, Fax: 0228-883-538
Forum-NRW@fes.de
www.fes-forum-nrw.de

Berliner Akademiegespräche / Interkultureller Dialog

Hiroshimastr. 17, 10785 Berlin
Telefon: 030-26935-7145, -7144, Fax: 030-26935-9245
IKD@fes.de
www.fes.de/BerlinerAkademiegespraeche

Akademiegespräche Bonn

Godesberger Allee 149, 53175 Bonn (Hausanschrift)
53170 Bonn (Postanschrift)
Telefon: 0228-883-7117, Fax: 0228-883-9223
www.fes.de/AkademiegespraecheBonn
www.bildungsforum21.de

BayernForum

Prielmayerstr. 3, Elisenhof, 80335 München
Telefon: 089-5155524-0, Fax: 089-5155524-4
bayernforum@fes.de
www.bayernforum.de

Fritz-Erler-Forum Baden-Württemberg

Landesbüro der Friedrich-Ebert-Stiftung
Werastr. 24, 70182 Stuttgart
Telefon: 0711-248394-3, Fax: 0711-248394-50
info.stuttgart@fes.de
www.fritz-erler-forum.de

Julius-Leber-Forum

Büro für die Bundesländer Bremen, Hamburg und Schleswig-Holstein
Rathausmarkt 5, 20095 Hamburg
Telefon: 040-325874-0, Fax: 040-325874-30
hamburg@fes.de
www.fes.de/Hamburg

Regionalbüro Regensburg

Richard-Wagner-Str. 5, 93055 Regensburg
Telefon: 0941-794759, Fax: 0941-795613
Regensburg@fes.de
www.fes.de/Regensburg

Abteilung Gesellschaftspolitische Information der Friedrich-Ebert-Stiftung

Godesberger Allee 149, 53175 Bonn (Hausanschrift),
53170 Bonn (Postanschrift)
Telefon: 0228-883-7202, Fax: 0228-883-9208
GPI-Info@fes.de
www.fes.de/gpi/

Regionalbüro Mainz, Rheinland-Pfalz, Saarland

Große Bleiche 18-20, 55116 Mainz
Telefon: 06131-96067-0, Fax: 06131-96067-66
mainz@fes.de | www.fes.de/Mainz/

Landesbüro Niedersachsen

Theaterstr. 3, Haus A, 30159 Hannover
Telefon: 0511-357708-30, Fax: 0511-357708-40
hannover@fes.de
www.fes.de/Hannover/

Landesbüro Hessen

Große Bleiche 18-20, 55116 Mainz
Telefon: 06131-97124-0, Fax: 06131-97124-29

Abteilung Dialog Ostdeutschland

Forum Berlin

Hiroshimastr. 17, 10785 Berlin
Telefon: 030-26935-7307, Fax: 030-26935-9240
ForumBerlin@fes.de
www.fes.de/forumberlin

Forum Politik und Gesellschaft

Hiroshimastr. 17, 10785 Berlin
Telefon: 030-26935-7317, Fax: 030-26935-9241
forumpug@fes.de
www.fes.de/forumpug

Landesbüro Brandenburg

Hermann-Effleinstr. 30/31, 14467 Potsdam
Telefon: 0331-292555, Fax: 0331-2803356
Potsdam@fes.de
www.fes.de/Potsdam/

Landesbüro Mecklenburg-Vorpommern

Arsenalstr. 8 (Haus der Kultur), 19053 Schwerin
Telefon: 0385-51259-6 und 0385-512789, Fax: 0385-51259-5
info.schwerin@fes.de
www.fes.de/Schwerin/

Landesbüro Sachsen-Anhalt

Otto-von-Guericke-Str. 65, 39104 Magdeburg
 Telefon: 0391-56876-0, Fax: 0391-56876-15
 info.magdeburg@fes.de
 www.fes.de/Magdeburg/

Landesbüro Thüringen

Nonnengasse 11, 99084 Erfurt
 Telefon: 0361-59802-0, Fax: 0361-59802-10
 info.erfurt@fes.de
 www.fes.de/Erfurt/

Büro Dresden

Königstr. 6, 01097 Dresden
 Telefon: 0351-804680-3, Fax: 0351-804680-5
 DRNmail@fes.de
 www.fes.de/Dresden/

Büro Leipzig

Burgstr. 25, 04109 Leipzig
 Telefon: 0341-9602-160 und 0341-9602-431, Fax: 0341-9605091
 lpzMail@fes.de
 www.fes.de/Leipzig/

Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit**Theodor-Heuss-Akademie**

Brigitte Bremer
 Theodor-Heuss-Str. 26, 51645 Gummersbach
 Telefon: 02261-3002-0, Fax: 02261-3002-21
 tha@freiheit.org
 Brigitte.Bremer@freiheit.org
 www.freiheit.org

Büro Berlin-Brandenburg/Truman-Haus

Bereichsleitung Politische Bildung und Begabtenförderung
 Karl-Marx-Str. 2, 14482 Potsdam
 Telefon: 0331-7019-141, Fax: 0331-7019-280
 www.freiheit.org

Friedrich-Naumann-Stiftung

Büro Berlin-Brandenburg/Hauptstadtbüro
 Reinhardtstr. 12, 10117 Berlin
 Telefon: 030-2887784-2, Fax: 030-2887784-9
 buero.berlin-brandenburg@freiheit.org
 www.freiheit.org

Liberale Landesstiftungen:**Baden-Württemberg**

Reinhold-Maier-Stiftung
 Rotebühlstr. 64, 70178 Stuttgart
 Telefon: 0711-2207073-0, Fax: 0711-2207073-5
 post@reinhold-maier-stiftung.de
 www.reinhold-maier-stiftung.de

Bayern: Thomas-Dehler-Stiftung

Rindermarkt 6, 80331 München
 Telefon: 089-183184, Fax: 089-180255
 info@thomas-dehler-stiftung.de
 www.freiheit.org

Brandenburg: Karl-Hamann-Stiftung für liberale Politik im Land Brandenburg

Alleestr. 12, 14469 Potsdam
 Telefon: 0331-280101-6, Fax: 0331-280101-7
 info@karl-hamann-stiftung.de
 www.karl-hamann-stiftung.de

Bremen: Liberale Gesellschaft

Gesellschaft für liberale Politik von 1965 e.V.
 Rotdornallee 18, 28717 Bremen
 Telefon: 0421-693806-0, Fax: 0421-693806-9
 info@liberale-gesellschaft-bremen.de
 www.liberale-gesellschaft-bremen.de

Hessen: Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit & Karl-Hermann-Flach-Stiftung e.V.

Regionalbüro Wiesbaden
 Marktstr. 10, 65183 Wiesbaden
 Telefon: 0611-157567, Fax: 0611-1575686

Niedersachsen: Rudolf-von-Bennigsen-Stiftung

Gruppenstr. 1, 30159 Hannover
 Telefon: 0511-169997-0, Fax: 0511-169997-17
 info@bennigsen-stiftung.de
 www.bennigsen-stiftung.de

Nordrhein-Westfalen: Wolfgang-Döring-Stiftung

Vorstandsbüro: Matthias-Grünwald-Str. 16, 53175 Bonn
 Telefon: 02355-505739-0, Fax: 02355-505739-9

Saarland: Villa Lessing – Liberale Stiftung Saar e.V.

Lessingstr. 10, 66121 Saarbrücken
 Telefon: 0681-96708-0, Fax: 0681-9670825
 info@villa-lessing.de
 www.villa-lessing.de

Sachsen: Wilhelm-Külz-Stiftung

Radeberger Str. 51, 01099 Dresden
 Telefon: 0351-6557652-0, Fax: 0351-6557652-2
 info@wks-sachsen.de
 www.wks-sachsen.de

Sachsen-Anhalt: Erhard-Hübener-Stiftung

Charlottenstr. 7, 06108 Halle
 Telefon: 0345-68696-0 Fax: 0345-68696-13
 info@ehst.org
 www.ehst.org

Heinrich-Böll-Stiftung e.V.

Referat Zeitgeschichte und Demokratieentwicklung

Eike Botta-Venhorst
Schumannstr. 8, 10117 Berlin
Telefon: 030-28534-0, -235, Fax: 030-28534-109
botta@boell.de | info@boell.de | www.boell.de

Heinrich-Böll-Stiftung Brandenburg

Werkstatt für politische Bildung e.V.
Inka Thunecke
Dortustr. 52, 14467 Potsdam
Telefon: 0331-200578-0, Fax: 0331-200578-20
thunecke@boell-brandenburg.de
www.boell-brandenburg.de

Internationale Jugendgemeinschaftsdienste

ijgd-Bundesverein e.V.

Jürgen Wittmer

ijgd-Bundesgeschäftsstelle

Zuständig für ijgd-Bundesverein e.V.
Kasernenstr. 48, 53111 Bonn
Telefon: 0228-22800-0, Fax: 0228-22800-29
ijgd@ijgd.de | www.ijgd.de

ijgd-Landesgeschäftsstelle Mitte-Süd

Zuständig für ijgd-Landesvereine Nordrhein-Westfalen e.V.;
Rheinland-Pfalz/Saarland e.V.; Baden-Württemberg e.V.;
Hessen e.V.; Süddeutschland e.V.
Kasernenstr. 48, 53111 Bonn
Telefon: 0228-22800-0, Fax: 0228-22800-29

ijgd-Landesgeschäftsstelle Nord-West

Zuständig für ijgd-Landesvereine Niedersachsen e.V.;
Hamburg/Schleswig-Holstein e.V.
Katharinenstr. 13, 31135 Hildesheim
Telefon: 05121-20661-30, Fax: 05121-20661-45

ijgd-Landesgeschäftsstelle Sachsen-Anhalt

Zuständig für ijgd-Landesverein Sachsen-Anhalt und Thüringen e.V.
Westendorf 26, 38820 Halberstadt
Telefon: 03941-5652-0, -11, Fax: 03941-5652-52
ijgd.halberstadt@ijgd.de

ijgd-Landesgeschäftsstelle Berlin

Zuständig für ijgd-Landesvereine Berlin e.V.; Sachsen e.V.
Glogauerstr. 21, 10999 Berlin
Telefon: 030-6120313-21, Fax: 030-6120313-38
pr.berlin@ijgd.de

ijgd-Geschäftsstelle Potsdam

Zuständig für ijgd-Landesverein Brandenburg e.V.
Lindenstr. 28/29, 14467 Potsdam
Telefon: 0331-293523, Fax: 0331-2804044

ijgd-Landesgeschäftsstelle Nord-Ost

Zuständig für ijgd-Landesverein Mecklenburg-Vorpommern
Am Schilde 4, 23966 Wismar
Telefon: 03841-226-773, Fax: 03841-226-941

Internationaler Bund (IB) – Freier Träger der Jugend-, Sozial- und Bildungsarbeit e.V.

Zentrale Geschäftsführung:

Ressort Bildung und Soziale Arbeit
Petra Tabakovic
Valentin-Senger-Str. 5, 60389 Frankfurt am Main
Telefon: 069-94545-0, Fax: 069-94545-280
Telefondurchwahl von Frau Tabakovic: 069-94545-184
petra.tabakovic@internationaler-bund.de
www.internationaler-bund.de

Internationaler Bund – Hauptstadtbüro

Hannoversche Str. 19A, 10115 Berlin
Telefon: 030-214096-0, Fax: 030-214096-22
Hauptstadtbuero-Berlin@internationaler-bund.de

IB-Internationale Jugendbegegnungs- und Bildungsstätte Hadamar (Hessen)

Mönchberg 8, 65589 Hadamar
Telefon: 06433-93017-6, Fax: 06433-93017-7
mehmet.senel@internationaler-bund.de

IB-Bildungszentrum Bernau (Brandenburg)

Fritz-Heckert-Str. 1, 16321 Bernau
Telefon: 03338-7045911, Fax: 03338-754948

IB-Internationales Jugendgästehaus (Thüringen)

Am Herrenberge 3, 07745 Jena
Telefon: 03641-6872-30, Fax: 03641-6872-02
jugendgaestehaus.jena@internationaler-bund.de

IB-Bildungswerk Mönchengladbach (NRW)

Stapper Weg 4 B, 41199 Mönchengladbach
Telefon: 02166-185173, Fax: 02166-187775
ib-moenchengladbach@internationaler-bund.de

IB-Jugendwerkstatt Schwarzenbek (Schleswig-Holstein)

Allensteiner Str. 40, 21493 Schwarzenbek
Telefon: 04151-81418, Fax: 04151-891626

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V. Bereich Politische Bildung

Abteilung Bildungswerke

Dr. Werner Blumenthal
Postfach 13 31, 50387 Wesseling
Urfelder Str. 221, 50389 Wesseling
Telefon: 02236-707-4215, Fax: 02236-707-4347
werner.blumenthal@kas.de | www.kas.de

Bildungszentrum Schloß Wendgräben

Ronny Heine
Wendgräbener Chaussee 1, 39279 Wendgräben
Telefon: 039245-9523-50, Fax: 039245-9523-66
Ronny.Heine@kas.de
www.kas-wendgraeben.de

Hauptabteilung Internationale Zusammenarbeit

Klingelhöferstr. 23, 10785 Berlin
Telefon: 030-26996-3370, Fax: 030-26996-3558
www.kas.de

Bildungswerke der Konrad-Adenauer-Stiftung:

Bildungswerk Berlin

Leitung: Renate Abt
Tiergartenstr. 35, 10785 Berlin
Telefon: 030-26996-3253

Bildungswerk Bremen

Leitung: Dr. Ralf Altenhof
Martinistr. 25, 28195 Bremen
Telefon: 0421-1630090

Bildungswerk Dortmund

Leitung: Dr. Marco Arndt
Märkische Str. 111, 44141 Dortmund
Telefon: 0231-10877777

Bildungswerk Dresden

Leitung: Dr. Joachim Klose
Königstr. 23, 01097 Dresden
Telefon: 0351-5634610

Bildungswerk Düsseldorf

Leitung: Daniel Schranz
Benrather Str. 11, 40213 Düsseldorf
Telefon: 0211-83680560

Bildungswerk Erfurt

Leitung: Alexandra Mehnert
Thomas-Müntzer-Str. 21 a, 99084 Erfurt
Telefon: 0361-654910

Bildungswerk Freiburg

Leitung: Thomas Wolf
Schusterstr. 34-36, 79098 Freiburg
Telefon: 0761-33443

Bildungswerk Hamburg

Leitung: Dr. Karsten Dümmel
Warburgstr. 12, 20354 Hamburg
Telefon: 040-21985080

Bildungswerk Hannover

Leitung: Jörg Jäger
Leinstr. 8, 30159 Hannover
Telefon: 0511-40080980

Bildungswerk Mainz

Leitung: Karl-Heinz B. van Lier
Weißliliengasse 5, 55116 Mainz
Telefon: 06131-2016930

Bildungswerk Oldenburg

Leitung: Dr. Stefan Hofmann
Eichenstr. 99, 26131 Oldenburg
Telefon: 0441-593466

Bildungswerk Potsdam

Leitung: Dr. Christian Schmitz
Rudolf-Breitscheid-Str. 64, 14482 Potsdam
Telefon: 0331-7488760

Bildungswerk Saarbrücken

Leitung: Helga Bossung-Wagner
Neumarkt 11, 66117 Saarbrücken
Telefon: 0681-9279880

Bildungswerk Schwerin

Leitung: Dr. Silke Bremer
Arsenalstr. 10, 19053 Schwerin
Telefon: 0385-5557050

Bildungswerk Stuttgart

Leitung: Elke Erlecke
Lange Str. 18 a, 70174 Stuttgart
Telefon: 0711-8703093

Bildungswerk Wiesbaden

Leitung: Dr. Thomas Ehlen
Bahnhofstr. 38, 65185 Wiesbaden
Telefon: 0611-1575980

OUTWARD BOUND Deutschland e.V.*)

Martin Hinterbrandner

Geschäftsstelle:

Füssener Str. 8, 86983 Lechbruck am See

Telefon: 08862-93295-0, Fax: 08862-93295-22

Martin.Hinterbrandner@outwardbound.de

www.outwardbound.de

Paritätisches Bildungswerk – Bundesverband e.V.

Uwe Wepler

Heinrich-Hoffmann-Str. 3, 60528 Frankfurt am Main

Telefon: 069-6706-220, Fax: 069-6706-203

Karin.Stellmacher@paritaet.org

www.bildungswerk.paritaet.org

Rosa Luxemburg Stiftung

Akademie für politische Bildung

Dr. Evelin Wittich

Franz-Mehring-Platz 1, 10243 Berlin

Telefon: 030-44310-221, Fax: 030-44310-222

wittich@rosalux.de

info@rosalux.de

www.rosalux.de

Persönliches Mitglied des AdB:

Herbert Scheffler

1, Rue Sidi Zitouni, TN 4180 Houmt Souk/Djerba, Tunesien

Telefon und Fax: (00 216 75) 650 003

hh.scheff@gnet.tn

und: Backesgasse 7, 53498 Bad Breisig

*) assoziierte Mitgliedseinrichtungen